

Günther Sandner

Sozialdemokratie in Österreich

**Von den Anfängen
der Arbeiterbewegung
zur modernen
Sozialdemokratie**





GÜNTHER SANDNER

Sozialdemokratie in Österreich

Von den Anfängen
der Arbeiterbewegung
zur modernen
Sozialdemokratie

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber

Karl-Renner-Institut, Karl-Popper-Straße 8,
1100 Wien

Redaktion Manfred Lang und Michael Rosecker

Fotos und Materialien

Archiv Verein für die Geschichte der
Arbeiterbewegung,
Archiv Karl-Renner-Institut,
Archiv des ÖGB,
Bildarchiv der ÖNB,
Die Bau- und Holzarbeiter im Wandel der
Zeit von 1867–1996,
Verlag des ÖGB,
Kreisky-Archiv,
Astrid Knie, Andy Wenzel
Plakatmappe „Die ersten 100 Jahre –
Sozialdemokratie in Österreich“,
Wien 1989, Maria Mesner und Helge Zoitl

Grafik-Design

Maireder Communication GmbH

Druck

Gutenberg Druck
in Koopertion mit
Print Alliance HAV GmbH
2540 Bad Vöslau

ISBN: 978-3-85464-035-6

3.erg. Auflage, Wien 2018

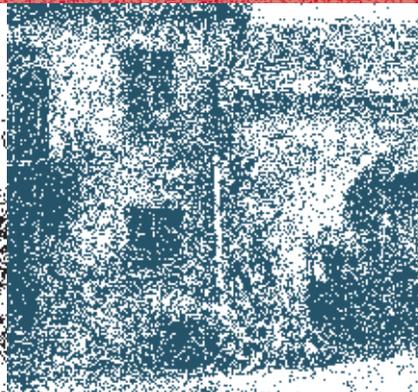
Zum Autor:

Günther Sandner ist Politikwissenschaftler an der
Universität Wien und veröffentlichte u.a. Studien
über Austromarxismus, sozialdemokratische
Kulturbewegung in den 30er Jahren und
Otto Neurath.

Inhalt

1. Die Entstehung der österreichischen Arbeiterbewegung 1848–1889	5
2. Die Sozialdemokratische Partei in der Monarchie 1889–1918	13
3. Sozialdemokratie in der Ersten Republik 1918–1933	23
4. Sozialdemokratie im Austrofaschismus und Nationalsozialismus 1934–1945	35
5. Zweite Republik – Große Koalitionen und Opposition 1945–1970	43
6. Die Ära Kreisky 1970–1983	53
7. Neue Herausforderungen 1983–2018	63
Exkurse	
<i>Wissen ist Macht</i>	10
<i>Soziale Demokratie</i>	20
<i>Soziale Gerechtigkeit</i>	32
<i>Gewerkschaftliche Solidarität</i>	40
<i>Gleichberechtigung und Frauenbewegung</i>	50
<i>Internationalismus und Europäische Integration</i>	60
Literaturhinweise	72

1. Die Entstehung der österreichischen Arbeiterbewegung 1848–1889





Die Revolution von 1848 (die Jägerzeile in Wien), in einer zeitgenössischen Darstellung

1. Die Entstehung der österreichischen Arbeiterbewegung

Die Industrielle Revolution erreichte die Monarchie später als dies in ihrem Ursprungsland England der Fall war. Erst in den 1830er Jahren bildeten sich in einem überwiegend agrarisch geprägten Wirtschaftsraum langsam industrielle Enklaven heraus: im Wiener Becken, in einzelnen Gebieten der Steiermark, Vorarlbergs, Böhmens, Mährens und Schlesiens. Die Industrialisierung führte auch zu einem Wandel der Sozialstruktur. Die Ausbreitung des Fabriksystems steigerte den Bedarf nach Arbeitskräften und der Ausbau der Eisenbahn machte die Menschen immer mobiler. Die Entstehung einer lohnabhängigen Arbeiterschaft in Manufakturbetrieben war eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Doch die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterfamilien waren bedrückend. Von Wohnungselend, brutaler Ausbeutung am Arbeitsplatz und so gut wie vollständig fehlenden Aufstiegschancen der LohnarbeiterInnen berichten die historischen Quellen.

Für die Herausbildung der Arbeiterschaft als *politische Bewegung* war das Jahr 1848 entscheidend. Im Zuge der Märzrevolution kam es zu einem kurzzeitigen Bündnis zwischen ArbeiterInnen, Studenten und BürgerInnen.

Bereits in den Jahren davor war es zu Missernten und Hungerkrisen gekommen, die den sozialen Protest angestachelt hatten. Dieser konnte sich nun mit dem Wunsch gebildeter BürgerInnen nach politischer Reform verbinden, der im Vormärz (1815–1848) immer wieder artikuliert worden war. Das damalige Leben in den Fabriken ist heute nur mehr schwer vorzustellen. Ganze Familien und vor allem auch Kinder mussten bis zur Erschöpfung arbeiten. Mit den Löhnen der Minderjährigen und der Frauen sollten jene der erwachsenen Arbeiter gedrückt werden. Besonders der „Hungerwinter“ 1847/48 traf die armen Schichten hart. Doch die Märztage des Jahres 1848 machten deutlich, dass die alte Ordnung so nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Das Selbstverständnis der Monarchie als eine von Gottes Gnaden eingesetzte, natürliche Herrschaft geriet ins Wanken. Eine Reihe von Aufständen prägte das Revolutionsjahr. Am 25. und 26. Mai 1848 kam es etwa zu den „Barrikadentagen“ in Wien, einem Aufstand von ArbeiterInnen und Studenten gegen die Obrigkeit. In dieser Zeit erfolgte auch eine für die Geschichte der Arbeiterbewegung wichtige Gründung: Am 24. Juni 1848 rief der Buchbinder Geselle Friedrich Sander den *Ersten allgemeinen Arbeiter-Verein* ins Leben.

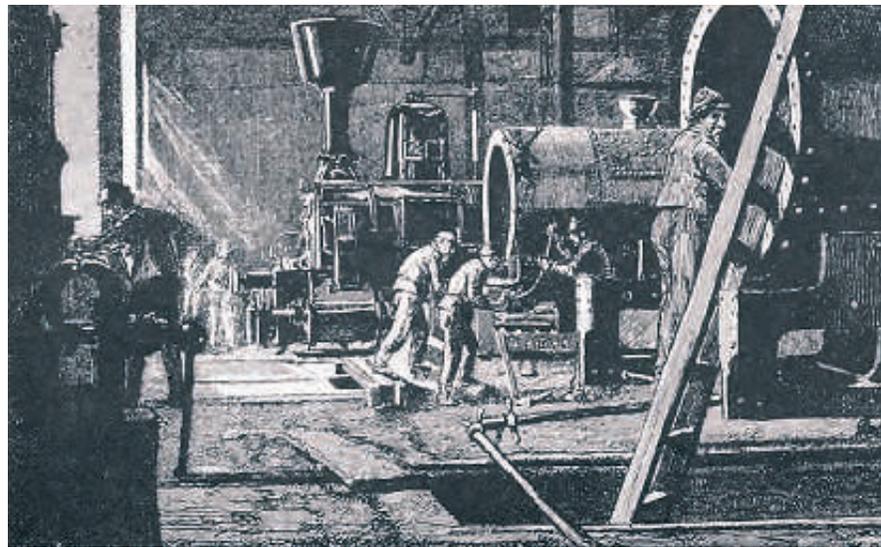
Dieser wollte das Leben der arbeitenden Bevölkerung durch soziale und bildungspolitische Aktivitäten verbessern und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung für Arbeiterinnen und Arbeiter erreichen.

Die revolutionären Erhebungen konnten bald schon einige Erfolge verzeichnen. So musste etwa der verhasste Staatskanzler Metternich im Zuge der Märzrevolution abdanken und fliehen. Doch letztlich führte die Revolution nicht zum gewünschten Erfolg. Nach einem Jahr voller Unruhen und Aufstände wurde am 31. Oktober 1848 die Revolution in Wien endgültig niedergeschlagen. Eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung des Aufstandes nahm Feldmarschall Alfred Fürst von Windisch-Grätz ein, der auch bei der Niederschlagung des Wiener Oktoberaufstandes das Oberkommando innehatte.

Es folgte die Ära des Neoabsolutismus. Am 2. Dezember 1848 hatte Kaiser Franz Josef als Nachfolger des abgedankten Ferdinand I den Thron bestiegen. Er sollte bis zu seinem Tod im Jahr 1916 österreichischer Kaiser bleiben. Eine vollständige Rückkehr zu den Verhältnissen des Vormärz erfolgte jedoch nicht. Rund zwei Jahrzehnte nach der 1848er Revolution zeichneten sich wichtige politische Veränderungen ab, die auch großen Einfluss auf die Geschichte der Arbeiterbewegung hatten.

Nach der Niederlage gegen Preußen bei Königgrätz am 3. Juli 1866 sah sich das Regime dazu gezwungen, eine Reihe von politischen Konzessionen zu machen. Mit Ungarn kam es zum so genannten Ausgleich und aus der westlichen, cisleithanischen Reichshälfte wurde ein konstitutioneller Staat. Man sprach ab diesem Zeitpunkt von der Doppelmonarchie, in der Franz Josef Kaiser von Österreich und König von Ungarn war. Kern der nun folgenden politischen Reformen war das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger von 1867. Es schrieb die allgemeine Rechtsgleichheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, ein liberaleres Vereins- und Versammlungsrecht sowie die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre fest. Obwohl diese Zugeständnisse in erster Linie an das Bürgertum adressiert waren, erhielt mit dem neuen Vereins- und Versammlungsrecht gerade auch die Arbeiterbewegung neue Aktionsmöglichkeiten. Vor allem entstand nun eine ganze Reihe von Arbeiterbildungsvereinen. Der zu dieser Zeit aktivste Verein war der am 8. Dezember 1867 gegründete Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein in Mariahilf, der 1868 auch eine Kranken- und Invalidenkasse für seine Mitglieder einrichtete. Den Bildungsvereinen kam eine wichtige Funktion bei der Stärkung des politischen Bewusstseins von Arbeiterinnen und Arbeitern zu.

Im Jahr 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) unter der Führung Ferdinand Lasalles (1825–1864) gegründet. Lasalles Gedanken zu Politik und Wirtschaft sollten zu einem entscheidenden



Lokomotivfabrik Georg Siewl, Wiener Neustadt



Mitglieder des Gumpendorfer Arbeiterbildungsvereins, 1867



Erste Seite der Statuten des Arbeiterbildungsvereins in Wien



Dampfdreschmaschine (Lokomobil) und Tagelöhner

Bezugspunkt für die österreichische Arbeiterbewegung werden. Sein Ziel war die demokratische Eroberung des Staates durch eine eigenständige Arbeiterpartei. Das von ihm formulierte „eiserne Lohngesetz“, wonach der Arbeitslohn im Kapitalismus immer nur zur Deckung des Lebensunterhalts ausreichte, unterstrich die Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung des wirtschaftlichen Systems. Lasalle forderte, dass die Wirtschaft durch „Produktivgenossenschaften“ organisiert wird. Der Staat wiederum durfte seiner Ansicht nach nicht von wenigen Privilegierten, sondern musste von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung getragen werden.

Eine andere Strömung innerhalb der frühen Arbeiterbewegung griff die Ideen von Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883) auf. Während Lasalle die *Staatshilfe* betonte, trat Schulze-Delitzsch für die *Selbsthilfe* in der Arbeiterschaft, etwa durch Kredit- und Konsumvereine, ein. Ein zentrales Ereignis in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie war der Kongress von 1869 in Eisenach in Thüringen. Denn die dort festgelegten Grundsätze (das „Eisenacher Programm“) flossen nicht nur in die später erfolgte Einigung der deutschen Arbeiterbewegung ein, die 1875 am Parteitag in Gotha erfolgte, sondern prägten auch in Österreich das politische Denken innerhalb der Arbeiterbewegung. Generell war die Beziehung zwischen der deutschen und der österreichischen Arbeiterbewegung durch intensiven geistigen Austausch und enge Kooperation gekennzeichnet.

Eine zentrale Rolle in der Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung nahm Wiener Neustadt ein. Am 10. März 1870 fand dort die konstituierende Generalversammlung des Vereins „Gleichheit“ statt. Das Koalitionsgesetz, das am 7. April 1870 in Kraft treten sollte, bedeutete die Geburtsstunde der Gewerkschaften in Österreich. Dem war eine Massendemonstration im Dezember 1869 vorangegangen. Die Gründung einer ganzen Reihe von Fachvereinen folgte.

Grob gesprochen bildeten sich zwei Strömungen in der entstehenden Arbeiterbewegung heraus. Da war zum einen eine mit Ferdinand Lasalle sympathisierende, großdeutsche Strömung, die von Heinrich Oberwinder und dem Verein „Volksstimme“ repräsentiert wurde. Zum anderen existierte eine stärker internationalistische Richtung, die sich an der von Karl Marx mitbegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation (I. Internationale) und an dessen Gedankenwelt orientierte. Deren Aushängeschild war Andreas Scheu. Neben persönlichen Rivalitäten handelte es sich dabei auch um einen Konflikt zwischen den „Gemäßigten“, welche die Kooperation mit dem liberalen Bürgertum suchten, und den „Radikalen“, die stärker an einer proletarischen Klassenpartei interessiert waren.

Am Arbeiter-Delegiertentag im burgenländischen Neudörfel am 5. April 1874 verabschiedete die sich formierende sozialdemokratische Arbeiterpartei ein Programm, das die Regierung als staatsgefährdend ansah. Es war auch nicht gelungen, die verschiedenen Strömungen zu vereinen. Nach einer Phase der relativen Hochblüte der Arbeiterbewegung, folgte nun der Einbruch. Eine ganze Reihe von Vereinen, unter ihnen auch der Verein „Gleichheit“, wurden verboten. Auch die Wirtschaftskrise der 1870er Jahre übte einen negativen Einfluss auf die Vereine und Verbände der Arbeiterbewegung aus, die nun von zunehmendem Desinteresse und Mitgliederschwund geplagt waren. Ideologische Radikalisierung und staatliche Repression entwickelten sich parallel zueinander. In den frühen 1880er Jahren kam es zur endgültigen Spaltung und die „alte Arbeiterbewegung“ verschwand von der Bildfläche. Und dennoch war diese Periode der Spaltung und der Uneinigkeit bald zu Ende. Das hatte viel mit einer Person zu tun: mit Victor Adler.

Victor Adler stammte aus großbürgerlichen jüdischen Verhältnissen. Als Armenarzt wurde er schon bald mit einer bitteren sozialen Realität konfrontiert. Zwar engagierte er sich zunächst in der deutschnationalen Bewegung, nach dem Tod seines Vaters aber schloss er sich der Sozialdemokratie an. Er gründete schließlich 1886 die Zeitschrift *Gleichheit* und verfolgte entschlossen das Ziel der Einigung der beiden Fraktionen der Arbeiterbewegung.

Besonderes Aufsehen hatte Adler erregt, als er unter dem Titel „Die Lage der Ziegelarbeiter“ die Missstände anprangerte, die rund um die Wienerberger Ziegelfabrik herrschten. Dort waren hauptsächlich ArbeiterInnen aus Böhmen und Mähren beschäftigt, die rücksichtslos ausgebeutet wurden. Arbeitstage von über 16 (!) Stunden, nach denen die Frauen oft noch Hausarbeiten machen und Essen zubereiten mussten, waren die Normalität. Bezahlt wurde in Form von außerhalb der Siedlung wertlosen



Ziegelarbeiter am Wienerberg

Blechmarken, die nur bei bestimmten Kantinenwirten in Monopolstellung einlösbar waren („Truck System“). Die Wohnverhältnisse spotteten jeder Beschreibung: Eng zusammengepfercht mussten Frauen, Männer und Kinder in hygienisch unerträglichen Verhältnissen leben. Eine Privat- und Intimsphäre existierte nicht. Durch die Artikel Victor Adlers wurden diese verheerenden Zustände erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Verbesserungen bewirkte jedoch erst der Ziegelarbeiterstreik von 1895.



VICTOR ADLER

Am 24. Juni 1852 wurde Victor Adler als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Prag geboren. An der Wiener Universität absolvierte er ein Studium der Medizin. Politisch schloss er sich zunächst der deutschnationalen Bewegung um Georg von Schönerer an, der er jedoch unter anderem wegen ihres Antisemitismus den Rücken zukehrte. Adler gründete 1886 mit dem Erbe seines Vaters die Zeitschrift *Gleichheit*. Darin erschienen auch seine aufsehenerregenden Artikel über die Ziegelarbeiter am Wienerberg. Nach deren Verbot rief er 1889 die *Arbeiter-Zeitung* ins Leben. Er hatte entscheidenden Anteil an der Überwindung der

Spaltung der Arbeiterbewegung beim Parteitag 1888/89 in Hainfeld, der als Gründungsdatum der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gilt. Adler gehörte als Abgeordneter zunächst dem niederösterreichischen Landtag und dann dem Reichsrat an. Er kämpfte massiv für die Erreichung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Seine die „Burgfriedenspolitik“ unterstützende Haltung zu Beginn des Ersten Weltkriegs, in der innenpolitische Konflikte bewusst zurückgestellt wurden, führte innerhalb der Partei zu teils massiver Kritik an ihm. Einen Tag vor der Proklamation der demokratischen Republik Deutsch-Österreich starb Victor Adler am 11. November 1918 in Wien.

Wissen ist Macht

Das vermutlich auf den Philosophen und Schriftsteller Francis Bacon (1561–1626) zurückgehende Schlagwort „Wissen ist Macht“ wurde auch von zahlreichen Führungspersonlichkeiten der Arbeiterbewegung immer wieder im Sinne der Aufklärung aufgegriffen. Damit war unter anderem gemeint, dass nur jene Menschen, die über ein ausreichendes Maß an Allgemeinbildung verfügten und auch in der Lage waren, sich mündlich und schriftlich klar und korrekt auszudrücken, ihre Interessen effizient vertreten konnten. Für die Arbeiterklasse, die in der Regel ihren Kindern nur die grundlegendste Schulbildung – eine allgemeine Schulpflicht bestand in Österreich seit 1774 – zukommen lassen konnte, galt dies auf besondere Weise. Nur eine entsprechende allgemeine und berufliche Ausbildung ermöglichte es, in der sozialen Hierarchie ein Stück weit aufzusteigen, an der Kultur der Gesellschaft teilzuhaben, diese mitzugestalten und schließlich die Lebensbedingungen der unteren Klassen zu verbessern.

In Geiste dieser Bildungsbestrebungen wurden bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Arbeiterbildungsvereine gegründet. Diese waren zunächst häufig von liberalen, bürgerlichen Reformern getragen, die weniger an einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse als viel mehr an philanthropisch motivierter Erziehung interessiert waren. Doch immer häufiger gründeten sich besonders ab 1867 Bildungsvereine, die sich auch politisch in die Arbeiterbewegung integrierten. Hin-

ter der Fassade einer scheinbar unpolitischen Bildungsarbeit, welcher der Staat mehr Freiheit einräumte als deklariert politischen Aktivitäten, wurde in diesen Organisationen eine wertvolle Aufbauarbeit für die Arbeiterbewegung unternommen.

Besondere Bedeutung für die Entwicklung einer allgemeinen Erwachsenenbildung hatten Organisationen wie der Volksbildungsverein oder das 1905 gegründete Volksheim in Wien-Ottakring. Sie arbeiteten mit zahlreichen Universitätslehrern zusammen, die im Rahmen der staatlich geförderten „Volkstümlichen Universitätsvorlesungen“ ihre wissenschaftlichen Kenntnisse populär aufbereiteten und einem breiten Publikum darboten. Ihr Zentrum hatte diese Wissenschaftspopularisierung ohne Zweifel in Wien, doch es beteiligten sich auch die Universitäten Graz, Innsbruck, Brünn oder Prag. Vereine wie das Volksheim und generell die Volkshochschulen waren allerdings keine Organisationen der Arbeiterbewegung, sondern politisch neutrale Bildungsinstitute. In ihrem Auditorium fanden sich jedoch häufig Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich nach den Mühen eines Arbeitstages dennoch die Gelegenheit zum Bildungserwerb nicht entgehen lassen wollten.

In der Ersten Republik wurde das Volkshochschulwesen weiter ausgebaut und bot auch ArbeiterInnen eine Fülle an Möglichkeiten, unterschiedlichste Kurse zu besuchen oder in Fachgruppen, die insbesondere an den Wiener Volkshochschulen eingerichtet wurden, selbst aktiv mitzuarbeiten. In diesen sich regelmäßig treffenden Gruppen wurden durch gemeinsame Arbeit die strikten Trennungen zwischen der Wissenschaft und der „gewöhnlichen“ Bevölkerung überschritten. Bei einem Blick in die damaligen Kursangebote sticht darüber hinaus vor allem das breit gefächerte Angebot und das Renommee vieler ihrer Vortragenden hervor, zu denen auch anerkannte WissenschaftlerInnen zählten.

Der Austromarxismus hatte der Bildung einen besonderen Stellenwert zuerkannt. Der Parteitheoretiker Max Adler formulierte das Ziel, „neue Menschen“ durch sozialistische Erziehungsarbeit hervorzubringen, die zu solidarischem Handeln befähigt sein sollten. In seinem Buch „Der Sozialismus und die Intellektuellen“ erläuterte Adler sein Verständnis des Sozialismus als Kulturbewegung: „Nun ist die Erkenntnis nicht länger mehr paradox: der Sozialismus ist im Grunde gar keine Arbeiterbewegung als solche, sondern eine Kulturbewegung; und die Bewegung dieser Kultur besteht gerade darin, dass der Sozialismus die Kultur durch die in Bewegung gebrachten Arbeiter verwirklichen, dass er die Kultur an die Arbeiter heranbewegen und durch sie fortbewegen will.“

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gab es auch eine ganze Reihe von Organisationen, die sich der Bildungsarbeit verstärkt widmeten. Da waren zum einen die



Plakat des Volksbildungsvereins

Kinderfreunde, bei denen etwa sozialdemokratische Erzieher wie Otto Felix Kanitz und Anton Tesarek aktiv waren. Sie wollten schon den Jüngsten im Rahmen einer neuen, fortschrittlichen Pädagogik humanistische, aber eben auch sozialistische Werte vermitteln. In zahlreichen Ferienkolonien und Kinderheimen erprobten engagierte PädagogInnen eine neue, sozialistische Erziehung. Mitte der 1920er Jahre wurde die Arbeiterhochschule ins Leben gerufen. Unter ihrem Direktor Josef Luitpold Stern konnte eine ausgewählte Gruppe von ArbeiterInnen für einen begrenzten Zeitraum von sechs Monaten von ihren beruflichen Verpflichtungen befreit werden und sich gänzlich einer höheren Bildung widmen. Zu den LehrerInnen der Arbeiterhochschule zählten die wichtigsten Gelehrten der Partei, wie etwa die Ökonomin Helene Bauer oder der Soziologe Otto Neurath. Eine ähnliche Funktion im gewerkschaftlichen Bereich erfüllte die Gewerkschaftsschule, die Richard Wagner ab 1925 führte.

Insbesondere am Beginn der Ersten Republik konnte auch die Schulreform einige wichtige Erfolge verzeichnen. So führte etwa der von den Rechten und Konservativen heftig bekämpfte Glöckel-Erlass zu einer notwendigen Säkularisierung des Schulunterrichts, indem das verpflichtende Schulgebet und die obligate Teilnahme am Religionsunterricht abgeschafft wurden. Gleichzeitig wurden die Schulen von zahlreichen Regelungen befreit, die mit der angebrochenen demokratischen Zeit nicht mehr in Einklang zu bringen waren. In seinem Buch „Drillschule, Lernschule, Arbeitsschule“ (1928) legte Otto Glöckel seine reformpädagogischen Vorstellungen auch klar und deutlich dar. Leider erlebten die von einer breiten Bewegung getragenen Schulreformen spätestens mit dem Ende der Demokratie einen schweren Rückschlag, von dem sie sich erst lange Zeit später wieder erholen sollten.

Die heutigen Herausforderungen für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik machen deutlich, dass dieser Bereich – wie schon in der Geschichte – immer noch eines der Kernelemente sozialdemokratischer Politik ist. Zum Teil muss immer noch auf die Erfüllung von mitunter schon Jahrzehnte alten Forderungen gedrängt werden. Zum Teil sind aber auch neue Rezepte notwendig, weil sich die Gesellschaft in vielen Bereichen grundlegend verändert hat.



„Wissen ist Macht“ – Der Lesesaal der VHS Ottakring



Arbeiterbücherei Sandeleiten, 1929



KursteilnehmerInnen Volkshochschule Ottakring

2. Die Sozialdemokratische Partei in der Monarchie

1889–1918



2. Die Sozialdemokratische Partei in der Monarchie

Der Parteitag im niederösterreichischen Hainfeld 1888/89 ist als der Parteitag der Einigung und somit als eigentlicher Beginn der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei in Österreich in die Geschichte eingegangen. Da zum damaligen Zeitpunkt auf die Behörden Rücksicht genommen werden musste und oppositionelle politische Aktivitäten strengen Bestimmungen unterlagen, wurde in Hainfeld eher eine informelle Gesinnungsgemeinschaft zusammengeschmiedet als eine Partei gegründet. Ein wichtiger Schritt – die unterschiedlichen Strömungen zusammen zu bringen und zu vereinen – wurde jedoch getan. Die organisatorische Basis der Arbeiterbewegung bildeten auch nach dem Parteitag wei-

terhin die Arbeiterbildungsvereine und die gewerkschaftlichen Fachvereine. Die eigentliche Leitung der Partei lag bei der *Arbeiter-Zeitung* unter der Führung Victor Adlers. Erst im Jahr 1892 legte der Parteitag eine neunköpfige Parteivertretung fest, der eine Kontrollkommission zugeordnet wurde. Das Parteisekretariat und die Parteifinanzen wurden im Jahr 1896 von der Redaktion des Parteiblattes gelöst. Nach der Konstituierung einer überregionalen Parteileitung konnten die verschiedenen Parteigremien auf Bezirks- und Länderebene systematisch zusammengefasst werden.

1892 erfolgte die Gründung der *Arbeiterinnen-Zeitung*, die vor allem für das allgemeine Wahlrecht, Chancengleichheit in der Bildung und gegen die Ausbeutung der Frauen kämpfte. Mitbegründerin und verantwortliche Redakteurin wurde Adelheid Popp, die Fabrikarbeiterin war und später Abgeordnete zum Nationalrat werden sollte.

Um die Jahrhundertwende entstand der Austromarxismus. Damit war eine besondere, österreichische Spielart der marxistischen Theorie gemeint, die zwar an der Kapitalismusanalyse von Karl Marx im Wesentlichen festhalten, aber die Zielvorstellung einer sozialistischen Gesellschaft auf parlamentarischem Weg erreichen wollte.

Wie sah nun die Organisation der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende aus? Obwohl man nach Hainfeld am Beginn des Weges hin zu einer Massenpartei stand, konnte keineswegs von einer zentralistischen Organisation gesprochen werden. Es gab im Gegenteil eine beträchtliche Autonomie der Lokalorganisationen, die sich manchmal auch nicht an Beschlüsse der Parteivertretung hielten oder diese in ihrem Sinne uminterpretierten. Erst im Jahr 1912 wurde im so genannten „Vorwärtsgebäude“ an der Rechten Wienzeile ein zentrales Haus der Partei errichtet, in dem die *Arbeiter-Zeitung*, die Druckerei, die Parteivertretung, die Reichsratsfraktion, die Gewerkschaftskommission und der Bildungsausschuss untergebracht waren.

Einen nachhaltigen Einfluss auf die Parteiorganisation übte die Nationalitätenfrage aus. Die nationalen Spannungen verstärkten sich vor allem gegen Ende der Monarchie immer mehr. Dem Idealbild des friedlichen Zusammenlebens stand das Bild eines „Völkerkerkers“ gegenüber, in dem etwa Tschechen, Polen und andere Nationalitäten gegen ihren Willen zusammengehalten und von der deutschsprachigen Obrigkeit unterdrückt wur-

Die erste Ausgabe der „Arbeiterzeitung“, Juli 1889



Die Mai-Festnummer der „Glühlichter“, der satirischen Zeitschrift der Sozialdemokratie in Österreich, aus dem Jahr 1892





Hauptforderungen der Sozialdemokratie: Wahlrecht, 8-Stunden-Tag, Arbeiterschutz, politische Rechte, Freiheit der Wissenschaft

den. Die Sozialdemokratie war damals die einzige Partei, in der die verschiedenen Nationalitäten ein gemeinsames Dach gefunden hatten. Doch nun verlangten auch in ihr die Nichtdeutschen Anerkennung und mehr Selbständigkeit. Beim Parteitag im Gasthof Wimberger 1897 erfolgte deshalb die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine Föderation der verschiedenen nationalen Parteien. Diese Föderation wurde auch als die „kleine Internationale“ bezeichnet.

Im Jahr 1906 erhielt die Sozialdemokratie in einem historischen Kompromiss zwischen Krone, Bürokratie und Arbeiterklasse das allgemeine, freie und gleiche Männerwahlrecht zugestanden. Das bis dahin gültige Privilegienwahlrecht (Zensus- und Kurienwahlrecht), welches die Berechtigung zur Wahlteilnahme und das Gewicht der einzelnen Stimmen von der sozialen Klassenzugehörigkeit und dem Vermögen abhängig machte, war damit Geschichte. Den Hintergrund für diese gravierenden Änderungen bildeten Generalstreikdrohungen, nationale Konflikte und der Eindruck der russischen Revolution von 1905. Das Kaiserhaus dachte, dass der Staat nun dringend eine neue soziale Klammer benötigte, die nur durch



ADELHEID POPP

Adelheid Popp wurde am 11. Februar 1869 in Inzersdorf bei Wien in einer kinderreichen Weberfamilie geboren. Sie musste bald die Schule verlassen und bereits mit 10 Jahren in der Fabrik arbeiten. Später lernte sie die Sozialdemokratie kennen und heiratete den Parteifunktionär Julius Popp. 1892 wurde sie Redakteurin der Arbeiterinnen-Zeitung. Als solche pflegte sie unter anderem Kontakte zu August Bebel und Friedrich Engels. 1902 erfolgte gemeinsam mit Therese Schlesinger die Gründung des „Vereins sozialdemokratischer Frauen und Mädchen“, die gegen den Wunsch der Parteispitze erfolgte. 1909 erschien das Buch „Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“, das in 10 Sprachen übersetzt wurde und großen Einfluss auf die Rolle von Frauen in der Arbeiterbewegung hatte. 1918 wurde Adelheid Popp in den Parteivorstand und in den Wiener Gemeinderat gewählt. Von 1919 bis 1934 wirkte sie als Abgeordnete im österreichischen Parlament. Als Nachfolgerin Clara Zetkins wurde sie zudem Vorsitzende des Internationalen Frauenkomitees. Sie starb am 7. März 1939 in Wien.



Demonstration für
das Frauenwahlrecht
um 1900

politische Zugeständnisse zu erreichen war. Diese Konzessionen hatten überaus positive Folgen für die Sozialdemokratie: Bei den Reichsratswahlen 1907 erreichte sie 87 von 516 Sitzen, in Wien konnten sogar mit rund 38 % der Stimmen 10 von 33 Mandaten erobert werden.

Mit dieser raschen Entwicklung hatte die Organisationsstruktur der Partei nicht mithalten können. Eine Reform schien dringend notwendig. Vor allem von Böhmen gingen nun Anstrengungen um eine Neukonstruktion zentralistischen Zuschnitts aus. Der Reichenberger Parteitag im Jahr 1909 führte schließlich zu einer Neuorganisation der Partei. Es kam zur Einführung einer direkten Parteimitgliedschaft und einer Neuorganisation des Beitragswesens. Die Gewerkschaften hörten auf Parteisteuer zu zahlen und bildeten ab nun auch keinen Bestandteil der

Austromarxismus

Der Austromarxismus ist eine von österreichischen Sozialdemokraten geprägte Richtung innerhalb des marxistischen Denkens, zu dessen führenden Vertretern Otto Bauer, Max Adler, Friedrich Adler, Rudolf Hilferding, Karl Renner und Gustav Eckstein zählen. Trotz einiger Unterschiede zwischen diesen Vertretern (z.B. zwischen dem „linken“ Bauer und dem „rechten“ Renner) gab es wesentliche Gemeinsamkeiten. Dazu zählte zum einen der hohe Stellenwert von Bildung und Erziehung für die politische Arbeit. Durch Bewusstseinsbildung sollten „neue Menschen“ (Max Adler) geschaffen werden, um eine sozialistische Gesellschaft aufbauen zu können. Der Austromarxismus beschritt einen „dritten Weg“ zwischen dem Leninismus und dem sozialdemokratischen Revisionismus und wollte dadurch die Spaltung in der Arbeiterbewegung überwinden („integraler Sozialismus“). Weitere wesentliche Merkmale waren die Verpflichtung auf einen friedlichen Weg der Machteroberung (Otto Bauer: Nicht die Köpfe einschlagen, die Köpfe gewinnen!) und das grundsätzliche Bekenntnis zum Parlamentarismus, mit dessen Hilfe die Arbeiterklasse an die Macht gelangen und schließlich den Sozialismus verwirklichen sollte.

Parteiorganisation mehr. Ein gestaffelter und hierarchischer Parteaufbau folgte: Lokalorganisationen als Zusammenfassung aller in einem Ort lebenden Parteimitglieder wurden zu Bezirksorganisationen verbunden, die den jeweiligen Landesorganisationen unterstellt waren. Mehrere Bezirksorganisationen konnten sich zu einer Kreisorganisation zusammenschließen. Höchstes Gremium war der Parteitag, der die aus 20 Personen bestehende Reichsparteivertretung wählte. Zehn Mitglieder davon wählte der Parteitag dann zur engeren Parteivertretung, welche die laufenden Geschäfte besorgen musste.

Ab 1912 wurde dieses Gremium als Parteivorstand bezeichnet. Dieser war in seiner personellen Zusammensetzung überaus konsistent und umfasste unter anderem Victor Adler, Jakob Reumann, Franz Schuhmeier, Adelheid Popp und Karl Seitz. Die übrigen zehn Mitglieder der Reichsparteivertretung bildeten die Parteikontrolle. Gerade in Wien, wo zunächst Widerstände existierten, funktionierte diese Neuorganisation bald reibungslos. Die Wiener Sozialdemokratie sah in der neuen Organisationsform ein Modell, mit den Nationalitätenkonflikten in der Partei umzugehen, die die Hauptstadt bereits voll erfasst hatten. Gerade die Wiener Partei erreichte einen beeindruckenden Organisationsgrad und ihr Beitrag bei den Reichsratswahlen 1911 zum Gesamtergebnis war enorm. Obwohl die Sozialdemokratie insgesamt etwas schwächer abschnitt als bei den Wahlen 1907, wurde sie in Wien mit knapp 43% erstmals zur stärksten Partei.

Am 11. Februar 1913 wurde in Wien der populäre Arbeiterführer Franz Schuhmeier erschossen. Der Attentäter war der Bruder des Gründers der christlichen Arbeiterbewegung, des Antisemiten Leopold Kunschak. Die Beerdigung entwickelte sich zur bislang größten politischen Demonstration, bei der mehrere hunderttausend Menschen teilgenommen haben dürften.

Die durch Wahlen gestärkte Sozialdemokratie versuchte auf parlamentarischem Wege eine Modernisierung des rückständigen Habsburgerstaates zu erreichen. Nach einigen Anfangserfolgen erwies sich dies jedoch als ein nicht übermäßig erfolgreicher Weg. Während zentrale Anliegen der Sozialdemokratie wie etwa die Schaffung einer Sozialversicherung oder die Reform des Vereinsgesetzes zu keinem befriedigenden Abschluss kamen, passierten Gesetzesvorlagen zur Aufrüstung und Militarisierung erfolgreich den Reichsrat. Im September 1911 kam es zu den so genannten „Teuerungskrawallen“ und zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterschaft und der Exekutive. Leider brachte der Parlamentarismus nicht die erwünschten Erfolge. Mit Karl Graf Stürgkh wurde die Regierung von einem deklarierten Gegner des allgemeinen Wahlrechts angeführt. Mit Hilfe des § 14 (Notverordnungsparagraph) konnte das Abgeordnetenhaus gefügig gemacht bzw. übergangen werden. Immer wieder



Große Anti-Teuerungs- demonstration auf der Ringstraße

wurde dieses Instrument eingesetzt. Im März 1914 schloss die Regierung Stürgkh die Sitzung des Reichsrats und ließ bis zum Kriegsausbruch keinerlei Bereitschaft erkennen, zu einer parlamentarischen Praxis zurückzukehren. Der Widerstand der Sozialdemokratie gegen das § 14-Regime blieb relativ gering. Friedrich Adler aber, der Sohn des Parteigründers, ging durch zum Teil geschickte Umgehung der Zensurvorschriften bis an die Grenze des publizistisch Möglichen und attackierte die Gegner der Demokratie vehement.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges erstickte die demokratischen Ansätze im Keim. Als am 28. Juni 1914 das Attentat auf das Thronfolgerehepaar in Sarajewo erfolgte, bei dem Franz Ferdinand und Sophie Chotek ermordet wurden, stellte die Regierung der Donaumonarchie zunächst ein Ultimatum und erklärte Serbien bald darauf den Krieg. Auf die dem Kriegsausbruch politisch folgende „Kriegsdiktatur“ im Inneren, die nicht nur die verfassungsmäßigen Grundrechte aufhob (z.B. Presse- und Versammlungsfreiheit), sondern auch die Repressions- und



Trauerzug zum Begräbnis Franz Schuhmeiers, 1913

Der „Moloch Militär“, sozialdemokratische Karikatur aus dem Jahr 1911



Kriegsmetall-Sammelaktion, Plakat 1915



Einrichtung von Kriegsküchen zur öffentlichen Auspeisung



Sanktionsmittel erheblich verschärfte, erwies sich die Sozialdemokratie nicht übermäßig gut vorbereitet. Auch gab es in der Partei eine zum Teil überraschend deutliche Zustimmung zum Angriffskrieg.

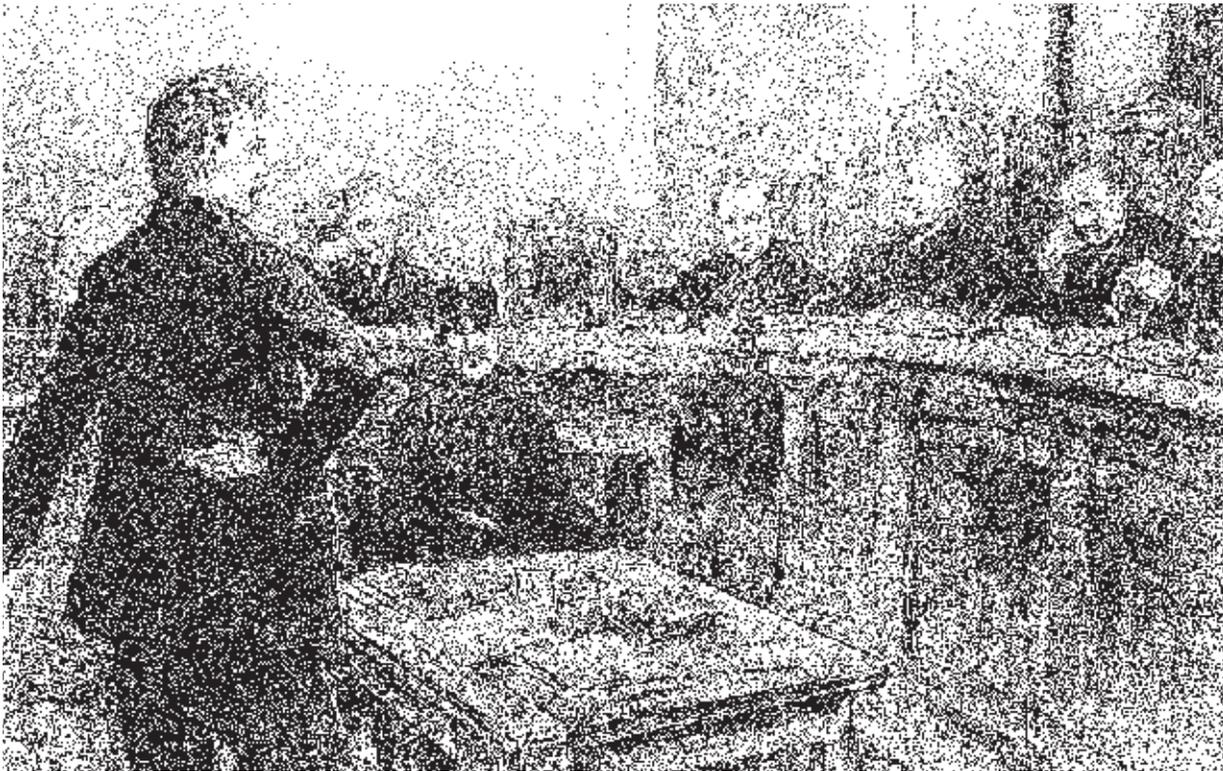
Traurige Berühmtheit erlangte in diesem Zusammenhang ein Leitartikel des Chefredakteurs der *Arbeiter-Zeitung*, Friedrich Austerlitz, der in der Ausgabe vom 5. August 1914 einen „Kampf“ des deutschen Volkes „um die Bewahrung seines staatlichen und nationalen Daseins“ diagnostizierte („Der Tag der deutschen Nation“).

Die „russische Gefahr“, also die Angst vor dem zaristischen Russland, führte auch bei jenen Sozialdemokraten, die den Weltkrieg als einen imperialistischen (und daher abzulehnenden) Krieg interpretierten, zur Unterstützung der Kriegsführung der Mittelmächte (Deutsches Reich und Österreich-Ungarn). Als Minderheitsposition in der Partei muss hingegen die deklarierte Antikriegshaltung von Friedrich Adler, Max Adler, Robert Danneberg, Therese Schlesinger und Gabriele Proft zählen.

Friedrich Adler erschoss in einer spektakulären Aktion am 21. Oktober 1916 den Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh, den er als Hauptverantwortlichen für die Kriegsführung ansah. Bei dem darauf folgenden Prozess gelang es ihm, den Gerichtssaal als Forum für die Abrechnung mit der Kriegspolitik der Regierung zu nutzen. Da die Geschworenengerichtsbarkeit bereits abgeschafft worden und das Handeln des Gerichts kaum mit der bestehenden Verfassung in Einklang zu bringen war, gelang es Adler, das Attentat als eine Art Notwehrmaßnahme gegen den Verfassungsbruch darzustellen. Proteste gegen die §14-Gerichte begleiteten den gesamten Prozess und die Zeit nach dem Urteil. Dennoch wurde der Angeklagte zum Tode verurteilt, bald aber begnadigt und als politischer Häftling mit privilegiertem Status in die Haftanstalt Stein eingeliefert.

Im Verlauf des Krieges wurde vor allem die Nahrungsmittelknappheit zu einer Überlebensfrage der Donaumonarchie. Lebensmittelkrawalle, Streiks und Hungerrevolten standen bald auf der Tagesordnung. Eine dramatische Zuspitzung der Ernährungskrise brachte der „Hungerwinter“ 1916/1917.

Nach einer abrupten Unterbrechung der Streikaktivitäten zwischen 1914 und 1916 in der Phase der sozialdemokratischen „Burgfriedenspolitik“, änderte sich die Sichtweise ab dem Beginn des Jahres 1917 markant. Die Streikenden forderten nun immer öfter nicht (nur) mehr Lohn, sondern sie verlangten Nahrungsmittel. Mit dem Wiener Metallarbeiterstreik vom Mai 1917, dem Jännerstreik 1918 und dem Streik vom Juni 1918 überzog eine wahre Streikwelle das Land. Die Sozialdemokratie trat als Verhandlungsführer gegenüber der Regierung auf, geriet aber auch unter den Druck der Linksradikalen. Diese wollten sich



Prozess gegen
Friedrich Adler,
1917

bei ihren Forderungen nach sofortigem Kriegsende, der Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, der Demokratisierung des Gemeindewahlrechts und ähnlichem nicht mit Good-Will-Erklärungen der Regierung zufrieden geben. Der Sozialdemokratie gelang es aber erfolgreich, das neu gebildete System der Arbeiterräte zu integrieren und eine Spaltung der Arbeiterbewegung, wie sie in Deutschland bereits stattgefunden hatte, zu verhindern.

Der Zerfall und Zusammenbruch der Donaumonarchie war aber schließlich keine Folge der revolutionären Streikbewegung. Er resultierte aus der militärischen Niederlage des Habsburgerreichs und seiner Verbündeten sowie aus den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Ende Oktober 1918 war die Monarchie endgültig Geschichte.



Die Kriegsinvaliden
prägten noch jahre-
lang das Alltagsbild
der Nachkriegs-
gesellschaft

Soziale Demokratie

Die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht stellte von Beginn an ein zentrales politisches Ziel der Sozialdemokratie dar. Die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft war historisch betrachtet eine ihrer wichtigsten und beständigsten Zielvorstellungen. In den Jahrzehnten nach ihrer Gründung 1888/89 war sie die entscheidende politische Kraft, die als einzige der existierenden Parteien konsequent auf Demokratie und Gleichberechtigung drängte. Weder Besitz noch gesellschaftlicher Status oder Geschlecht sollten darüber entscheiden, wer sich am politischen Prozess beteiligen durfte. Das Wahlrecht musste allgemein, also für alle Menschen gültig sein. Für diese Haltung war die Arbeiterbewegung zahlreichen Anfeindungen, Repressionen und Einschränkungen seitens des Staates ausgesetzt. Doch eine klare politische Perspektive war gegeben: Wenn das Privilegienwahlrecht einmal gefallen war und die Stimmen der arbeitenden Menschen gleiches politisches Gewicht erhielten, dann, so war man überzeugt, würde auch die Position der Sozialdemokratie im politischen Wettbewerb der Parteien deutlich gestärkt werden.

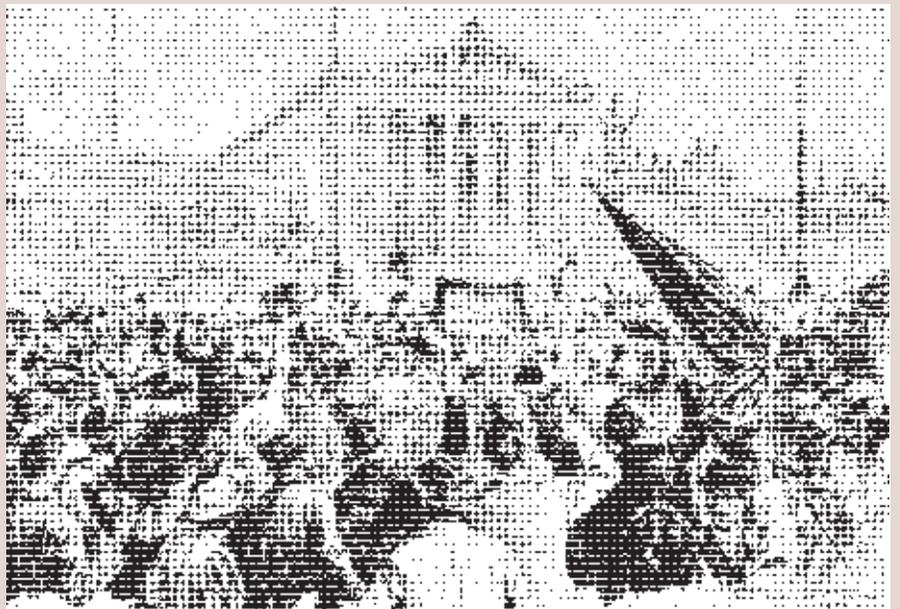
Diese Erwartungen begannen sich auch bald zu erfüllen. Als im Jahr 1906 das Zensus- und Kurienwahlrecht abgeschafft und das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt wurde, konnte die Sozialdemokratie bei den im Jahr darauf stattfindenden Reichsratswahlen ihre Position erheblich stärken. Doch ihr Ziel war damit noch lange nicht erreicht. Auch wenn viele (nicht nur) männliche Führer der Sozialdemokratie bereit waren, die Forderung nach einem Frauenwahlrecht nachzureihen, blieb das allgemeine Männer- und Frauenwahlrecht ein zentrales politisches Ziel. Nach dem Ende des 1. Weltkrieges und der Ausrufung der Republik am 12. November 1918 war es dann so

weit: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts wurde vom Parlament beschlossen. Und wie es den optimistischen Erwartungen entsprach, ging die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) schon aus den ersten Wahlen als stimmenstärkste Partei hervor.

In den 19 Monaten der Regierungsbeteiligung versuchte die SDAP, den Gedanken der Mitbestimmung auch auf den Bereich der Wirtschaft auszudehnen. Diesem Ziel diente vor allem das Betriebsrätegesetz von 1919. Auch die auf den berühmten Staatsrechtler Hans Kelsen zurückgehende erste Verfassung von 1920 trug die Handschrift der Sozialdemokratie. In ihr kam vor allem dem Parlament die entscheidende Rolle zu. Ein Staatsoberhaupt als starker Mann und Quasi-Nachfolger des Monarchen war darin nicht vorgesehen. Das Amt des Bundespräsidenten wurde daher mit relativ geringen Kompetenzen ausgestattet. Die Wahl erfolgte durch die Bundesversammlung (Nationalrat- und Bundesrat), nicht direkt durch das Volk. Dies änderte sich erst 1929 als unter dem Druck der Heimwehren und rechter politischer Kräfte eine Revision der Verfassung vorgenommen wurde, die das Amt des Staatsoberhauptes aufwertete. Die erste Volkswahl des Bundespräsidenten erfolgte aber erst im Jahr 1951.

Im Jahr 1926 verfasste der Sozialphilosoph und Parteitheoretiker Max Adler sein Buch „Politische oder soziale Demokratie“. In dieser grundlegenden programmatischen Schrift arbeitete er einen Gedanken heraus, der – zumindest in den Grundzügen – das Demokratieverständnis der Sozialdemokratie bis heute bestimmen sollte: Demnach war das allgemeine Stimmrecht zwar ein

Wahlrechtsdemonstration
vor dem Reichsrat, 1905



wichtiger und notwendiger Schritt. Doch dadurch, argumentierte Adler, wurde die Gesellschaft nicht automatisch gleicher und gerechter. Denn die äußerst ungleichen Besitzverhältnisse und der fehlende Zugang zu höherer Bildung und besserer Ausbildung für die werktätigen Massen verhinderten, dass alle Menschen sich unter den gleichen Voraussetzungen am politischen Geschehen beteiligen konnten. Um den zahlreichen benachteiligten Menschen, die in arme Familien hineingeboren wurden, den Zugang zu materiellem Wohlstand und zu Bildung und geistiger Freiheit zu ermöglichen, musste die politische Demokratie in eine soziale Demokratie umgewandelt werden. Die Politik sollte gezielte Maßnahmen setzen, um den Menschen nicht nur gleiche bürgerliche Rechte (z.B. Wahlrecht, Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit etc.), sondern auch gleiche soziale Chancen zu bieten. Um dies zu erreichen, musste aber nicht nur das politische System, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Ordnung grundlegend verändert werden. Politische Reform und soziale Wohlfahrt waren also untrennbar miteinander verbunden.

Das Linzer Programm von 1926 machte die uneingeschränkt positive Haltung der SDAP zur Demokratie deutlich. „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgerschaften der Demokratie ausüben“, heißt es darin unmissverständlich. Allerdings findet sich in diesem Text auch eine Passage, die sehr umstritten war: „Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“

Obwohl diese Aussage ganz offensichtlich defensiv gemeint war, trug sie dennoch zu einer weiteren Polarisierung zwischen den politischen Lagern bei.

Nach Verbot, Vertreibung und Illegalität war die Sozialdemokratie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des NS-Regimes 1945 wieder als führende Kraft bei der Schaffung und Festigung des demokratischen Systems aktiv. Programmatisch ging es in der Zeit des Wiederaufbaus vor allem darum, sowohl Verbindungslinien zur Parteigeschichte deutlich herauszustreichen als auch den neuen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Von diesem Bemühen zeugt etwa das Grundsatzzprogramm von 1958. „Die Sozialisten bekennen sich uneingeschränkt zur Demokratie. Sie waren immer Verteidiger, niemals Beseitiger der Demokratie“, formulierte das „Neue Parteiprogramm“ mit Blick auf die noch nicht lange zurückliegende Geschichte. Ein entscheidendes

Moment im Demokratieverständnis der SPÖ war die deutliche Abgrenzung gegenüber Diktaturen. Damit war nicht nur die klare Ablehnung von Austrofaschismus und Nationalsozialismus gemeint. Die SPÖ legte auch großen Wert darauf, sich vom Kommunismus zu distanzieren, unter dessen Flagge sich vor allem in Osteuropa Herrschaftsformen herausgebildet hatten, die zu dem, was in der SPÖ unter Sozialismus verstanden wurde, in klarem Widerspruch standen. „Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromisslose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus“, so das 1958er Programm. Und weiter: „Sozialismus ist uneingeschränkte politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie; Sozialismus ist vollendete Demokratie.“ Insbesondere durch die Eisenstädter Erklärung von 1969, in der dezidiert jede Zusammenarbeit mit der KPÖ ausgeschlossen wurde, wurde diese Haltung weiter untermauert.

Besonders in der Zeit des Parteivorsitzes von Bruno Kreisky wurde das Konzept der Sozialen Demokratie wieder aufgegriffen und stärker betont. Es ermöglichte ein Bekenntnis zum bestehenden demokratischen System, ohne deswegen die Notwendigkeit seiner Verbesserung in Richtung von mehr sozialer Ausgewogenheit zu übersehen. In der Sozialen Demokratie, so das Parteiprogramm von 1978, gewährleistet das Recht auf Arbeit umfassende soziale Sicherheit. Das Recht auf humane Umwelt, auf umfassende Bildung und Ausbildung nach freier Wahl und auf Mitbestimmung und Mitverwaltung stellten die weiteren Eckpunkte dar. „Wo immer es möglich wird, sollen die Menschen ihr Leben und ihre Arbeit in sozialer Verantwortung selbst gestalten und an den Entscheidungen mitwirken, die sie selbst betreffen“, hieß es im 1978er Programm.

Das Prinzip von der „Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie“ erreichte auch jene Teile des gesellschaftlichen Lebens, die bislang nicht oder eindeutig zu wenig nach demokratischen Grundsätzen gestaltet waren.

Die Debatte darüber, wie eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in das politische Geschehen erreicht werden kann, ist von ungebrochener Aktualität.

3. Sozialdemokratie in der Ersten Republik

Das Ende des Ersten Weltkrieges und der Zerfall des Kaiserreiches, der in der Gründung einer Reihe neuer Nationalstaaten mündete, eröffnete nun die Möglichkeit die von der Sozialdemokratie lange geforderte Demokratie in die Realität umzusetzen. Am 12. November 1918 wurde die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen. Doch die Ausgangsbedingungen für den neuen Staat waren alles andere als einfach. Wie die meisten politischen Kräfte war auch die Sozialdemokratie von der Nichtlebensfähigkeit der österreichischen Republik überzeugt und strebte den Zusammenschluss mit einem sozialistischen Deutschland an. Sobald die beiden Arbeiterbewegungen vereint waren, so dachten viele der führenden Theoretiker, könnte eine soziale Demokratie auf profunder ökonomischer Basis geschaffen werden. Diesen Wünschen wurde spätestens durch den Friedensvertrag von Saint-Germain (1919) ein Ende bereitet, der explizit ein Verbot des Anschlusses für einen Zeitraum von 20 Jahren festsetzte. Die Arbeiterbewegung musste ihren Aktionsradius somit auf das kleine Österreich beschränken, das nach den Worten des französischen Premierminister Georges Clemenceau nur mehr der „Rest“ war, der nach der Gründung der neuen Nationalstaaten von dem einstigen Großreich übrig blieb.

Nur einen Tag vor der Ausrufung der Republik starb der große Mann der österreichischen Sozialdemokratie Victor

Adler. Zur neuen Führungsfigur innerhalb der Partei wurde Otto Bauer.

Aus Sicht der Sozialdemokratischen Partei entwickelten sich die politischen Kräfteverhältnisse zunächst überaus günstig. Anfangs führte Staatskanzler Karl Renner eine Provisorische Regierung an, bevor am 16. Februar 1919 das erste Mal Wahlen nach dem allgemeinen, freien, geheimen und gleichen Stimmrecht abgehalten wurden, also erstmals auch Frauen wahlberechtigt waren. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde mit 40,8% stärkste Partei, doch auch die Christlichsoziale Partei erreichte mit rund 35% ein sehr gutes Ergebnis. Sie errang die Mehrheit der Mandate außerhalb der Hauptstadt Wien und dominierte die Landtage der Bundesländer. Diese Konstellation sollte für die gesamte Dauer der Ersten Republik prägend sein: Während die Sozialdemokratie in Wien und in den Industrieregionen dominierte, fanden die Christlichsozialen in den Dörfern, den ländlichen Gebieten und alpinen Regionen eine starke Anhängerschaft. Einen nicht zu unterschätzenden Erfolg der Sozialdemokratie stellte es dar, dass sie zur eindeutig dominierenden Kraft innerhalb der Arbeiterbewegung geworden war.

Die in der Phase des Kriegsendes entstandene Rätebewegung (Arbeiter- und Soldatenräte) konnte die Sozialdemokratie erfolgreich integrieren, wozu nicht zuletzt Friedrich Adler beitrug, der zum Vorsitzenden des Wiener Arbeiterrates geworden war. Die Kommunistische Partei hingegen war eine unbedeutende Größe geblieben, wie auch die ersten Nationalratswahlen bewiesen. Ihr sollte es auch in der Folge nicht gelingen, entscheidenden politischen Einfluss zu erlangen, und zwar weder im Parlament noch in der Rätebewegung. Bei keiner einzigen Nationalratswahl während der Ersten Republik gelang es ihr, in allen Wahlkreisen zu kandidieren und immer blieb sie bei unter einem Prozent der Stimmen.

Obwohl mit der politischen Demokratie noch nicht jenes System erreicht war, das sich die Sozialdemokratie zum Ziel gesetzt hatte – schließlich gab es immer noch eklatante soziale Ungleichheit – erwiesen sich Partei und Bewegung als entscheidende Stützen der Demokratie und des parlamentarischen Systems, das viele Feinde hatte. Es waren vor allem die unter der Federführung des Staats-

Aus 10.000 Kronen wurde 1 Schilling. Eine überstempelte Note, die 1925/26 in Umlauf war.



sekretärs für soziale Fürsorge Ferdinand Hanusch (1866-1923) beschlossenen Sozialgesetze, die dafür eine wichtige Grundlage bildeten. Zwischen 14. März und August 1919 wurden unter anderem Gesetze zur Arbeitslosenunterstützung, zur Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, ein Betriebsrätegesetz und ein Gesetz über gemeinwirtschaftliche Unternehmungen verabschiedet. Die Sozialisierungskommission wiederum, in der zunächst Otto Bauer und dann Wilhelm Ellenbogen den Vorsitz führte, befasste sich mit der Frage, welche Wirtschaftszweige und Industrien in Gemeineigentum übergeführt werden sollten. Von den weit reichenden Plänen, wirtschaftliche Sektoren außerhalb des privatwirtschaftlichen Gewinnstrebens zu errichten, konnte vor allem wegen des Widerstandes der Christlichsozialen nur ein kleiner Teil verwirklicht werden.

Auch in der zweiten Koalitionsregierung mit den Christlichsozialen, die im Oktober 1919 gebildet wurde, konnten die Sozialdemokraten noch einige ihrer Ziele umsetzen, etwa im Bereich der Heeres- und Schulreform. Doch schon im Juni 1920 löste sich die zweite große Koalition nach insgesamt 19 Monaten gemeinsamer Regierung auf. Die Periode der geteilten Regierungsgewalt hatte damit ein Ende gefunden. Die Sozialdemokratie sollte nun bis zum Ende der Ersten Republik nie wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Die Christlichsozialen hingegen stellten ab 1922 beinahe durchgehend den Bundeskanzler (einzige Ausnahme war die Regierung Schober 1929/30). Diese Periode unterschiedlicher bürgerlicher Regierungen unter Einschluss äußerst rechter Kräfte wurde als „Bürgerblock“ bezeichnet. Herausragende Gestalt auf der Seite der Christlichsozialen war der Priester Ignaz Seipel, der von 1922 bis 1924 und von 1926 bis 1929 die Kanzlerschaft in mehreren Kabinetten innehatte.

Das Parteiensystem der Ersten Republik war durch die Existenz gegensätzlicher politischer „Lager“ gekennzeichnet, deren Herausbildung bis in die Zeit vor der Gründung der Republik zurückverfolgt werden kann. Damit waren weltanschaulich geschlossene Milieus gemeint, deren organisatorische Basis neben den Parteien auch noch politisch unterschiedlich ausgerichtete Gewerkschaften, Genossenschaften (z.B. die Konsumgenossenschaft) und ein ausdifferenziertes Verbände- und Vereinswesen bildeten. Neben dem sozialistischen (oder sozialdemokratischen) Lager wird in der Regel noch zwischen einem christlich-sozialen (bzw. katholisch-konservativen) und einem deutschnationalen bzw. großdeutschen Lager unterschieden. Viele Menschen, die in eines dieser Lager hineingeboren wurden, hielten ihm bis an ihr Lebensende die Treue. Diese Einbindung in ein überaus dichtes organisatorisches Netz, das alle Lebensbereiche (Arbeit, Politik, Freizeit, Kultur etc.) und Lebensabschnitte umfasste, wird für das sozialdemokratische Lager häufig mit den Worten



Ein Plakat der SDAP gegen die „Genfer Sanierung“ zu den Nationalratswahlen 1923.



OTTO BAUER

Am 5. September 1881 wurde Otto Bauer in Wien als Sohn eines Textilfabrikanten geboren. Er studierte unter anderem Rechtswissenschaften und Geschichte an der Wiener Universität. Besonders von Victor Adler wurde Bauer, der bereits 1900 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei wurde, anerkannt und gefördert. Einen guten Ruf erwarb er sich vor allem auch als Publizist. So veröffentlichte er als 26-Jähriger im Jahr 1907 ein mehrere hundert Seiten starkes Werk über „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, das bis heute auf das Interesse der Fachwelt stößt. In dieser Zeit gründete er gemeinsam mit Karl Renner und Adolf Braun die Zeitschrift *Der Kampf*, die zum wesentlichen theoretischen Diskussionsforum der Sozialdemokratie wurde. Bauer geriet bereits 1914 in Kriegsgefangenschaft an der russischen Front und kam 1917 im Zuge eines Gefangenen austauschs wieder frei. Nach der Rückkehr wurde er zu einem entschiedenen Gegner der Kriegspolitik und schloss sich der Parteilinken an. In der von Karl Renner geführten Koalitionsregierung agierte er als Staatssekretär für Äußeres. Obwohl Otto Bauer nicht zum Parteichef ernannt wurde – er agierte zwischen 1918 und 1934 als Stellvertretender Parteivorsitzender – erschien er nach außen dennoch als der eigentliche Führer der Sozialdemokratie, deren programmatische Ausrichtung er wesentlich bestimmte. Zu seinen wichtigsten ideologischen Positionen zählt unter anderem die Idee eines „integralen Sozialismus“, die von einer Wiedervereinigung der in Kommunisten und Sozialdemokraten geteilten Arbeiterbewegung ausging. Manche seiner politischen Entscheidungen wie etwa der Gang in die Opposition im Jahr 1920 oder der Verzicht auf einen Generalstreik nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 waren heftig umstritten. Nach seiner Flucht im Zuge des Bürgerkriegs 1934 nach Brünn, wo er das Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie (Aloes) aufbaute, betätigte er sich weiterhin politisch im Exil. Er starb am 5. Juli 1938 in Paris.

Plakat zum Internationalen Frauentag, 1928



„Von der Wiege bis zur Bahre“ charakterisiert. In der Tat war es möglich, von den Kinderfreunden bis zum Sterbverein „Die Flamme“ und zumeist in der Form von Mehrfachmitgliedschaften zu jeder Zeit und in jedem Bereich organisatorischen Rückhalt im selben politischen Lager zu finden. Am dichtesten ausgebaut war das sozialdemokratische Lager zweifellos in der Hauptstadt Wien.

War die Dauer der Teilhabe an der Regierungsgewalt auf Bundesebene nur kurz, so sollte in Wien eine Ära des kommunalen Sozialismus beginnen, die weltweit Beachtung fand. Bereits bei den Gemeinderatswahlen im Mai 1919 erreichte die SDAP die absolute Mehrheit. Parallel dazu stieg auch die Zahl der Parteimitglieder rasant an. Bereits 1924 zählte die Partei in Wien, das damals 1,8



KARL RENNER

Am 14. Dezember 1870 wurde Karl Renner in Untertannowitz in Südmähren als Sohn einer Weinbauernfamilie geboren. Trotz der ärmlichen Verhältnisse gelang es ihm, ein Studium der Rechtswissenschaften in Wien 1896 abzuschließen. Er arbeitete zunächst in der Parlamentsbibliothek und war maßgeblich an der Gründung der Naturfreunde beteiligt. Große Beachtung fanden bald seine Arbeiten zur Nationalitätenfrage, die unter Pseudonymen erschienen. Darin vertrat er die Idee einer föderalistischen Neuordnung der Monarchie. Renner bekleidete zahlreiche Funktionen in der sozialdemokratischen Bewegung. So wurde er etwa 1911 zum Obmann der österreichischen Konsumgenossenschaften gewählt. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahm er als Staatskanzler die Bildung der ersten demokratischen österreichischen Regierung. Nach dem Ende der Koalitionsregierung wechselte er in den Nationalrat, wo er zwischen 1920 bis 1934 als Abgeordneter tätig war. Von 1931 bis 1933 bekleidete er zudem das Amt des Nationalratspräsidenten. Im Zuge des Februar 1934 wurde er für 100 Tage inhaftiert. Umstritten ist seine Rolle im Jahr 1938, als er sich öffentlich positiv zum „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland geäußert hatte. Eine Schlüsselrolle spielte er bei der Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich. Es gelang ihm, rasch die Zustimmung der Alliierten zur Provisorischen Regierung zu bekommen und die ersten Wahlen bereits im November 1945 zu organisieren. Im Dezember 1945 wurde er von der Bundesversammlung zum österreichischen Bundespräsidenten gewählt. Als solcher starb er am 31. Dezember 1950 in Wien.

Millionen EinwohnerInnen hatte, 226.415 Mitglieder. Das bedeutete, dass jeder fünfte Erwachsene Mitglied der Sozialdemokratie war. Das Reformwerk im Roten Wien war umfassend. Die vielleicht bedeutendste Leistung der roten Stadtregierung lag im Bereich des sozialen Wohnbaus. Verantwortlich dafür war der Wiener Finanzstadtrat Hugo Breitner. Er finanzierte das anspruchsvolle Programm ausschließlich durch direkte Steuern (Vermögenssteuer, Betriebssteuer, Luxussteuer, Miet- und Bodensteuer etc.). Bis Ende 1933 konnten so rund 61.000 neue Wohnungen mit Parks, Schwimmbädern, Schulen, Kindergärten, Turnhallen, Fürsorgeeinrichtungen und Gemeinschaftszentren gebaut werden. Diese neuen Wohnbauten waren der Stolz sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Parallel dazu setzte eine ambitionierte Schulreform ein, für die Otto Glöckel verantwortlich zeichnete.

Glöckel war zuerst Unterstaatssekretär für Unterricht gewesen und amtierte dann als geschäftsführender Wiener Stadtschulratspräsident. Sein Programm umfasste nicht nur die Beseitigung von Relikten aus der vordemokratischen Schule, in der die Prügelstrafe und das verpflichtende Gebet auf der Tagesordnung standen, sondern formulierte mit der Abschaffung der Klassentrennung in der Einheitsschule und dem Arbeitsunterricht pädagogische Eckpunkte, die auch heute noch aktuell sind. In der sozialen Fürsorge wiederum konnte ein auf den Arzt Julius Tandler zurückgehendes „Wiener System“ etabliert werden, das auf ein dichtes Netz fürsorglicher Institutionen und Maßnahmen aufgebaut war. Die gesellschaftliche Verpflichtung und das individuelle Recht auf Fürsorge bildeten dessen wichtige Eckpunkte. Vor allem für das Rote Wien galt der Ausspruch von Julius Deutsch, wonach es der Sozialdemokratie gelungen wäre, einen „Staat im Staate“ geschaffen zu haben. Deutsch formulierte dies folgendermaßen: „Indem wir die Arbeiter von der Welt des Kapitalismus losgelöst haben, indem wir die Arbeiter nicht allein politisch, sondern auch geistig, kulturell und gesellschaftlich von der Welt des Bürgertums gelöst haben, haben wir einen Staat im Staate geschaffen.“

Doch das Rote Wien war eine Enklave in einem Land, in dem die Sozialdemokratie sich mit vehementer Gegnerschaft konfrontiert sah. Es fehlte nicht nur das Vertrauen der unterschiedlichen politischen Lager zueinander, sondern auch ein gemeinsames, eindeutiges Bekenntnis zu den Institutionen des Staates und ein Grundkonsens über demokratische Werte. Durch die wachsende Präsenz rechter und deutschnationaler Kräfte und Wehrverbände (Heimwehren und Frontkämpferverbände) im politischen Leben sah sich die Sozialdemokratie bereits im Jahr 1923 veranlasst, den Republikanischen Schutzbund ins Leben zu rufen. Zu seiner zentralen Figur wurde Julius Deutsch, der auch die Funktion des Obmanns übernahm. Durch diese Existenz politisch gegensätzlich orientierter

Wehrverbände wurde deutlich, wie angespannt die politische Lage bereits war und wie sehr die Austragung politischer Konflikte mit den Mitteln der Gewalt als konkrete Möglichkeit im Raum stand.

Die Wahlentwicklung auf Bundesebene verlief für die Sozialdemokratie durchaus erfreulich. Sie war bei den Wahlen vom 21. Oktober 1923 nur knapp unter 40% geblieben, allerdings war der Abstand zur Christlichsozialen Partei (45%) relativ groß. Die Aprilwahlen 1927 führten dann zu ihrem größten Wahlsieg in der Geschichte der Ersten Republik: Mit 42% der Stimmen unterlagen sie zwar dem als Einheitsliste in die Wahl gezogenen Zusammenschluss aus Christlichsozialen und Großdeutschen. Dennoch schien die Partei ihrem Ziel immer näher zu kommen, zuerst die Mehrheit mit den Stimmzetteln zu gewinnen und dann die Republik in ihrem Sinn umzugestalten. Von diesem Vorhaben zeugte auch das Parteiprogramm. Es wurde im Jahr 1926 in Linz beschlossen (Linzener Programm) und war auf den austromarxistischen Ideen aufgebaut. Der Text stammte aus der Feder des führenden Parteitheoretikers Otto Bauer. Trotz des eindeutig darin enthaltenen Bekenntnisses zur parlamentarischen Demokratie wurde der defensiv gemeinte Hinweis, dass einem möglichen Angriff der Bourgeoisie auf das demokratische System „mit den Mitteln der Diktatur“ begegnet werde, propagandistisch ausgeschlachtet und im Sinne einer Beschwörung einer bolschewistischen Gefahr instrumentalisiert.

Die Ereignisse vom 30. Jänner 1927 im burgenländischen Schattendorf vermehrten das Misstrauen und die Feindseligkeiten zwischen den großen politischen Lagern. Bei Auseinandersetzungen zwischen dem Schutzbund und der Frontkämpferversammlung erschossen Angehörige des rechten Wehrverbandes zwei Menschen und verletzten mehrere. Die Toten waren ein Kind und ein Kriegsinvalide. Als der Prozess in Wien, bei dem die Verantwortlichen bestraft werden sollten, mit einem Freispruch endete, war der Protest der Massen nicht mehr in friedliche Bahnen zu lenken. Die Parteiführung war darum bemüht die Lage zu beruhigen und hörte nicht auf die Stimmen jener, die nun einen Aufstand der Arbeiterbewegung gegen die „Klassenjustiz“ und den „Klassenstaat“ forderten. Am 15. Juli 1927 wurde der Justizpalast von einer aufgebrauchten Menge in Brand gesteckt. Die Polizei ging gewaltsam gegen die Protestierenden vor und Polizeipräsident Schober erteilte Schussbefehl. Über 85 getötete ArbeiterInnen und hunderte Verletzte waren die Folge. Der Brand des Justizpalastes wurde zu einem der traumatischen Ereignisse in der Geschichte der Ersten Republik. Seine Spuren reichen bis in die österreichische Literatur. Elias Canetti oder Heimito von Doderer sind Beispiele für jene Schriftsteller, die dieses Ereignis literarisch verarbeiteten. Plakate mit der Aufschrift „Herr Schober, ich for-



Der Arzt Julius Tandler versuchte als zuständiger Stadtrat die „Volksgesundheit“ zu verbessern, indem er schon in der Schule Gesundheitspflege und Hygiene propagieren ließ.



Aufmarsch des Republikanischen Schutzbunds



Die Zahl der Arbeitslosen stagnierte bis zur Weltwirtschaftskrise auf einem hohen Niveau. Demonstrierende Arbeitslose 1925



Der Justizpalast
brennt, Juli 1927

dere Sie auf, zurückzutreten“, ließ der Herausgeber der Zeitschrift *Die Fackel*, Karl Kraus, in den darauf folgenden Tagen im gesamten Stadtgebiet aufhängen. Die politische Gewalt hatte einen neuen Höhepunkt erreicht.

Auf Druck der Heimwehren und des rechten Flügels der Christlichsozialen kam es 1929 zur Reform der auf Hans Kelsen zurückgehenden Verfassung von 1920. Die stark parlamentarisch geprägte Verfassung wurde in Richtung einer Präsidialverfassung verändert. Dies bedeutete unter anderem, dass der Bundespräsident mehr Kompetenzen erhielt und künftig in direkter Volkswahl bestimmt werden sollte. Bisher war dieser vom Parlament gewählt worden. Zu Bundespräsidentenwahlen im Sinne der 1929er Verfassung sollte es jedoch erst in der Zweiten Republik kommen.

Im Frühjahr 1932 zerbrach schließlich die Allianz aus Christlichsozialen und Großdeutschen, die sich bereits in zunehmender Auflösung befanden. Mit Hilfe der politischen Fraktion des rechtskonservativen „Landbundes“ gelang es dem Christlichsozialen Engelbert Dollfuß, im Mai 1932 mit hauchdünner Mehrheit zum Kanzler gewählt zu werden. Die Christlichsozialen hatten 66 Mandate, der Landbund neun. Die Sozialdemokraten wiederum verfügten über 72 Sitze und sie konnten unter Umständen auf Stimmen der verbliebenen Großdeutschen zählen. Von politischer Stabilität war man also weit entfernt. In dieser Situation bot Dollfuß den Sozialdemokraten eine große Koalition an, doch Otto Bauer lehnte dieses Angebot ab. Dollfuß entschloss sich darauf hin mit der Heimwehr zu paktieren, die mit ihren 8 Mandaten der

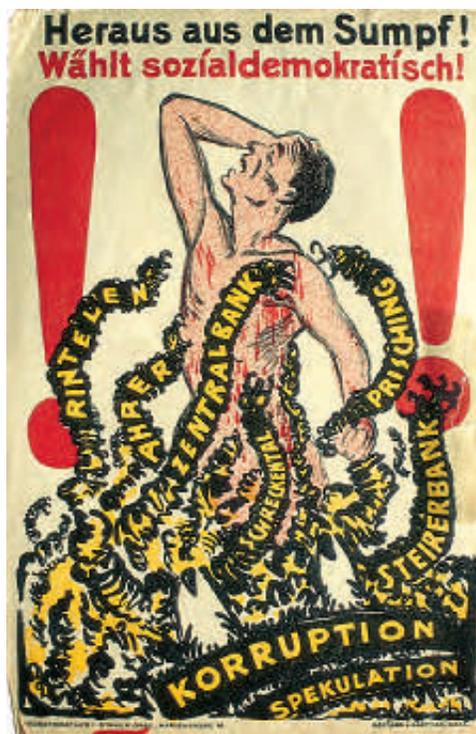
Regierung eine einigermaßen sichere Mehrheit im Parlament verschaffte.

Immer deutlicher trat in dieser Phase eine politische Kraft in Erscheinung, die zu Recht als Bedrohung für die Demokratie empfunden, von manchen aber dennoch unterschätzt wurde: der Nationalsozialismus. Bei den Gemeinderatswahlen im April 1932 erreichte die NSDP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei) in Wien über 200.000 Stimmen. Im Vergleich zu ihren 27.500 Stimmen im Jahr 1930 war dies ein enormer Zugewinn. Die Nationalsozialisten sogen insbesondere in Wien, Niederösterreich und Salzburg die Großdeutschen nahezu vollständig auf, wurden aber auch zu einer ernsthaften Konkurrenz für den Landbund und die Christlichsozialen. Ihre zunehmende Stärke veranlasste den Führer der italienischen Faschisten, Benito Mussolini, den österreichischen Heimwehrführer Ernst Rüdiger von Starheimberg als wesentliche Kraft *gegen* den von den österreichischen und deutschen Nationalsozialisten geforderten Anschluss Österreichs an Deutschland zu unterstützen.

Nachdem es 1929 zum Börsenkrach („schwarzer Freitag“) gekommen war, verschärfte sich die globale krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung. 1931 folgte in Österreich der Zusammenbruch der Großbank Credit-Anstalt, was dramatische Folgen für die Wirtschaft und den Zusammenbruch des Kreditwesens nach sich zog. Gewaltige Ausmaße hatte insbesondere die Arbeitslosigkeit angenommen. War diese in den wirtschaftlich relativ guten Jahren 1927–1929 bei durchschnittlich 9% gelegen, so waren am konjunkturellen Tiefpunkt 1933 bereits über 700.000

Menschen ohne Beschäftigung, das waren über 38 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Bei den Industriearbeitern, einer Kernschicht der Sozialdemokratie, waren die Zahlen noch dramatischer.

Im Jahr 1933 spitzten sich die politischen Ereignisse weiter zu. Im Jänner deckte der steirische Sozialdemokrat Koloman Wallisch die so genannte „Hirtenberger Waffenaffäre“ auf: In einem Eisenbahnwagen wurden italienische Waffen gefunden, die für die Heimwehr oder die rechte ungarische Regierung bestimmt waren. Dies war ein klarer Widerspruch zur behaupteten Neutralität Österreichs. Mitte Februar erließ Kanzler Dollfuß ein neues Lohnschema für die Eisenbahner, das deutliche Reallohnverluste zur Folge hatte. Es folgte ein Streik, gegen den die Regierung übermäßig hart vorgehen ließ. Zahlreiche Verhaftungen und Kollektiventlassungen waren die Folge. Die Sozialdemokratie initiierte darauf hin eine außerordentliche Parlamentssitzung, die am 4. März 1933 stattfand. Ihr Ziel war es unter anderem, Amnestien für Verurteilte und die Aufhebung der Kündigungen zu erreichen. Weder die Regierung noch die Sozialdemokraten verfügten über eine absolute Mehrheit. Um sich an der Abstimmung beteiligen zu können, traten die drei Parlamentspräsidenten nacheinander zurück. Da das Präsidium des Nationalrats nun unbesetzt war, konnte die Sitzung nicht geschlossen werden. Eine solche Situation

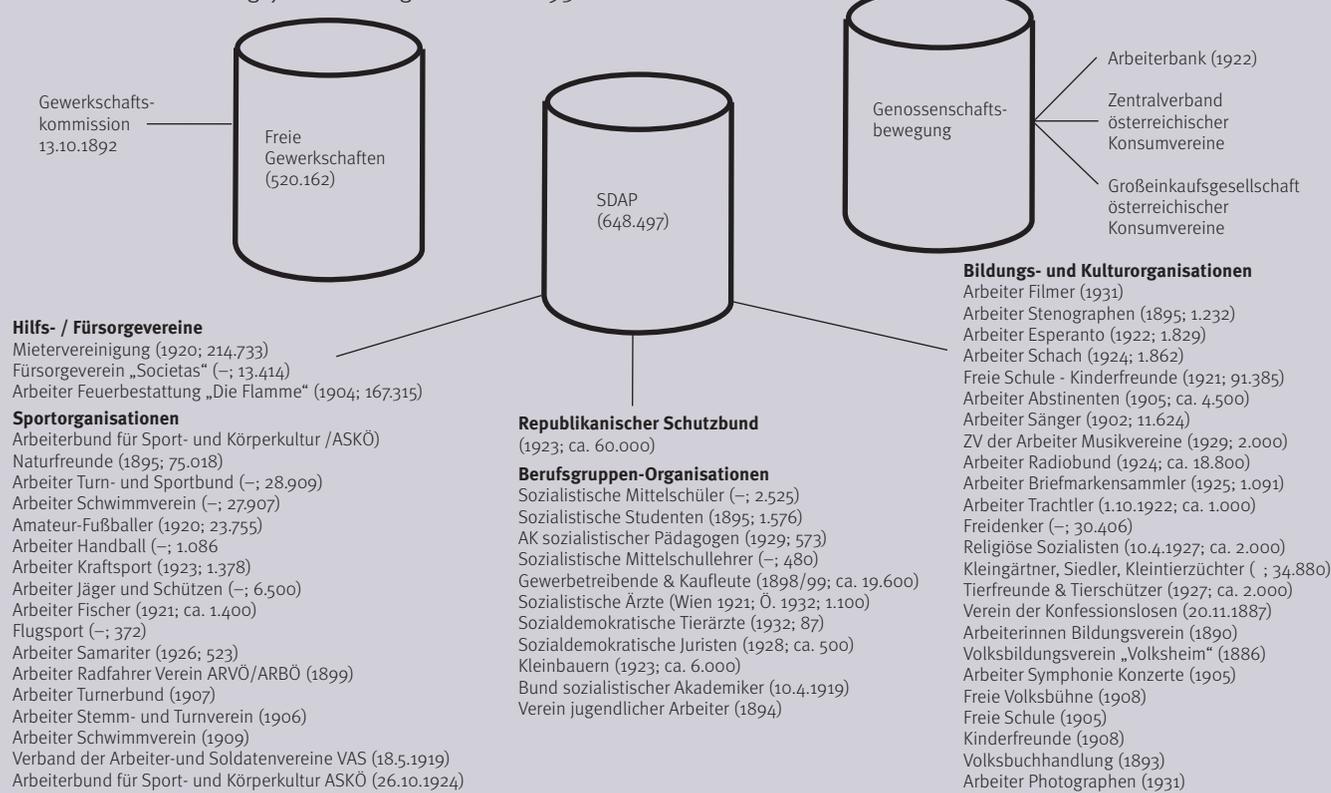


Plakat zur Nationalratswahl 1927

war in der Geschäftsordnung des Nationalrats nicht vorgesehen. Engelbert Dollfuß ergriff diese Gelegenheit und erklärte, dass er ab nun mit präsidentieller Autorität und ohne Parlament regieren wollte. Denn dieses hatte sich, so behauptete er, selbst aufgelöst („Selbstauflösung“ des Parlaments). Da der folgende Tag, der 5. März 1933, zu einem beträchtlichen Wahlerfolg Adolf Hitlers in Deutschland geführt hatte, versuchte Dollfuß nun vor allem, die antidemokratischen Heimwehren als verlässliche Stütze

Die Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung

in Klammern: Gründungsjahr und Mitgliederstand 1932



Aus: Müller/Maderthaler: Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995, Wien 1996

Verhaftung von
Schutzbündlern



des Regimes hinter sich zu sammeln. Zu Recht wurde der Nationalsozialismus als Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit aufgefasst. Am 15. März 1933 verhinderten schließlich Exekutivkräfte die einberufene parlamentarische Sitzung, indem sie den Abgeordneten den Zugang zum Parlament verwehrten. Wie schon bei den Ereignissen im Jahr 1927 stellte sich nun die Frage, wie die Sozialdemokratische Partei reagieren sollte. Sollte dieser Angriff auf die Demokratie einfach hingenommen werden? Der von vielen erwartete Aufruf der Partei und Otto Bauers zum Generalstreik blieb jedoch aus.

Als Otto Bauer im Exil war, blickte er auf diese Ereignisse zurück: „Wir hätten (...) am 15. März mit dem Generalstreik antworten können. Nie waren die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf so günstig wie an jenem Tage. Die österreichische Gegenrevolution, die sich eben damals stürmisch vollzog, hatte in Österreich die Massen aufgerüttelt. Die Arbeitermassen erwarteten das Signal zum

Adler, Bauer und
Kautsky am sozial-
demokratischen
Parteitag 1933



Kampf. Die Eisenbahner waren damals noch nicht so zermürbt wie elf Monate später. Die militärische Organisation der Regierung war damals weit schwächer als im Februar 1934. Damals hätten wir vielleicht siegen können. Aber wir sind damals vor dem Kampfe zurückgeschreckt. (...) Wir sind dem Kampf ausgewichen, weil wir dem Land die Katastrophe eines blutigen Bürgerkriegs ersparen wollten.“

Es folgte eine Fortsetzung des „Staatsstreichs auf Raten“ und die schrittweise Verdrängung der Sozialdemokratie in die Illegalität. Am 31. März 1933 wurde der Schutzbund aufgelöst, ein Monat später verhinderten Panzer und Absperrungen den traditionellen Maiaufmarsch der Sozialdemokratie. Am 21. Mai kündigte Dollfuß die Schaffung einer Vaterländischen Front an. Am 17. September wurde eine Bestimmung erlassen, wonach alle Staatsangestellten in die „gelben“ Gewerkschaften eintreten mussten, die als unternehmerfreundliche Gegenbewegung zu den Gewerkschaften der Arbeiterbewegung aufgebaut worden waren. Im Oktober 1933 zwang der Staat die Eisenbahner in die Vaterländische Front und der Vertrieb der Arbeiterzeitung musste eingestellt werden. Doch nicht nur gegen die Linke übte der Staat Repressionen aus: Als Reaktion auf den hartnäckigen Terror der Nationalsozialisten wurde Mitte Juni 1933 auch die NSDAP in Österreich verboten.

In dieser Zeit war die Stimmung in der Sozialdemokratischen Partei äußerst angespannt. Unzufriedenheit mit der wenig entschlossenen Politik der Parteiführung wurde immer öfter laut. Beim Parteitag im Oktober 1933 konnte eine drohende Spaltung noch abgewendet werden. Doch eine Brücke zwischen den gegensätzlichen Standpunkten und eine zum Ziel führende Strategie zwischen Aufstand und Kapitulation wurden nicht gefunden. Der Parteivorstand und insbesondere Bauer gingen deutlich geschwächt aus diesem Parteitag hervor. Indessen wurden trotz des von Dollfuß so genannten „Weihnachtsfrieden“ die Repressionen gegen die Arbeiterbewegung verstärkt. Die Arbeiterkammer geriet de facto in die Hände von Gewerkschaftern der Vaterländischen Front. Auch das Budget der Stadt Wien wurde deutlich gekürzt, um die Hochburg der Arbeiterbewegung auf diesem Wege zu schwächen.

Die Sozialdemokratische Partei war zweifellos in einer Krise. Sie hatte seit März 1933 29% ihrer Mitglieder verloren (von 410.000 auf 290.000). Ähnliche Einbrüche waren auch bei den Gewerkschaften festzustellen. Geschwächt war auch der Republikanische Schutzbund, obwohl er aufgrund seiner Reorganisation nach dem Juli 1927 unabhängiger von der Partei geworden war. Zahlreiche Hausdurchsuchungen hatten seine Waffenreservoirs deutlich vermindert. Nach seiner Auflösung existierte er ohnedies

nur mehr als informelle Organisation. Otto Bauers Strategie bestand darin, einen Keil zwischen Dollfuß und die Heimwehr zu treiben und eine klerikale Diktatur (den „Ständestaat“) als das geringere Übel im Vergleich zur faschistischen Diktatur zumindest vorübergehend zu akzeptieren. Doch dies stieß innerhalb der Partei auf Kritik. Es gab aber auch Kompromissbereite, die diesen Kurs unterstützten. Dazu zählten vor allem die Niederösterreicher Karl Renner und Oskar Helmer. Auch sie waren zu einem Akzeptieren des Ständestaates gegen bestimmte Zugeständnisse (z.B. Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit der sozialdemokratischen Partei) bereit. Während auf der einen Seite Zugeständnisse an Dollfuß angeboten wurden, mobilisierte der Schutzbund und versuchte, Waffen zu organisieren.

Der blutige Bürgerkrieg, den die Sozialdemokratie durch ihre Zurückhaltung nach der Entmachtung des Parlaments verhindern wollte, rückte nun immer näher. Dollfuß wurde immer stärker von der Heimwehr und den italienischen Faschisten dazu gedrängt, entschieden gegen die Linke und die Arbeiterbewegung vorzugehen. Am 11. Februar 1934 verkündete der Vizekanzler und Heimwehrführer Fey anlässlich einer Gefechtsübung: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten“. Nachdem die Polizei das Linzer Hotel Schiff durchsuchte, in dem Waffen des Schutzbundes versteckt waren, eröffnete der Schutzbund das Feuer. Schutzbundführer Richard Bernaschek hatte diese Strategie gegenüber Bauer bereits davor angekündigt und ließ sich von diesem auch nicht mehr davon abbringen. Nun war der Aufstand ausgebrochen, denn auch in Wien gingen die Kämpfe los. Linz, Steyr und Bruck/Mur waren weitere Schauplätze, an denen gekämpft wurde.

In den gewaltsamen Auseinandersetzungen, die sich größtenteils zwischen dem 12. und dem 14. Februar zutrugen (in Floridsdorf wurde der Schutzbund allerdings erst am 17. Februar besiegt), hatte die Arbeiterbewegung keine realistische Siegeschance. Sie war sowohl was die Anzahl der Kämpfenden als auch was die Ausstattung mit Waffen betraf, klar unterlegen. Zudem herrschte zum Teil auch Unklarheit über die genaue Strategie. Ein nach dem Schutzbundführer Alexander Eifler benannter Plan (Eifler-Plan), der eine genaue Kampfstrategie festlegte, wurde nur von Teilen des Schutzbundes umgesetzt. Andere Schutzbundführer wie etwa Theodor Körner, der de facto schon gar keine Funktion in der Miliz mehr hatte und nur kurzfristig eingesprungen war, lehnten diesen Plan jedoch ab. Körner forderte statt einer offenen militärischen Konfrontation eine Taktik, die eher am Guerilla-Krieg orientiert war. Vor allem aber nahmen bestimmte Gruppen des Schutzbundes gar nicht an den Auseinandersetzungen teil, so etwa jene im Bezirk Brigittenau oder der gesamte niederösterreichische Schutzbund. Den dortigen Einhei-



Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich von 1929 auf 1930 um 50% erhöht, Plakat 1930



Die Heimwehr im Kampf gegen die „Roten“, Plakat 1930

ten wäre die Funktion zugekommen, die Kämpfe in Döbling rund um den Karl-Marx-Hof zu unterstützen. Mit dem Schutzbundkommandanten von Wien-West, Eduard Korbel, hatte sich zudem ein Denunziant eingeschlichen, der mit der autoritären Regierung kooperierte. Vor allem aber fehlten eine zentrale militärische und politische Führung sowie eine klare Linie der Parteileitung. Auch der begleitende Generalstreik wurde bei weitem nicht geschlossen befolgt.

Nach dem Ende der Kämpfe und hunderten Toten wurden neun Sozialdemokraten in Schnellverfahren hingerichtet. Darunter befanden sich die beiden Schutzbundführer Koloman Wallisch und Richard Münichreiter. Der Bürgerkrieg hatte die Sozialdemokratie endgültig zu einer illegalen Opposition in einem diktatorischen System gemacht. Viele Funktionärinnen und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei waren verhaftet worden. Im bereits im Oktober 1933 errichteten Anhaltelager Wöllersdorf fanden sie sich gemeinsam mit Nationalsozialisten interniert. Die Zeit der demokratischen Auseinandersetzung war definitiv vorbei. Mit der Februarniederlage war auch der Austromarxismus an sein Ende gekommen.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP)

Mandate und Stimmen bei Nationalratswahlen 1919-1930

1919		1920		1923		1927		1930	
Mandate	% der g. Stimmen								
72	35,9	69	36,0	68	39,6	71	42,0	72	41,1

(Quelle: Dachs, Herbert: Das Parteiensystem, in: Tálos, Emmerich/Dachs/Hanisch/Staudinger (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung 1995, 143-159, 150).

Soziale Gerechtigkeit

Es war und ist der Kampf für soziale Gerechtigkeit, der die Politik der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bestimmt. Dem Aufdecken eklatanter Missstände – man denke etwa an Victor Adlers Reportagen über die Ziegelarbeiter am Wienerberg – folgte stets der Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen. Im vordemokratischen Österreich, in dem die Sozialdemokratie über nur wenig politischen Einfluss verfügte, waren die Erfolge dieses Kampfes noch gering. Es gelang nur vereinzelt, auf politischem Wege, aber auch über Streiks und Demonstrationen, die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zur Geltung zu bringen. Und vielfach konnten die ArbeiterInnen auch in Selbstorganisation soziales Elend und Leid mindern.

Zwar wurden bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert während der Regierung des konservativen Sozialreformers Eduard Graf Taaffe (1833–1895) gewisse Grundlagen einer Sozialgesetzgebung geschaffen (Unfall- und Krankenversicherung, Höchstarbeitszeit, Sonntagsruhe etc.). Im Wesentlichen gab es aber vor 1918 keine umfassende Sozialpolitik, sondern es existierten lediglich eine Armenfürsorge sowie bestimmte staatliche Regelungen der Arbeitsbedingungen (z.B. elfstündiger Höchst- arbeitsstag in Fabriken im Jahr 1887/88).



Sozialgesetze Hanusch

Der Gewerkschafter Ferdinand Hanusch (1866-1923) wurde nach der Ausrufung der Republik 1918 zunächst Staatssekretär für soziale Fürsorge und schließlich Staatssekretär für soziale Verwaltung (bis 1920).

Das in dieser Zeit von ihm geschaffene soziale Reformwerk kann bereits als eine Grundlage für den modernen Sozialstaat betrachtet werden.

Insbesondere kam es in dieser kurzen Zeit zu den folgenden Maßnahmen:

- Einführung einer Arbeitslosenunterstützung
- Einführung des achtstündigen Arbeitstages
- Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche auf 44 Wochenstunden
- Einführung des Urlaubsanspruchs für ArbeitnehmerInnen
- Anerkennung von Kollektivverträgen (Einigungsämter)
- Verankerung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz (Betriebsrätegesetz)
- Gründung der Kammer für Arbeiter und Angestellte

In der Ersten Republik konnten hingegen zahlreiche der sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterbewegung rasch umgesetzt werden. Dies hatte vor allem mit Ferdinand Hanusch zu tun, von dem Otto Bauer behauptete, er habe das von ihm geleitete „Staatsamt für soziale Fürsorge“ in ein „Exekutivorgan der Gewerkschaften“ verwandelt. Tatsächlich schuf Hanusch in der kurzen Zeit der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung bis 1920 ein Aufbauwerk, das bereits die Grundlagen eines modernen Sozialstaats bildete. So kam es nicht nur zur Einführung des 8-Stunden-Tages und der 48-Stunden-Woche, sondern es wurde auch die Sozial- und Arbeitslosenversicherung eingerichtet, ein Urlaubsanspruch für ArbeiterInnen verankert und das Arbeiterkammer- und das Betriebsrätegesetz geschaffen. Dieses war das weltweit erste Gesetz, das eine Mitsprache der Arbeitenden in betrieblichen Angelegenheiten verankerte. Mit den Sozialgesetzen unter Staatssekretär Ferdinand Hanusch schlug Österreich den Weg zur Entwicklung zu einem modernen Sozialstaat ein, der allerdings in den folgenden Jahren und Jahrzehnten wieder deutlich an Schlagkraft verlor. Zweifellos war dieses sozialpolitische Maßnahmenpaket auch verantwortlich dafür, dass die Sozialdemokratie zu einer entscheidenden Kraft gegen die Umwandlung des politischen Systems der Ersten Republik in eine Räterepublik nach ungarischem oder bayrischem Vorbild wurde.

Die Erste Republik war zunächst von einer galoppierenden Inflation geprägt, die erst durch die Genfer Sanierung vom Oktober 1922 gestoppt werden konnte. Nicht weniger dramatisch als die Geldentwertung waren aber die sozialen Probleme, die sich insbesondere in einer enorm hohen Arbeitslosenquote ausdrückten. Nach einer ersten Spitze im Jahr 1919 sank die Zahl der Beschäftigungslosen zunächst, die Lage verschärfte sich jedoch schon bald wieder und sollte sich auch nicht mehr entspannen. Im Jahr 1933, auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, wurden 557 000 Arbeitslose gezählt, was 26 % des Arbeitskräftepotenzials entsprach. Jene, die den Arbeitsmarkt „verlassen“ oder noch nicht betreten hatten (wie z.B. viele Jugendliche), waren in diesen erschreckenden Zahlen noch gar nicht erfasst. Eine sozialdemokratische Sozialpolitik erwies sich nur im Roten Wien als möglich. Julius Tandler, der Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, setzte nicht nur wesentliche Maßnahmen in der Seuchenbekämpfung. Wien konnte auch bald auf ein dichtes Netz an Kinderhorten, Mutterberatungsstellen und Schulzahnkliniken verweisen, das eine erhebliche Unterstützung für die Bevölkerung darstellte. Gemeinsam mit dem Wohnbauprogramm unter Stadtrat Hugo Breitner konnte eine imponierende Aufbauarbeit im Interesse der arbeitenden Klasse geleistet werden. Austrofaschismus und Nationalsozialismus zerstörten jedoch diese große Leistung.

In der Großen Koalition mit der ÖVP und in Abstimmung mit einer sich langsam etablierenden Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft gelang es der SPÖ nach 1945, wirtschaftliche Stabilität und sozialen Ausgleich miteinander zu verbinden. Wie auch in anderen Ländern Europas waren die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg durch einen beträchtlichen Ausbau des Sozialstaates gekennzeichnet. Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren war dieser Prozess durch ein hohes Wirtschaftswachstum unterstützt worden. Eine Konsequenz dieser neuen, auf Konsens der politischen Lager basierenden Strategie war freilich eine Zurückhaltung der SPÖ und des ÖGB bei Lohnforderungen. Diese wurden gegenüber gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen (Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Währungsstabilität) zurückgestellt.

Ein wesentliches Ziel der SPÖ war die Begrenzung der Wochenarbeitszeit. Damit sollte vor allem die Lebensqualität der arbeitenden Menschen gesteigert werden. Sie sollten mehr Zeit für ihr soziales Umfeld (Familie, Freunde etc.), aber auch für Bildung, Kultur und andere Freizeitaktivitäten gewinnen. Bereits 1959 erfolgte eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf dem Weg eines Generalkollektivvertrages von 48 auf 45 Stunden. Eine deutliche Forcierung in vielen sozialpolitisch bedeutsamen Bereichen – auch in der Frage der Arbeitszeitregelungen – brachte die Ära Kreisky mit sich. Bereits im Jahr 1970 gelang es der SPÖ, die 43-Stundenwoche zu verankern. Fünf Jahre später konnte dann das langjährige Ziel einer 40-Stundenwoche realisiert werden, für die bereits viele Jahre davor in einem Volksbegehren geworben wurde. Parallel dazu wurden die Urlaubsansprüche von zwei Wochen in der Nachkriegszeit auf vier Wochen im Jahr 1976 erweitert.

Eine beträchtliche Ausweitung erfuhren vor allem auch Maßnahmen für Familien. Das Spektrum der Leistungen reichte von Kinder- bzw. Familienbeihilfen, vom Wochen- und Karenzurlaubsgeld, von Mütterbeihilfen, vom Familienzuschlag in der Arbeitslosenversicherung bzw. Familienzulagen bis hin zu steuerlichen Familienzulagen (Kinderabsetzbetrag, Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag).

Der herausragende sozialpolitische Erfolg der sozialdemokratischen Alleinregierungen unter Bundeskanzler Bruno Kreisky war zweifellos die Sicherung der Vollbeschäftigung über viele Jahre hinweg. Ermöglicht wurde dies unter anderem durch eine wirtschaftspolitische Strategie, die mittels staatlicher Investitionen die Konjunktur ankurbelte (deficit spending). Sie beinhaltet aber auch den Verzicht auf größere Einkommensumverteilung, die sozialpartnerschaftliche Kontrolle der Lohn- und Preisentwicklung, sowie eine Hartwährungspolitik und D-Mark-Bindung. Österreich konnte auch in Zeiten weltwirtschaftlicher Rezession mit Arbeitslosenraten aufwar-

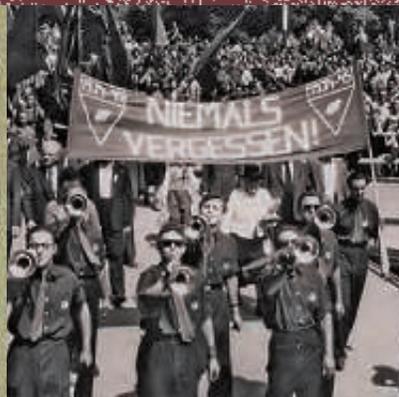
ten, die deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten gelegen waren.

Die Politik der Sozialdemokratie ist von der Frage geprägt, wie unter den aktuellen Bedingungen der wirtschaftlichen Globalisierung soziale Gerechtigkeit am besten umgesetzt werden kann.



Bundeskanzler Kreisky bei einer Betriebsbesichtigung

4. Sozialdemokratie im Austrofaschismus und Nationalsozialismus 1934-1945



4. Sozialdemokratie im Austrofaschismus und Nationalsozialismus

Bis zum 12. Februar 1934 hatte es etwa 20.000 Schutzbund-Angehörige gegeben, von denen nach der Niederlage im Bürgerkrieg rund 1.000 ins Ausland flüchteten und eine ebenso große Zahl verhaftet wurde. Durch die erzwungene Illegalität war die Organisationsstruktur der österreichischen Sozialdemokratie jedenfalls entscheidend verändert worden. Sowohl im innerösterreichischen Untergrund als auch außerhalb der Landesgrenzen bildeten sich verschiedene Zentren heraus. Zu den in die Emigration geflohenen Sozialdemokraten gehörten auch Otto Bauer und Julius Deutsch.

Unter der Führung Bauers wurde in Brünn das „Auslandsbüro der Österreichischen Sozialdemokratie“ gegründet. Die *Arbeiter-Zeitung* bildete weiterhin das entscheidende Sprachrohr der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Sie wurde im tschechischen Exil produziert, über die Grenze nach Österreich transportiert und illegal vertrieben. In Österreich formierte sich hingegen die illegale Parteioorganisation, die sich bald den Namen

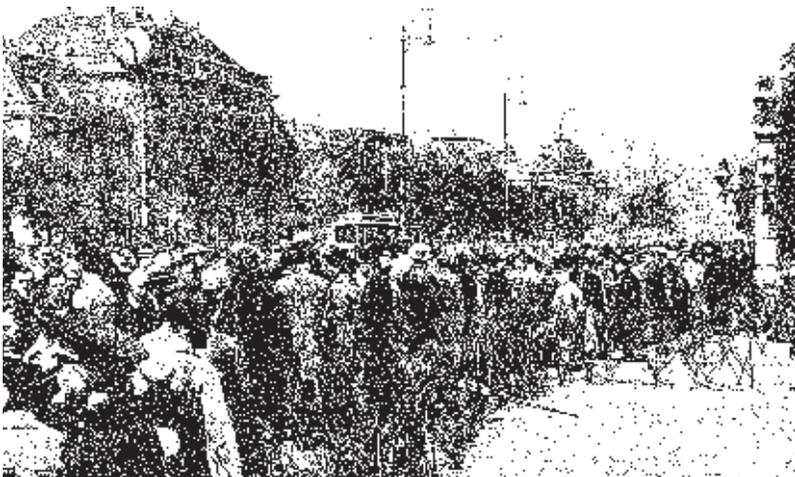
„Revolutionäre Sozialisten“ (RS) gab. Sie standen zunächst unter der Führung Manfred Ackermanns, nach dessen Verhaftung übernahm Karl Hans Sailer diese Funktion. Das Dollfuß-Regime versuchte einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben, in dem es behauptete, dass die „jüdischen Parteiführer“ ohne Kampf geflohen wären und die ArbeiterInnen alleine zurückgelassen hätten.

Schon bald musste das austrofaschistische Regime einen empfindlichen Rückschlag erleiden. Bei einem gescheiterten nationalsozialistischen Putschversuch im Juli 1934 wurde Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet. Der christlichsoziale Dollfuß wurde daraufhin von der Regierung und der katholischen Kirche zu einer Art Märtyrergestalt verklärt. Das Dollfuß-Lied, dessen erste Strophe den bekannten Satz „Ein Toter führt uns an“ enthält, wurde beinahe in den Rang der Nationalhymne erhoben. Als sein Nachfolger wurde Kurt Schuschnigg neuer Bundeskanzler.

Im Laufe des Jahres 1934 flohen rund 1.500 linke ÖsterreicherInnen in die Tschechoslowakei. Als Folge dieser Fluchtbewegung wurden etwa 18 Flüchtlingslager errichtet. Die aus Österreich Geflohenen durften (unter anderem wegen der hohen Arbeitslosigkeit des Gastlandes) nicht arbeiten und waren auf die Unterstützung der tschechischen Sozialdemokraten angewiesen. Wegen der deprimierenden Bedingungen kehrten viele der dort internierten Schutzbündler schon bald nach Österreich zurück und stellten sich den Behörden. Von den KommunistInnen, zu denen auch eine ganze Reihe linker SozialdemokratInnen übergetreten waren, gingen hingegen viele in die Sowjetunion.

In Österreich waren in Folge der Februarunruhen mehr als 10.000 Personen festgenommen worden, die überwiegende Mehrheit davon in Wien. Es kam zu zahlreichen Hausdurchsuchungen und Prozessen. Nicht selten waren Geständnisse durch Misshandlungen erpresst worden. Die Revolutionären Sozialisten führten bald eine Reihe von illegalen Aktionen durch, zu denen das Beschmieren von Häusermauern, das Aufziehen roter Fahnen, die Durchführung von „Blitzkundgebungen“, aber auch Sprengstoffattentate zählten. Zudem riefen sie auch zu

1. Mai 1933:
„Spaziergang“
statt Aufmarsch



Massenboykottmaßnahmen wie etwa dem Tabakboykott bzw. Raucherstreik auf. Die in sehr bescheidenem Umfang möglichen legalen Betätigungen (z.B. innerhalb der Einheitsgewerkschaft) wurden hingegen seitens der Sozialdemokratie weniger genutzt als dies die Nationalsozialisten oder Kommunisten taten.

Zwischen den Revolutionären Sozialisten und dem Auslandsbüro kam es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten und Spannungen. Ein umstrittenes Thema war die von der *Arbeiter-Zeitung* verfolgte Linie. Der Versuch bei einer Konferenz in der Nähe von Brünn im September 1934 eine „Vereinigte Sozialistische Partei“ zu etablieren, gelang nur kurzfristig und scheiterte schließlich am Widerstand der Bundesländer. In Wien wurde die Partei von der Staatspolizei zerschlagen. Nachdem auch der zweite Obmann der RS Sailer verhaftet wurde, übernahm Joseph Buttinger den Vorsitz. Im November 1936 verhinderte die tschechoslowakische Regierung das weitere Erscheinen der *Arbeiter-Zeitung*, da sie Konflikte mit der österreichischen Regierung vermeiden wollte, die häufig gegen das Einschmuggeln der sozialistischen Zeitung protestiert hatte.

Im April 1935 begann in Österreich der Hochverratsprozess gegen die Führer des Republikanischen Schutzbundes. Der „Verräter“ Eduard Korbelt trat dabei als „Kronzeuge“ auf, damit „bewiesen“ werden konnte, dass der Bürgerkrieg von langer Hand geplant und von den Führern der Sozialdemokratie und vom Schutzbund begonnen worden war. Die Schutzbundführer wurden zuerst zu drakonischen Strafen verurteilt, dann jedoch im Dezember im Zuge der Weihnachtsamnestie freigelassen. International war der Ruf des Regimes durch die Prozesse schwer ramponiert worden, wozu auch die Informationsarbeit des Auslandsbüros beigetragen hatte, die sich an die Weltöffentlichkeit richtete. Am 16. März 1936 begann in Wien der „Sozialistenprozess“, bei dem auch einige Kommunisten angeklagt waren. Dabei hatte der junge Sozialdemokrat Bruno Kreisky einen ersten großen Auftritt. Er wurde schließlich zu einem Jahr Kerker verurteilt.

In Spanien hatte im Juli 1936 der Bürgerkrieg mit einem Putschversuch gegen die bei den Wahlen bestätigte Volksfrontregierung begonnen. Julius Deutsch war – gewissermaßen als „General“ der Februarkämpfe – im Spanischen Bürgerkrieg aktiv geworden. Die meisten der rund 1.400 Freiwilligen, die von 1936 bis 1939 an der Seite der Spanische Republik kämpften, waren ehemalige Sozialdemokraten oder Schutzbündler, von denen allerdings viele zu den Kommunisten gewechselt waren.

Indes geriet das austrofaschistische Regime unter immer stärkeren Druck der deutschen Nationalsozialisten. Bereits Ende Mai 1933 hatte Deutschland durch die 1000-Mark-Sperre (Deutsche, die nach Österreich reisen wollten, mussten 1000 Reichsmark zahlen) der österreichi-



Februar 1934:
Geschütze zielen auf den Karl-Marx-Hof



Zerschossenes Arbeiterheim in Ottakring, 1934



„Anschluss“ 1938: Die ersten deutschen Panzerfahrzeuge vor Wien



ROSA JOCHMANN

wurde am 19. Juli 1901 in Wien geboren. Über ihren Vater wuchs sie in die Sozialdemokratie hinein. Ab 1920 war Rosa Jochmann Betriebsrätin, wurde 1925 Gewerkschaftssekretärin, 1932 Zentralsekretärin der Sozialistischen Frauen Österreichs und 1933 in den Bundesvorstand der SDAP gewählt. Nach dem Parteiverbot setzte sie ihre politische Arbeit unter dem Decknamen Josefine Drechsler fort. 1934 wurde sie in Wiener Neustadt bei einer Untergrundaktion verhaftet und zu mehr als einem Jahr Kerker verurteilt. Rosa Jochmann wurde 1939 neuerlich verhaftet und nach monatelanger Gestapohaft 1940 ins KZ Ravensbrück deportiert. Im Frühjahr 1945 von sowjetischen Truppen befreit, blieb Rosa Jochmann mit vielen anderen zur Betreuung der Kranken zurück. Nach ihrer Rückkehr nach Wien nahm sie ihre politische Tätigkeit wieder auf. Sie wurde 1945 Nationalratsabgeordnete, 1956 stellvertretende Parteivorsitzende und 1950 SPÖ-Frauenvorsitzende. 1967 legte Rosa Jochmann alle ihre politischen Funktionen zurück – mit einer Ausnahme: Sie blieb bis 1990 Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer. Rosa Jochmann war eine unermüdliche Zeitzeugin gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Sie starb am 28. Jänner 1994 in Wien. Ihr zu Ehren wurden der Rosa-Jochmann-Ring und die Rosa-Jochmann-Schule in Simmering sowie der Rosa-Jochmann-Park in der Leopoldstadt benannt. Rosa Jochmann steht, wie es in der Widmung der Rosa-Jochmann-Schule heißt, „für politisches Gewissen und Widerstand sowohl im faschistischen als auch im nationalsozialistischen Österreich“.

schen Wirtschaft beträchtlichen Schaden zugefügt. Durch das Juliabkommen 1936 zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung wurde diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht, doch im Gegenzug erhielten die Nationalsozialisten erheblichen politischen Einfluss auf die österreichische Politik. Es folgte das Berchtesgadener Treffen zwischen Adolf Hitler und Kurt Schuschnigg im Februar 1938. Im Rahmen dieses „Berchtesgadener Abkommens“ wurde die nationalsozialistische Regierungsbeteiligung verstärkt. Annäherungen zwischen der Arbeiterbewegung und Schuschnigg, die ein gemeinsames Eintreten für die österreichische Unabhängigkeit ermöglichen sollten, wurden durch die Ankündigung des Kanzlers einer Volksabstimmung am 9. März 1938 unterbrochen. Die RS entschieden sich dennoch, für ein „Ja“ zu werben. Doch Kanzler Schuschnigg kapitulierte schließlich vor dem Nationalsozialismus und trat mit den Worten „Gott schütze Österreich“ in seiner Rundfunkrede vom 11. März 1938 ab. Am nächsten Tag überschritten die deutschen Truppen die österreichische Grenze.

Im Gegensatz zu Karl Renner, der öffentlich bekannte mit „Ja“ stimmen zu wollen, protestierten die RS in einer gemeinsamen Erklärung mit der KPÖ gegen die Annexion Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland und rief dazu auf, bei der Volksabstimmung am 10. April 1938 mit „Nein“ zu votieren. Trotz der bereits vierjährigen Erfahrung im Widerstand und der politischen Untergrundarbeit bedeutete der Machtwechsel einen großen Einschnitt. Wegen der ungleich schärferen Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten hatten die RS die Weisung ausgegeben, alle Aktivitäten für drei Monate einzustellen. Durch breit angelegte Verhaftungsaktionen und wegen der Spitzeldienste eines ehemaligen Sportredakteurs der Arbeiter-Zeitung (sein Name war Hans Pav) kam die Organisation zum Erliegen. Schon in den ersten Tagen der Nazi-Herrschaft wurden zwischen 50.000 und 70.000 Menschen aus politischen oder „rassischen“ Gründen festgenommen. Die Zentralevidenz der Polizeidirektion („Schoberkartei“) bildete die Grundlage für die politische Verfolgung. Die nationalsozialistische Herrschaft setzte den RS als illegaler organisierter Partei ein Ende. Spätestens bei Kriegsausbruch rissen auch alle Auslandsverbindungen ab.

Einige Gruppen der RS hielten aber auch während der NS-Herrschaft den Kontakt untereinander aufrecht und leisteten Widerstand gegen das NS-Regime. Sie konzentrierten ihre Tätigkeiten vor allem auf die Unterstützung von Angehörigen von Verfolgten. Die bereits seit 1934 bestehende „Sozialistische Arbeiterhilfe“ wurde zu einem Ersatz für die nicht mehr bestehende Parteiorganisation. Vor ihrer Verhaftung und Überstellung ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück war in ihr auch Rosa Jochmann aktiv, die als Frauenvorsitzende und stellvertre-

tende Parteivorsitzende auch nach 1945 eine wichtige Rolle in der SPÖ spielen sollte.

Vorsitzender der RS vom Jänner 1935 bis zum März 1938 war Joseph Buttinger. Er floh schließlich nach Paris, wo er als Vorsitzender der „Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten“ wirkte, bis diese 1941 in den USA aufgelöst wurde. Seine spätere Ehefrau, die US-amerikanische Multimillionärin Muriel Gardiner, stellte ihr Haus im Wienerwald den RS als konspiratives Zentrum zur Verfügung, das von der Polizei niemals ausgeforscht wurde. Sie verhalf zahlreichen AntifaschistInnen zur Ausreise und stellte Geld für die illegale sozialistische Parteiarbeit zur Verfügung.

Zahlreiche SozialistInnen gingen in den Gefängnissen und Lagern NS-Deutschlands zugrunde. Zu ihnen zählen unter anderen die Nationalratsabgeordneten Robert Danneberg und Viktor Stein, die Schutzbundführer Alexander Eifler und Richard Bernaschek, die Jugendfunktionäre Otto Felix Kanitz und Roman Felleis sowie die versierte Sozialwissenschaftlerin Käthe Leichter, die das Referat für Frauenarbeit der Wiener Arbeiterkammer geleitet hatte. Andere kamen auf der Flucht vor den nationalsozialistischen Truppen ums Leben. Wie etwa die engagierte sozialdemokratische Frauenpolitikerin und ehemalige Nationalrätin Therese Schlesinger.

In der sozialdemokratischen Emigration bildeten sich mehrere organisatorische Zentren heraus. Im Februar 1942 wurde in New York das „Austrian Labour Committee“ gegründet. In London konstituierte sich das „Londoner Büro der österreichischen Sozialisten in Großbritannien“, dem unter anderen Oskar Pollak, Karl Czernetz, Walter Wodak, Wilhelm Rosenzweig, Karl Ausch und Marie Jahoda angehörten. Eine weitere sozialistische Gruppe im Exil bildete jene in Stockholm, zu der Bruno Kreisky zählte.

Obwohl die Zielperspektive eines Anschlusses an Deutschland nach der Machtübernahme Hitlers 1933 demonstrativ aus dem Parteiprogramm gestrichen worden war, hatte die Vorstellung einer Einheit der deutschen (und österreichischen) Arbeiterklasse, die gemeinsam die notwendige soziale Revolution durchführen sollte, bei vielen SozialdemokratInnen auch Jahre danach noch Bestand. Die Mehrheit der emigrierten Sozialdemokraten akzeptierte aber spätestens seit der Moskauer Deklaration (1943) die österreichische Unabhängigkeit, einzelne wie insbesondere Friedrich Adler in New York hielten aber nach wie vor an einer großdeutschen Lösung fest.

Nicht die in der Emigration wirkenden Sozialdemokraten sollten aber die Geschicke der Partei nach 1945 bestimmen. Viele von ihnen kamen gar nicht mehr zurück oder warteten – wie etwa Hugo Breitner – vergeblich darauf, wieder nach Österreich eingeladen zu werden. Stattdessen

nahmen nach 1945 jene das Heft in die Hand, die in der Zeit nach dem Verbot der Partei im Land geblieben waren. Zu ihnen zählten Karl Renner, Adolf Schärf und Oskar Helmer.

Konzentrationslager Mauthausen, Blick in die ehemalige Genickschusszelle



Niemals vergessen: Maiaufmarsch, 1. Mai 1952

Gewerkschaftliche Solidarität

Die Vertretung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung durch Gewerkschaften war ein wesentlicher Motor für die Herausbildung der Arbeiterbewegung. Obwohl es auch Gewerkschaften außerhalb der Sozialdemokratie gab und gibt, ist die Geschichte gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Österreich untrennbar mit jener der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verbunden.

Schon im 19. Jahrhundert bildeten sich gewerkschaftliche Fachvereine, die für humane Arbeitsbedingungen und gerechten Lohn eintraten. Sie stehen – neben den Arbeiterbildungsvereinen – am Beginn der modernen Arbeiterbewegung. In den politischen Forderungen und Zielsetzungen ergab sich schon bald eine weit reichende Übereinstimmung mit der Politik der entstehenden sozialdemokratischen Partei. Der Einiger und erste Parteiführer der österreichischen Sozialdemokratie, Victor Adler, hat deswegen von „siamesischen Zwillingen“ gesprochen, um das Verhältnis zwischen sozialdemokratischer Partei und den Gewerkschaften zu charakterisieren.

Wie die politischen Parteien, so waren auch die Gewerkschaften vor 1918 zahlreichen Beschränkungen seitens des Staates unterworfen. Dennoch konnten auch in der Zeit der vordemokratischen Gewerkschaftsgeschichte einige wesentliche Erfolge verzeichnet werden. Zumindest vereinzelt führten Proteste und Streiks zu Erfolgen im Ar-

beitskampf. Schon vor der Ausrufung der Republik kam es zu Abschlüssen von Kollektivverträgen durch Freie Gewerkschaften, die 1912 immerhin schon 17 % der österreichischen ArbeiterInnen betrafen.

Mit der Ausrufung der Republik und der Errichtung eines demokratischen Systems stieg die Bedeutung der Gewerkschaften deutlich an. Ihr Aktionsradius hatte sich durch die veränderten rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen erheblich erweitert. Insbesondere die auf den Sozialstaatssekretär Ferdinand Hanusch zurückgehenden Sozialgesetze stellten einen wesentlichen Fortschritt für eine gewerkschaftlich orientierte Interessenpolitik dar. Sie konnten nun ihren Einfluss bei den Verhandlungen und beim Abschluss von Kollektivverträgen noch deutlicher geltend machen. Das Betriebsrätegesetz sicherte gewerkschaftlichen Einfluss in den einzelnen Unternehmen und etablierte eine wichtige Anlaufstelle für die Beschäftigten. Darüber hinaus ergab sich durch die enge inhaltliche und personelle Verflechtung der Freien Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Fraktion im Nationalrat die Möglichkeit, die Interessen der Arbeiterschaft im politischen Bereich deutlich zu artikulieren und mitunter auch durchzusetzen.

Im Gegensatz zur Zweiten Republik waren die Gewerkschaften der Ersten Republik als so genannte Richtungsgewerkschaften organisiert. Das bedeutete, dass die unterschiedlichen politischen Lager auch jeweils über ihre eigenen Gewerkschaften verfügten. So gab es sozialdemokratische, christliche und deutschnationale Gewerkschaften, während die Taktik der Kommunisten darin bestand, oppositionelle Gruppen oder „Zellen“ innerhalb der Freien Gewerkschaften zu bilden. Darüber hinaus existierten „gelbe“ Gewerkschaften, die eine enge Verbindung zu den Heimwehren hatten. Neben den Gemeinsamkeiten der politisch unterschiedlich ausgerichteten Gewerkschaften gab es so auch immer wieder Trennendes. Angesichts der Stärkeverhältnisse innerhalb der Gewerkschaftsbewegung spielten solche Unterschiede allerdings eine nur geringe Rolle. Im Jahr 1921 hatten die Freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie deutlich über eine Million Mitglieder, während die Christlichen Gewerkschaften nur auf 140.000 Organisierte zurückgreifen konnten.

In der Zweiten Republik wurde das System gewerkschaftlicher Interessenvertretung neu organisiert. Der 1945 gegründete Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) ist keine Richtungsgewerkschaft, sondern eine in einzelne Teilgewerkschaften untergliederte überparteiliche Einheitsgewerkschaft. Die Teilgewerkschaften organisierten sich zunächst entlang des Industriegruppenprinzips. Das bedeutete, dass die Beschäftigten der unterschiedlichen Branchen (z.B. Metallarbeiter, Drucker etc.) je eigene, überparteiliche Gewerkschaften im Rahmen des ÖGB

Cover der „Solidarität“, März 1969



hatten. Innerhalb dieser Einheitsgewerkschaft entwickelten sich im Laufe der Zeit Fraktionen, die wiederum mit den unterschiedlichen politischen Parteien verbunden waren. So ist etwa die Fraktion Sozialistischer bzw. Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) der SPÖ zuzuzählen, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) der ÖVP. Die FSG erwies sich in der Geschichte des ÖGB als die politisch stärkste Interessenvertretung, die bis heute auch alle Präsidenten des ÖGB stellte. Allerdings existieren hinsichtlich der politischen Kräfteverhältnisse zwischen den Landesexekutiven (insgesamt acht ohne Wien) und Teilgewerkschaften Unterschiede. So wird beispielsweise die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) traditionellerweise von der FCG dominiert.

Die starke Zentralisierung der gewerkschaftlichen Organisation war eine wesentliche Voraussetzung für die sich schrittweise etablierende Sozialpartnerschaft. Diese wiederum sicherte dem ÖGB wesentlichen Einfluss auf die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das Organisationsprinzip des ÖGB wurde im Wesentlichen bis heute beibehalten, auch wenn einzelne Fachgewerkschaften im Laufe der Jahre zusammengelegt wurden.

Arbeiterkammer (AK) und ÖGB bilden die Arbeitnehmerorganisationen innerhalb der Sozialpartnerschaft, die den Unternehmerverbänden (Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer) gegenüber stehen.

Charakteristisch für die Funktion des ÖGB in der Sozialpartnerschaft war, dass dieser neben klassischen Zielen und Aufgaben der Arbeiternehmervertretung (Lohnabschlüsse, Arbeitszeitregelungen etc.) sich auch an gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen orientierte (z.B. Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, Preisstabilität etc.).

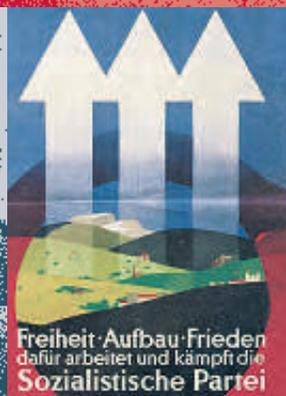
Zu den bedeutendsten Erfolgen des ÖGB in der Zeit seit 1945 zählen unter anderem die Errichtung und der Ausbau der Sozialpartnerschaft, die Einrichtung eines umfassenden Sozial- und Pensionsversicherungswesens, die Schaffung und Forcierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, sowie die schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Ausdehnung des gesetzlichen Mindesturlaubs.

Durch den teilweise fundamentalen Wandel der Arbeitswelt und den veränderten Charakter vieler Arbeitsverhältnisse musste sich auch die Politik des ÖGB in vielen Bereichen neu orientieren. So ist der ÖGB seit dem Beitritt Österreichs zur EU verstärkt im Europäischen Gewerkschaftsbund engagiert und verfolgt eine ganze Reihe von Projekten und Aktivitäten auf europäischer Ebene.



Demonstration gegen die „Pensions-sicherungsreform“ der Regierung, 2003

5. Zweite Republik – Große Koalitionen und Opposition 1945–1970



5. Zweite Republik – Große Koalitionen und Opposition

Nach der Niederlage des Dritten Reiches und der Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft lag das Land in Trümmern. Die Kriegsschäden waren enorm. Doch nicht nur materiell, auch geistig stellte sich die Frage, wie nach dem Desaster der NS-Diktatur ein Neuanfang gemacht werden sollte. Die unvorstellbaren Verbrechen der Nationalsozialisten – insbesondere die Vernichtung des europäischen Judentums – waren schließlich auch von ÖsterreicherInnen verübt worden. An dieser Tatsache konnte auch der Umstand nichts ändern, dass sich das Land selbst unter Berufung auf die Moskauer Deklaration der Alliierten von 1943 als erstes „Opfer“ des Nationalsozialismus verstand.

Am 8. Mai 1945 erfolgte die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland. Bereits davor, am 27. April 1945, proklamierte die Provisorische Staatsregierung unter Karl Renner die Wiederherstellung einer unabhängigen Republik Österreich. Das Land wurde von Alliierten Truppen (USA, UdSSR, Frankreich, Großbri-

tannien) besetzt und in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Nordtirol und Vorarlberg standen unter französischer, Kärnten, Osttirol und die Steiermark unter britischer, Salzburg und Oberösterreich (ohne Mühlviertel) unter amerikanischer und Niederösterreich, Burgenland und das oberösterreichische Mühlviertel unter russischer Besatzung. Die Hauptstadt Wien stand unter gemeinsamer Verwaltung der vier Mächte. Der von ihnen gebildete Alliierte Rat übte eine starke Kontrolle auf die Arbeit der neu gebildeten Provisorischen Bundesregierung aus. Gesetze mussten ihm zur Genehmigung vorgelegt werden, bevor sie in Kraft treten konnten. De facto genügte damit das Veto einer Besatzungsmacht, um ein Gesetzesvorhaben zu Fall zu bringen.

Nicht zuletzt durch die ab 1948 einsetzende Marshallplan-Hilfe im Rahmen des ERP (*European Recovery Programme*) seitens der USA bestand – trotz der später beschlossenen Neutralität – kein Zweifel an der Westorientierung Österreichs. Erst durch dieses Unterstützungsprogramm wurde der wirtschaftliche Wiederaufbau möglich. Nach einer Zeit des Hungers und der Entmutigung begann sich die Lage bereits wenige Jahre nach Kriegsende wieder zu stabilisieren.

Nach Kriegsende gründete sich die SPÖ – Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten), wobei die Beifügung bald wieder verschwand. Karl Renner wurde wie schon in der Ersten Republik Staatskanzler in einer Provisorischen Regierung.

Am 25. November 1945 fanden die ersten freien Wahlen statt. Bei diesen erhielt die SPÖ rund 45 Prozent der Stimmen, unterlag jedoch der ÖVP, die bei etwa 50 Prozent lag. Vor allem die von der ÖVP genährten Ängste hinsichtlich einer Einheitsfront aus Sozialisten und Kommunisten trugen vor dem Hintergrund der Aversionen in der Bevölkerung gegen die sowjetische Besatzung zu diesem Ergebnis bei. Überraschend schlecht war das Abschneiden der Kommunistischen Partei, die mit rund fünf Prozent der Stimmen zunächst in die Konzentrationsregierung aufgenommen wurde. Bundeskanzler wurde der ÖVP-Politiker Leopold Figl, der bis 1953 drei Regierungen anführen sollte. 1947 verließ der letzte kommunistische Minister die österreichische Regierung und es be-

Das zerstörte
Parlamentsgebäude,
1945



gann die lange Phase der Großen Koalition (1947–1966). Als Ausgleich dafür, dass Österreich im Gegensatz zu Deutschland keine Reparationen zahlen musste, war bei der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 beschlossen worden, dass die während der NS-Zeit errichteten Industrieanlagen und Besitzungen („Deutsches Eigentum“) den Besatzungsmächten zufallen mussten. Die USIA-Betriebe (russ. Abkürzung für „Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Österreich“) umfassten 300 Industrie- und 140 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die als deutsches Eigentum beschlagnahmt worden waren. Durch die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien (Kohle, Eisen, Stahl, Elektrizität etc.) versuchte die Republik Österreich, sich das Deutsche Eigentum zu sichern. Tatsächlich waren aber die USIA-Betriebe der in den Gesetzen von 1946 und 1947 festgesetzten Verstaatlichung entzogen. Erst nach dem Staatsvertrag von 1955 übertrug die Sowjetunion diese Betriebe wieder der Republik gegen Geldzahlungen und Warenlieferungen. Nur vor dem Hintergrund dieser Interessenlagen ist es verständlich, dass in der Zeit vor 1955 auch die ÖVP für die Verstaatlichung der Industrie, die Sowjetunion aber dagegen war.

Die Stellung der SPÖ im Parteiensystem sollte sich im Vergleich zur Ersten Republik deutlich verbessern. Sie konnte sich nun aus einer permanenten Oppositionsrolle lösen und übernahm eine führende Position im Regierungssystem – vor allem auf Bundes-, aber auch auf Länderebene. Generell zeichnete sich in Österreich schon bald eine klare Veränderung des politischen Klimas ab. Gegenüber der auf Konflikt und Polarisierung basierenden Politik der Ersten Republik wurden nun stärker auf Konsens ausgerichtete Strategien gewählt. Dazu trug nicht nur die Große Koalition bei, in der die ursprünglich verfeindeten politischen Lager nun zusammenarbeiteten, sondern auch die Sozialpartnerschaft. Diese wurde durch 5 Lohn- und Preisabkommen (1947–1951), die (allerdings nur kurzzeitige) Einrichtung eines Wirtschaftsdirektoriums (1951) und die Gründung der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen (1957) vorbereitet bzw. etabliert. Die Leitlinie aus Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Währungsstabilität bestimmte die sozialpartnerschaftliche Politik, die mit diesem Programm über Jahrzehnte hinweg sehr erfolgreich war. Der Begriff Sozialpartnerschaft bezeichnet seither die Kooperation der Bundesregierung mit den Interessenorganisationen ÖGB, Arbeiterkammer, Handelskammer (später: Wirtschaftskammer) und Landwirtschaftskammer.

Der Umgang mit den ehemaligen Nationalsozialisten war innerhalb und vor allem auch zwischen den verschiedenen politischen Parteien heftig umstritten. Auf Druck der Alliierten wurden zunächst ehemalige NSDAP-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst entlassen und sie verloren ihr Wahlrecht. Doch der beginnende Kalte Krieg untermi-



Aufräumarbeiten
1945



Wahlplakat der Sozialdemokraten zur Nationalratswahl 1945



Plakat der SPÖ 1946

Maiaufmarsch 1947





Zum internationalen Frauentag 1949: Sehnsucht nach Frieden



ÖGB-Plakat, 1953



„Arbeiter-Zeitung“ vom 6. Oktober 1950



Theodor Körner

nierte den Konsens unter den Alliierten Mächten. Insbesondere nach der Minderbelastetenamnestie von 1948 konnte bereits das Buhlen um die Stimmen der (früheren) Nationalsozialisten einsetzen. Um die Stimmen der wieder Wahlberechtigten bei der Nationalratswahl 1949 zu gewinnen, trat erstmals der VdU (Verband der Unabhängigen) an, aus dem 1956 die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) hervorgehen sollte. Rückblickend lässt sich feststellen, dass ein Teil der ehemaligen NationalsozialistInnen auch für ÖVP und SPÖ gestimmt hatte. Die Stimmenverteilung bei den Nationalratswahlen 1949: ÖVP 44%, SPÖ 38,7%, VdU 11,7% und KPÖ 5,1%.

Der Kalte Krieg zwischen den USA und ihren Verbündeten und den kommunistischen Staaten (und insbesondere der Sowjetunion) hinterließ auch in der sozialdemokratischen Geschichte seine Spuren. Österreich lag immerhin an der Bruchlinie des Ost-West-Konflikts. Seine Nachbarstaaten Ungarn und ab 1948 auch die Tschechoslowakei waren Teil der sowjetischen Einflussphäre. Unter dem Parteivorsitz von Adolf Schärf – er führte diesen von 1945 bis 1957 – dominierte in der SPÖ das Bemühen um eine deutliche Abgrenzung gegenüber der KPÖ. Gleichzeitig verloren die ehemaligen Revolutionären Sozialisten und Linksozialisten innerhalb der Partei immer mehr an Einfluss. Im Jahr 1948 kam es zum Parteiausschluss des ehemaligen Zentralsekretärs Erwin Scharf (dem eine pro-kommunistische Haltung vorgeworfen wurde), zum Selbstmord der Linksozialistin Hilde Krones, die heftiger Kritik seitens der Partei ausgesetzt war, und zur Rückkehr des von der Politik der SPÖ enttäuschten ehemaligen Mitarbeiters der *Arbeiter-Zeitung* Otto Leichter in die Vereinigten Staaten, wohin er bereits während des Nationalsozialismus emigriert war.

Die SPÖ präsentierte sich als Partner der ÖVP innerhalb der Großen Koalition, als innerhalb der westlichen Wertegemeinschaft stehende, antisowjetische Partei im Kalten Krieg. In diesem Zusammenhang sind auch die Auseinandersetzungen um das vierte Lohn- und Preisabkommen im Oktober 1950 zu sehen. Gegen die darin festgesetzten Preissteigerungen, denen, wie viele meinten, zu geringe Lohnerhöhungen gegenüberstanden, kam es zu teils massiven Protesten. Die dabei in Erscheinung tretende kommunistisch dominierte Streikbewegung wurde nicht nur von bürgerlicher Seite als „Putschversuch“ dargestellt. Auch die SPÖ stellte sich entschieden dagegen. Der Sozialist Franz Olah und die von ihm geführte Bauarbeitergewerkschaft hatten schließlich wesentlichen Anteil an der Auflösung dieses Streiks.

Nachdem Karl Renner noch vom Parlament zum ersten Bundespräsidenten gewählt worden war, erfolgte 1951 die erste direkte Volkswahl des Staatsoberhauptes in Österreich. Es gewann der Kandidat der SPÖ, der ehemalige Wiener Bürgermeister Theodor Körner.

Nach langem Ringen erfolgte am 15. Mai 1955 zwischen den Alliierten und Österreich im Wiener Belvedere die Unterzeichnung des Staatsvertrags, der das unabhängige und demokratische Österreich definitiv wiederherstellte. Am 26. Oktober 1955 wurde das Verfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität beschlossen, das in enger Verbindung damit zu sehen ist. Da die Neutralität jedoch eine freiwillige war, wurde sie nicht zu einem Teil des Staatsvertrages. Sie wurde darüber hinaus als eine bewaffnete Neutralität definiert, wodurch die Rolle des Bundesheeres, dessen Neugründung 1955 erfolgte, klar bestimmt wurde.

Im Jahr 1953 gewann die SPÖ die Nationalratswahlen als stimmenstärkste Partei mit rund 42 % der abgegebenen Stimmen, erhielt jedoch wegen der Wahlarithmetik ein Mandat weniger als die ÖVP. Diese konnte daher weiterhin – diesmal mit Julius Raab – den Bundeskanzler stellen. In dieser Phase kam es zu einem Versuch der Sanierung des Staatshaushaltes bei gleichzeitiger Steuersenkung und Förderung von Privatbetrieben. Diese wirtschaftspolitische Ausrichtung im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft wurde nach dem Bundeskanzler und seinem Finanzminister Reinhard Kamitz als Raab-Kamitz-Kurs bezeichnet.

Nach dem Tod Theodor Körners kandidierte Adolf Schärf 1957 erfolgreich für die Bundespräsidentschaft und legte seinen Parteivorsitz zurück. Zu seinem Nachfolger als SPÖ-Vorsitzender wurde Bruno Pittermann bestimmt, der bis 1966 auch das Amt des Vizekanzlers innehatte.

1958 beschloss die SPÖ ein neues Grundsatzprogramm, das nach dem Aktionsprogramm von 1947 das Linzer Programm (1926) endgültig ablöste. Unter der Federführung von Benedikt Kautsky gab sich die SPÖ ein reformistisches, antikommunistisches Profil, das aber gleichzeitig auch an die sozialistische programmatische Tradition der Partei anschließen wollte.

Bei den Nationalratswahlen 1956 und 1962 blieb die SPÖ mit 43 bzw. mit 44 % der Stimmen hinter der ÖVP. 1959 erzielte die SPÖ mit 44,8 % zwar die Stimmenmehrheit, wurde aber erneut ein Opfer des Wahlsystems und erhielt ein Mandat weniger als die ÖVP. Somit konnte Julius Raab Bundeskanzler bleiben. 1961 wurde er in dieser Funktion von seinem Parteikollegen Alfons Gorbach abgelöst.

Gemessen an den Erfahrungen der Ersten Republik funktionierte die Große Koalition erstaunlich gut. Die einst durch strikte Grenzen getrennten politischen Lager verloren immer mehr an Konturen und auch die weltanschaulichen Gegensätze waren geringer geworden. Dennoch gab es auch immer wieder Krisen. Zu einer ernsthaften Belastungsprobe führte die so genannte Habsburg-Krise im Jahr 1963. Dabei ging es unter anderem um die Frage, ob die bereits erfolgte Verzichtserklärung Otto Habs-



Figl, Kreisky und Schärf in Moskau zur Vorbereitung des Staatsvertrags, 1955



Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags, 1955

Die Arbeiter des St. Egyder Eisen- und Stahlwerkes feiern mit der rot-weiß-roten Fahne





1. Mail 1958



Fackelzug der SPÖ-Wien, 1960

Kundgebung für Franz Olah, 1964



burgs, die durch das Habsburgergesetz von 1919 unabhängbare Voraussetzung für seine Einreiseerlaubnis nach Österreich war, Rechtsgültigkeit beanspruchen konnte. In dieser Frage zogen SPÖ und FPÖ an einem Strang und erklärten in einer parlamentarischen EntschlieÙung, dass die Einreise des Kaisersohns unerwünscht sei, während die ÖVP für Otto Habsburg Partei ergriff. Otto Habsburg konnte schließlich erst Ende Oktober 1966 nach Österreich einreisen. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die ÖVP bereits über eine absolute Mehrheit im Nationalrat.

Im Jahr 1965 zeigte die Borodajkewycz-Affäre deutlich, dass die Schatten der NS-Vergangenheit noch schwer auf Österreich lasteten. Gegen den Professor an der Universität für Welthandel, der in seinen Vorlesungen immer wieder die Gelegenheit zu antisemitischen „Witzen“ und Schmähungen ergriff, protestierten hunderte Menschen. Zuvor hatten sozialistische Studenten ihre Mitschriften der Vorlesungen des Antisemiten und damit den Skandal öffentlich gemacht. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen antifaschistischen und rechtsextremen Demonstranten, bei denen der Kommunist und Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger niedergeschlagen wurde, zu Boden fiel und starb. Es war dies das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik. 1966 wurde Taras Borodajkewycz schließlich zwangspensioniert.

Nach dem Tod Adolf Schärfs gelang es der SPÖ 1965 erneut, ihren Kandidaten erfolgreich ins Rennen um die Bundespräsidentschaft zu schicken. Es war dies der ehemalige Wiener Bürgermeister Franz Jonas, der 1971 wieder gewählt und bis zu seinem Tod 1974 österreichischer Bundespräsident blieb.

Die Nationalratswahl 1966 brachte der ÖVP mit über 48% der Stimmen eine absolute Mehrheit an Mandaten ein. Sie konnte nun unter der Führung von Josef Klaus eine Alleinregierung bilden. Mit rund 42,5% erlitt die SPÖ eine eindeutige Niederlage. Dazu beigetragen hatte einerseits eine Wahlempfehlung der KPÖ, von der sich die SPÖ nicht distanziert hatte. Andererseits lag über der Wahl der Schatten der so genannten Olah-Krise. Der Sozialist und Gewerkschafter Franz Olah hatte 1959 der Kronen-Zeitung Gewerkschaftsgelder zukommen lassen, um die Entstehung eines SPÖ-freundlichen Massenblattes zu begünstigen. Einige Jahre später organisierte er einen Geldfluss an die FPÖ, vermutlich um eine Weichenstellung in Richtung kleine Koalition vorzunehmen. Zudem wurde er verdächtigt, als Innenminister (der er 1961 kurzzeitig war) Geheimakten über politische Gegner angelegt zu haben. Die Auseinandersetzungen endeten schließlich mit dem Parteiausschluss Olahs, der daraufhin bei der Nationalratswahl 1966 mit seiner eigenen Liste antrat (Demokratisch-Fortschrittliche Partei – DFP). Diese verpasste zwar den Einzug in das Parlament, kostete mit Sicherheit aber der SPÖ Stimmen.

In den 1960er Jahren kam es zu einem deutlichen Wandel des politischen Stils und der Formen der politischen Auseinandersetzung. Dazu zählte vor allem auch eine Modernisierung der Wahlkämpfe, die durch die intensive Einbeziehung professioneller Meinungsforschung unterstützt wurden. Immer wichtiger wurde auch das Fernsehen, was sich insbesondere in der Ära des Parteivorsitzes von Bruno Kreisky zeigte. Dessen wachsende politische Bedeutung wurde auch an der breiten Unterstützung des Rundfunkvolksbegehrens im Jahr 1964 deutlich, das von mehr als 832.000 Menschen unterschrieben wurde und sich für eine Zurückdrängung des Parteieneinflusses auf den Rundfunk einsetzte.

1967 zeichnete sich in der SPÖ ein Führungswechsel ab. Nach einer parteiinternen Diskussion über geeignete Nachfolgekandidaten für Bruno Pittermann wurde Bruno Kreisky schließlich vom Parteivorstand und vom Parteitag zum Nachfolger gewählt.

Mit der antikommunistisch ausgerichteten Eisenstädter Erklärung von 1969 betonte die SPÖ – noch im Lichte der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 – erneut ihre Distanz zur allerdings bedeutungslos gewordenen KPÖ. „Nicht nur ich, sondern viele mit mir waren der Auffassung, dass die Eisenstädter Erklärung mit ihrer eindeutigen Absage an den sog. real existierenden Sozialismus mit dazu beigetragen hat, Klarheit zu schaffen bei vielen Wählern, die dieser Klarheit bedurften“, schrieb Bruno Kreisky später in seinen Memoiren.

Das Jahr 1968 steht auch heute noch als Chiffre für einen tiefen kulturellen und politischen Einschnitt in vielen Teilen der Welt. Vor allem die von der US-amerikanischen Studentenbewegung übernommenen Protestformen sowie das Eintreten für Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, Frieden und Demokratisierung von unten, aber auch der Kampf gegen eine rigide, meist konfessionell geprägte Sexualmoral erreichten in abgeschwächter Form Österreich, wo die schillernde Jahreszahl allerdings nur mehr in einer „heißen Viertelstunde“ – wie ein Buch über das Jahr 1968 in Wien heißt – wirksam wurde. Dennoch wurde deutlich, dass eine Modernisierung und Liberalisierung der noch immer sehr traditionellen österreichischen Gesellschaft dringend notwendig war. In gewissem Sinne erfolgte diese jedoch „von oben“.

Unter dem neuen Parteivorsitzenden Bruno Kreisky wurden die Weichen der Partei in mehrfacher Hinsicht neu gestellt. Mit Modernisierung der Gesellschaft und Humanisierung der Arbeitswelt können zwei wesentliche Eckpunkte beschreiben werden, die Kreiskys Arbeit prägten. Schon zu Beginn seiner Amtszeit forcierte er die programmatische Erneuerung, indem er 1.400 ExpertInnen beauftragte, „Alternativen für ein modernes Österreich“ in Bereichen wie Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft zu formulieren.



Wandzeitung der SPÖ aus dem Jahr 1962



Borodajkewycz-Demonstration, 1965



Bundespräsident Franz Jonas

Im Jahr 1969 startete die SPÖ unter seiner Führung gemeinsam mit der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB ein Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche. Das Ergebnis war überaus erfreulich: Rund 890.000 Unterschriften unterstützten diesen Vorstoß. Bereits mit Jahresbeginn 1970 erlangte dann der Generalkollektivvertrag über die Einführung einer 43-Stunden-Woche Gültigkeit, die 40-Stunden-Woche wurde ab 1. Jänner 1975 Realität.

Gleichberechtigung und Frauenbewegung

Frauen spielten in der Geschichte der Sozialdemokratie bereits in ihren Anfängen eine zentrale Rolle. Schon im Jahr 1848 forderten bürgerliche und proletarische Frauen ihre Rechte und waren auch bereit, dafür auf die Straße zu gehen. Eine spontane Demonstration von Arbeiterinnen gegen Lohnkürzungen am 21. August 1848 ging als die erste Frauendemonstration in die österreichische Geschichte ein. Zwei Tage später wurde diese am Praterstern in Wien fortgesetzt, wo es zur „Praterschlacht“ mit Toten und Verletzten kam.

Nicht immer aber waren die Männer in der Arbeiterbewegung bereit, die Frauen als gleichberechtigte Verbündete zu akzeptieren. Am Einigungsparteitag in Hainfeld etwa wurde die einzige angereiste Frau abgelehnt. Obwohl das Vereinsgesetz von 1867 besagte, dass „Ausländer, Frauenpersonen und Minderjährige“ nicht als Mitglieder politischer Parteien in Erscheinung treten durften, gründeten Sozialdemokratinnen bereits 1871 den ersten Arbeiterinnen-Bildungsverein. Der Verein sah seine Aufgabe hauptsächlich darin, den Frauen Bildung und Wissen zu vermitteln. Obwohl nach außen hin „unpolitisch“ orientiert, erfüllte er damit eine zentrale politische Funktion.

Im Jahr 1892 erfolgte die Gründung der Arbeiterinnen-Zeitung, die sich für das allgemeine Wahlrecht und für Chancengleichheit in der Bildung einsetzte. Der sozialen Ausbeutung wurde der Kampf angesagt. Da viele männliche Sozialdemokraten bereits eine Abspaltung der Frauen befürchteten, unterstützten sie nun die Gründung einer eigenen Frauenzeitung. Mitbegründerin und verantwortliche Redakteurin des neuen Mediums wurde die Fabrikarbeiterin Adelheid Popp.

Die Polizei „säubert“ die Gumpendorferstraße von den demonstrierenden Arbeiterinnen, 1893



Nach einigen Konflikten um eine adäquate Integration der Frauen in die Parteiorganisation erfolgte schließlich 1898 die Gründung des Frauenreichskomitees. Doch erst 1909 gestand die Sozialdemokratische Partei ihren Genossinnen eine „Freie politische Frauenorganisation“ zu und anerkannte die Frauenkonferenz als selbständiges Parteiorgan. Die Mitgliedschaft bei der Frauenorganisation bedeutete nun gleichzeitig die Parteimitgliedschaft.

Als 1906 das allgemeine Männerwahlrecht beschlossen wurde, waren viele in der Sozialdemokratie bereit, für dieses Zugeständnis der Regierenden auf die Verwirklichung des Frauenwahlrechts zumindest vorläufig zu verzichten. Erst 1918 erhielten auch die Frauen das Wahlrecht, was freilich zu einem Zuwachs an politischem Gewicht innerhalb der Partei führte. Sie konnten nun verstärkt für Parteiämter herangezogen werden und sollten dazu beitragen, bei Wahlen Frauenstimmen für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Mehrheitlich wählten die Frauen damals noch konservativ. Die Christlichsozialen hatten zuvor auf eine allgemeine Wahlpflicht gedrängt, damit auch die Frauen aus dem ländlichen, bäuerlichen Milieu, auf deren Stimmen sie zu Recht vertrauten, zur Wahl gingen.

Im März 1919 zogen erstmals sieben sozialdemokratische Frauen ins Parlament ein. Sie forderten eine Änderung des patriarchalischen Familienrechts, sowie die rechtliche Gleichstellung von Ehefrau und Lebensgefährtin und von ehelichen und unehelichen Kindern. Auch eine Fristen- und Indikationenregelung war Bestandteil des Forderungskatalogs, der beim politischen Gegner auf heftigen Widerstand traf. Wichtige Schritte in Richtung verstärkter Gleichberechtigung waren die Aufhebung der Zugangsbeschränkungen für Frauen zu verschiedenen Universitätsfakultäten oder die Errichtung von Bundeserziehungsanstalten für Mädchen. Forderungen nach der Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen Dienst, gemeinsamer Erziehung beider Geschlechter, gleichem Lohn für gleiche Arbeit und freiem Zugang der Frauen zu allen Berufen waren Bestandteil des Linzer Programms (1926). Viele der Forderungen der sozialdemokratischen Frauen wie etwa die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs konnten jedoch erst in der Zweiten Republik verwirklicht werden.

Die Organisationen sozialdemokratischer Frauen mussten schließlich der Gewalt des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus weichen. Viele Sozialdemokratinnen flohen, arbeiteten in der Illegalität weiter und/oder wurden in Konzentrationslager gebracht und ermordet. Zu ihnen zählte etwa Käthe Leichter, die durch ihre Studien zur Situation der Heimarbeiterinnen oder der Industriearbeiterinnen wichtige Grundlagen für frauenpolitische Maßnahmen geschaffen hatte. Sie wurde ins Konzentrationslager Ravensbrück überstellt und im März 1942 in der NS-Euthanasieanstalt Bernburg vergast.

Erste Frauenzentrasekretärin nach 1945 wurde die aus dem KZ heimgekehrte Rosa Jochmann. In der Zeit des Wiederaufbaus wurden zahlreiche von Frauen angeregte soziale Verbesserungen eingeführt, wozu etwa die Einrichtung eines Familienlastenausgleichfonds, die Errichtung von Kindergärten und Horten und die Mütterberatung zählten. Die heute zumindest von einem großen Teil der Gesellschaft akzeptierte Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ fand sich als Forderung bereits im Programm der SPÖ des Jahres 1947. Doch trotz zahlreicher Fortschritte seit dieser Zeit ist sie bis heute nicht Realität geworden.

Die 1950er Jahre waren eine schwierige Zeit für frauenpolitische Initiativen. Die herrschende Arbeitsplatzknappheit führte zu einer verbreiteten Stimmung gegen Frauen im Berufsleben. Die Vorstellung, dass Hausarbeit in erster Linie Frauenarbeit war, die allerdings verstärkt durch technische Entwicklungen erleichtert wurde (z.B. durch elektrische Haushaltsgeräte), stellte einen gesellschaftspolitischen Konsens dar, gegen den anzukämpfen mit großen Mühen verbunden war.

Größere Fortschritte als in den Jahren und Jahrzehnten zuvor konnten in den 1970er Jahren im Rahmen der SPÖ Alleinregierungen erzielt werden. Zudem schuf die Entstehung einer autonomen Frauenbewegung ein günstigeres intellektuelles Klima für Frauenpolitik. Neben der Reform des Familienrechts und der Abschaffung des § 144 war dies auch mit einer organisatorischen Integration der Frauenpolitik auf Regierungsebene verbunden. Im Jahr 1979 ernannte Bruno Kreisky vier neue Staatssekretärinnen, von denen Johanna Dohnal als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt die meiste Aufmerksamkeit auf sich zog. Weiters wurden Franziska Fast (Fragen der berufstätigen Frau im Sozialministerium), Beatrix Eypeltauer (Wohnbaufragen im Bauenministerium) und Anneliese Albrecht (KonsumentInnenfragen im Handelsministerium) zu Staatssekretärinnen bestellt. Elfriede Karl, die seit 1975 im BKA als Staatssekretärin für Familien- und Frauenfragen zuständig gewesen war, übersiedelte 1979 als Staatssekretärin in das Finanzministerium. Im Jahr 1990 erfolgte die Umwandlung des Staatssekretariats für allgemeine Frauenfragen in ein Bundesministerium für Frauenfragen im Bundeskanzleramt.

Ein wesentliches Element bei der Frage nach der Gleichstellung von Männern und Frauen ist sicherlich jene nach dem Frauenanteil in der Politik. Frauen waren am Beginn der Zweiten Republik sowohl im Nationalrat als auch im Bundesrat krass unterrepräsentiert. Die Unterrepräsentation der Frauen in Partei und Staat war von Beginn an ein zentrales Thema der sozialistischen Frauenbewegung, wie etwa viele Debattenbeiträge von Rosa Jochmann zeigen.



Die ersten weiblichen sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat nach Einführung des Frauenwahlrechts



1970 wird Hertha Firnberg erste sozialdemokratische Ministerin Österreichs



JOHANNA DOHNAL

Johanna Dohnal wurde am 14. Februar 1939 in Wien geboren. Die gelernte Industriekauffrau war zuerst als Wiener Bezirksrätin und als Frauensekretärin der Wiener SPÖ aktiv. Zwischen 1973 und 1979 agierte sie als Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin in Wien. In dieser Zeit engagierte sie sich vehement für frauenpolitische Anliegen wie etwa die Einführung einer Fristenlösung für den Schwangerschaftsabbruch oder die Elternkarenz (die dann 1990 eingeführt wurde). Im Jahr 1979 holte Bruno Kreisky Dohnal als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen ins Bundeskanzleramt. In diese Zeit fällt unter anderem die Ausarbeitung eines Förderprogramms für Frauen im Bundesdienst. 1987 wurde Dohnal zur Vorsitzenden der SPÖ-Frauen (bis 1995) und danach in den Bundesparteivorstand gewählt. Im Dezember 1990 erfolgte die Ernennung Johanna Dohnals zur ersten Frauenministerin Österreichs. In ihrer Amtszeit initiierte sie unter anderem Kampagnen gegen Gewalt gegen Frauen. Sie verließ 1995 die Regierung. Am 20. Februar 2010 starb Johanna Dohnal im Alter von 71 Jahren.

6. Die Ära Kreisky

1970–1983

Die Wähler stellten alles auf den Kopf
Sieg der SPÖ
Endstand: SP 81 (74), VP 78 (85), FP 6 (6)
Nächster Bundeskanzler heißt Kreisky

MORGEN

K

Wien (Epigonat) Der österreichische Partei-Binnenkrieg gelang gestern der größte Wahlsieg seit 1945. Sie wurde größte Partei und wird im neuen Parlament über 21 Mandate verfügen. Dr. Bruno Kreisky wird von Bundespräsident Josef von Kirchberg ernannt, die neue Regierung zu bilden.

Die Partei 21 der SPÖ, die Sozialistische Partei Österreichs, gewann die Nationalratswahl (NÖ) in einem Stichentscheid. Sie erhielt 81 von 189 Mandaten, die FPÖ 78 und die ÖVP 6. Die SPÖ wird von Bruno Kreisky geleitet. Er wird im neuen Parlament die meisten Mandate erhalten. Die Nationalratswahl wurde am Sonntag durchgeführt.

Die SPÖ wird den größten Wahlsieg seit 1945 erringen. Die Partei wird von Bruno Kreisky geleitet. Er wird im neuen Parlament die meisten Mandate erhalten. Die Nationalratswahl wurde am Sonntag durchgeführt.

Kleine Koalition kaum denkbar



Für ihre Zukunft
SPÖ



6. Die Ära Kreisky

Nachdem sich rasch Erfolge bei verschiedenen Regionalwahlen einstellten, gewann die SPÖ die Nationalratswahlen im Jahr 1970 mit relativer Mehrheit. Sie erreichte über 48% der Stimmen und ließ die ÖVP um 3,7 Prozentpunkte hinter sich. Obwohl sie für eine absolute Mandatsmehrheit einen Koalitionspartner gebraucht hätte, entschied Kreisky sich dafür eine Minderheitsregierung zu bilden. Diese konnte auf die Unterstützung der FPÖ zählen (sie hatte 5,5% der Stimmen erreicht), die als Gegenleistung für ihre parlamentarische Zustimmung zum Budget ein minderheitenfreundlicheres Wahlrecht erhielt. Diese Konstellation war jedoch nicht von langer Dauer. Schon 1971 kam es erneut zu Wahlen auf Bundesebene, die für die Sozialdemokratie 50 Prozent der Stimmen und die absolute Mandatsmehrheit brachten. Ein neues Kapitel in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie konnte somit beginnen.

Mit der Kanzlerschaft von Bruno Kreisky begann eine Ära, die Österreich grundlegend veränderte. Die von ihm geführte SPÖ sollte insgesamt dreimal – nach 1971 noch 1975 (50,4%) und 1979 (51%) – die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten erreichen und mit dieser Unterstützung der Bevölkerung im Hintergrund zu einer wesentlichen Erneuerung und Modernisierung von Staat und Gesellschaft beitragen. Auf der Seite der ÖVP traten

Kreisky während seiner Amtszeit nicht weniger als vier Obmänner gegenüber. Nach der Wahlniederlage 1970 trat Josef Klaus zurück und wurde von Hermann Withalm abgelöst. Es folgten Karl Schleizer, Josef Taus und Alois Mock. Hintergrund für das populäre Erscheinungsbild der Kreisky-SPÖ war eine insbesondere zu Beginn seiner Kanzlerschaft wirkende ökonomische Prosperität: Von 1968 bis 1974 kam es zur längsten Aufschwungphase in der österreichischen Wirtschaft und diese Erfolge ermöglichten es, der ÖVP den Rang als führende Wirtschaftspartei streitig zu machen. Auch in der nach dem Ölpreisschock von 1973 folgenden Rezession konnte sich das Land mit einer immer noch niedrigen Arbeitslosenrate und einem relativ guten Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich behaupten.

Die Wirtschaftspolitik des Austrokeynesianismus, die vor allem auf eine Ankurbelung der Konjunktur durch staatliche Investitionen (*deficit spending*) und damit zusammenhängend auf das Ziel einer niedrigen Arbeitslosenrate setzte, wurde bald mit einer Hartwährungspolitik verknüpft, die zunächst gegen innenpolitische Widerstände durchgesetzt werden musste. Die Regierungen Kreisky verfolgten ein Programm der Stabilität und aktiven Beschäftigungspolitik. Bei ansteigenden Staatsschulden konnte so auch während der weltweiten Rezession die Vollbeschäftigung erhalten bleiben. Während in den Krisenjahren 1975 bis 1981 die Arbeitslosenrate im Durchschnitt der europäischen OECD-Staaten von 4,9 % auf 8,2 % kletterte, stieg sie in Österreich lediglich von 1,5% auf 2,2%.

Dies bildete den Hintergrund für eine umfassende Reformpolitik, die in unterschiedlichen Bereichen eine notwendige Erneuerung einleitete. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die kleine (1971) und die große (1975) Strafrechtsreform unter Justizminister Christian Broda. Zunächst wurden noch weitgehend im Konsens längst fällige Maßnahmen eingeleitet wie etwa die Abschaffung der Straffälligkeit der Homosexualität unter Erwachsenen oder bestimmte Benachteiligungen unehelich geborener Kinder. Im Rahmen der Großen Strafrechtsreform kam es dann – zunächst gegen den deklarierten Willen Bruno Kreiskys – auch zur Einführung der so genannten Fristenlösung, die, nach einem Einspruch des ÖVP-dominier-



Titelblatt des „Kurier“, 1970



Willy Brandt,
Olof Palme und
Bruno Kreisky,
Wien 1975

ten Bundesrates, mit Jahresbeginn 1975 in Kraft trat. Kreisky befürchtete damals eine Störung des Verhältnisses der SPÖ zur katholischen Kirche, die dann auch massiv gegen das neue Gesetz opponierte. Obwohl die SPÖ im Laufe der Zweiten Republik der katholischen Kirche eine ganze Reihe von beachtlichen Zugeständnissen gemacht hatte (z.B. Anerkennung des Konkordats von 1933, vollständige Finanzierung der Personalkosten katholischer Privatschulen etc.) und vor allem der Agnostiker Bruno Kreisky massiv um ein gutes Klima zwischen Kirche und Sozialdemokratie bemüht war, wurde dieser Annäherungsprozess damit zumindest kurzzeitig unterbrochen. Ein weiterer wesentlicher Teil der von Justizminister Christian Broda eingeleiteten Maßnahmen im Justizbereich war eine umfassende Reform des Familienrechts, mit der eine Besserstellung der Position der Frau gegenüber dem Mann erreicht wurde.

Ein wichtiger Bereich der Reformpolitik Kreiskys waren die Schulen und Hochschulen. Bereits 1971 kam es zur Abschaffung der AHS-Aufnahmeprüfungen, außerdem wurden die freie Schulfahrt in öffentlichen Verkehrs-



BRUNO KREISKY

Am 22. Jänner 1911 wurde Bruno Kreisky in einer jüdischen Familie in Wien geboren. Er war im Verband der Sozialistischen Mittelschüler und in der Sozialistischen Arbeiterjugend aktiv. Als Mitglied der Revolutionären Sozialisten wurde er im Austrofaschismus verhaftet und war einer der Angeklagten im Sozialistenprozess von 1936. Als der Nationalsozialismus in Österreich die Macht übernahm, musste er nach Schweden emigrieren. Er kehrte 1949 nach Österreich zurück und war als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten maßgeblich an den Staatsvertragsverhandlungen beteiligt. Zwischen 1959 und 1966 diente er als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten in der Großen Koalition.

Im Februar 1967 wurde er zum Parteivorsitzenden der SPÖ gewählt. Bei den Nationalratswahlen 1970 erreichte er mit der SPÖ den ersten Platz und wurde österreichischer Bundeskanzler. Bei den drei folgenden Wahlen (1971, 1975 und 1979) gewann die SPÖ die absolute Mehrheit. In der als Ära Kreisky bezeichneten Zeit (1970-1983) gelang es ihm, eine grundlegende Modernisierung der österreichischen Gesellschaft durchzuführen. Besonders durch seine zahlreichen internationalen Aktivitäten und insbesondere die Friedensbemühungen im Nahost-Prozess trug er wesentlich dazu bei, die internationale Rolle Österreichs zu stärken. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Nationalratswahlen 1983 zog sich Bruno Kreisky aus der Politik zurück. Er starb am 29. Juli 1990 in Wien.

Wahlplakat 1971



Broschüre 1972



mitteln und 1972 die Gratis-Schulbücher eingeführt, was zu teils heftiger Kritik von konservativer Seite führte („Wegwerfbücher“). Das Schulunterrichtsgesetz (SchUG) von 1974 verankerte schließlich die Mitwirkung aller in der Schule vorhandenen Gruppen (Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen) am schulischen Geschehen. Insgesamt sollte die Abschaffung von sozialen und kulturellen Barrieren den freien Bildungszugang ermöglichen und die unterschiedlichen Startbedingungen von Kindern abbauen, die sich durch regionale und soziale Herkunft ergaben. Mit dem Plan einer Gesamtschule der 10- bis 14-Jährigen konnte sich die SPÖ allerdings nicht durchsetzen, da dafür eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig gewesen wäre, die angesichts des entschiedenen Widerstandes der ÖVP nicht zu erreichen war. Nicht nur in der Schule, vor allem auch an den Universitäten wurden deutliche Impulse für eine Demokratisierung gesetzt. Bereits 1972 erfolgte die Abschaffung der Hochschultaxen, womit der freie Zugang zu den Universitäten geschaffen war. Bald schon wurde die traditionelle Ordinariatenuniversität gegen den massiven Widerstand der Rektoren und Professoren reformiert und eine drittel-

paritätische Mitbestimmung (ProfessorInnen, Mittelbau und Studierende) in den universitären Gremien etabliert. Das Universitätsorganisationsgesetz (UOG) von 1975 und der Einsatz für eine offene, demokratische Universität sind untrennbar mit dem Namen von Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg verbunden, die das Ministerium von 1971 bis zum Ende der Ära Kreisky im Jahr 1983 leitete.

Im Juli 1972 beschloss die sozialistische Mehrheit im Parlament gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ ein Gesetz, das die Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten in all jenen Orten verfügte, in denen sich bei der Volkszählung 1961 mindestens 20 % zur Umgangssprache Slowenisch bekannt hatten („Ortstafelgesetz“). Damit sollte die Republik Österreich endgültig einer Verpflichtung nachkommen, die ihr aus dem Artikel 7 (Abs. 3) des österreichischen Staatsvertrages erwuchs. Die FPÖ und andere Gegner der Regelung forderten hingegen eine „Minderheitenfeststellung“. Nach der Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln kam es im Oktober 1972 zum so genannten Ortstafelsturm in Kärnten, bei dem gewalttätige Gruppen die zweisprachigen Tafeln abmontierten. Am 28. Oktober 1972 wurde im Saal der Klagenfurter Arbeiterkammer zu diesem Thema eine „Integrationskonferenz“ abgehalten, bei der Bruno Kreisky von hunderten Demonstranten mit Rufen wie „Sajud“ oder „Judas“ empfangen wurde. Die SPÖ befürwortete schließlich eine „Volkszählung der besonderen Art“, die von allen im Parlament vertretenen Parteien befürwortet, von den Vertretern der Kärntner Slowenen jedoch abgelehnt wurde. Eine Umsetzung des Art. 7 des österreichischen Staatsvertrages und des österreichischen Volksgruppengesetzes von 1976 ist erst 2011 gelungen.

Ein weiterer wichtiger Reformschritt im Sinne einer gesellschaftlichen Liberalisierung war die Einführung des Zivildienstgesetzes 1974. Gleichzeitig kam es zu einer Verkürzung des Präsenzdienstes auf sechs Monate (+ 60 Tage Waffenübungen). 1974 wurde auch eine Reform des Rundfunkgesetzes beschlossen, bei der unter anderem nach skandinavischem Vorbild eine Hörer- und Sehervertretung eingerichtet wurde. Nachdem es zunächst nach einer Allparteieneinigung ausgesehen hatte, entschlossen sich ÖVP und FPÖ jedoch kurzfristig, gegen das neue Gesetz zu stimmen.

Auch im Bereich Arbeit und Soziales kam es zu einer Reihe von Neuerungen. Das Arbeitsverfassungsgesetz von 1973 verankerte für den Betriebsrat die Drittelparität im Aufsichtsrat von Kapitalgesellschaften und setzte einen wichtigen Schritt im Sinne der Wirtschaftsdemokratie. Eine ganze Reihe von Gesetzesinitiativen zur Humanisierung der Arbeitswelt, zur sozialen Sicherung und zur aktiven Arbeitsmarktpolitik folgte. Im Rahmen der Aktion 8000 wurde ein zweiter Arbeitsmarkt öffentlicher, ge-

meinnütziger und sozialorientierter Beschäftigungsmöglichkeiten auf der Basis finanzieller Unterstützung der Arbeitslosenversicherung geschaffen.

Ein wenig erfreuliches Kapitel in der Ära Kreisky stellten die Auseinandersetzungen mit dem Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums Simon Wiesenthal dar. 1975 erstellte Wiesenthal ein Dossier über Einsätze der Ersten SS-Infanteriebrigade im Zweiten Weltkrieg, der FPÖ-Vorsitzender Friedrich Peter angehört hatte. Er veröffentlichte dieses allerdings erst nach der Nationalratswahl, um das Ergebnis nicht zu beeinflussen. Das Dossier dokumentierte, dass Peters Einheit nachweislich an Massensoldaten an der Zivilbevölkerung beteiligt gewesen war. Kreisky reagierte unverhältnismäßig aggressiv und attackierte Wiesenthal bzw. beschuldigte ihn indirekt sogar der Kollaboration mit der Gestapo, wobei er später diesen Vorwurf zurückzog. Er vermutete eine Intrige der ÖVP, zu der Wiesenthal in einem Naheverhältnis stand. Kreisky erntete für sein Verhalten nicht nur Zustimmung, sondern auch viel Kritik. 1983 sprachen sich auch viele SozialdemokratInnen gegen die Kandidatur Friedrich Peters für das Amt des Dritten Nationalratspräsidenten aus, die dieser dann zurückzog.

Eine Niederlage musste Bruno Kreisky 1978 einstecken. Die von ihm selbst vorgeschlagene Abstimmung um die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf hatte er mit seinem Verbleib im Amt gekoppelt. Das Votum am 5. November 1978 brachte nach hitziger Diskussion ein überaus knappes Ergebnis: 49,5 % Ja- und 50,5 % Neinstimmen. Bruno Kreisky verblieb dennoch im Amt und feierte im folgenden Jahr mit dem weiteren Ausbau der absoluten Mehrheit seinen größten Wahlerfolg. Einige Jahre später gab es noch einen Versuch, das nach der Volksabstimmung vom Parlament beschlossene Atomsperrgesetz aufzuheben, der knapp scheiterte. Erst die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986 zog einen Schlussstrich unter die österreichischen Debatte um die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Die Kreisky-Jahre waren auch eine folgenreiche Zeit für die Frauenpolitik. Vor allem die Reformen im Strafrecht und im Familienrecht verbesserten die Situation der Frauen in der österreichischen Gesellschaft entscheidend und passten das Recht an die gesellschaftlichen Entwicklungen an. Zu Änderungen kam es aber auch im Bereich der politischen Repräsentation. Im Jahr 1979 wurde Johanna Dohnal als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt angelobt. In dieser Eigenschaft konnte sie eine ganze Reihe von wichtigen frauenpolitischen Maßnahmen wie etwa die Ausdehnung des Mutterschutzes auf Bäuerinnen und gewerblich selbständige Frauen erreichen.

Bundespräsident wurde 1974 Rudolf Kirchschläger, der als parteifreier Kandidat auf Vorschlag der SPÖ kandi-



SPÖ-Plakat 1972



SPÖ-Parteiprogramm 1978

Kreisky-Karikatur von Erich Sokol





Bruno Kreisky Im Gespräch mit Jugendlichen, 1980



Bruno Kreisky, Anton Benya und Hannes Androsch, 1981

dierte. Als er sich 1980 erfolgreich der Wiederwahl stellte, nominierte die ÖVP keinen eigenen Kandidaten und schloss sich der Wahlempfehlung für Kirchschräger an.

Zu einem Konflikt innerhalb der Regierung entwickelte sich Bruno Kreiskys Verhältnis zu seinem Finanzminister Hannes Androsch. Androsch galt als einer der kompetentesten sozialistischen Wirtschaftspolitiker und war 1971 als bislang jüngster Minister in die Regierung berufen worden.

Mit dem Parteiengesetz von 1975 wurde nicht nur die Stellung der Parteien rechtlich verankert, sondern auch die öffentliche Parteienfinanzierung erweitert. Bereits 1972 wurde das „Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“ verabschiedet. In diesem Rahmen konnten die politischen Parteien auch eigene Akademien für ihre Bildungsarbeit ins Leben rufen. Die SPÖ gründete daraufhin das Dr.-Karl-Renner-Institut.

Nach mehrjährigen Vorarbeiten verabschiedete die SPÖ 1978 ein neues Parteiprogramm „für den Rest des Jahrhunderts“, das jenes von 1958 ablöste. Dadurch sollte die Programmatik der SPÖ an das Reformwerk der Kreisky-Jahre angepasst werden. Daher wurde besonders auch auf Initiative Kreiskys ein gutes Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirche festgehalten. Gleichzeitig sollten aber auch die längerfristigen Ziele der Sozialdemokratie nicht aus den Augen verloren werden. Programmatische Leitlinie des Programms war die „soziale Demokratie“, doch auch das Ziel einer „klassenlosen Gesellschaft“ blieb nicht unerwähnt.

Beachtlich waren die Markierungen, die Kreisky in der internationalen Politik setzte. Da waren zum einen die Friedensbemühungen im israelisch-palästinensischen Konflikt. Im Juli 1979 trafen in Wien auf Vermittlung Kreiskys



John Maynard Keynes

Austrokeynesianismus

Der Begriff Austrokeynesianismus nimmt auf den britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) Bezug. Zu einer seiner zentralen Botschaften zählte, dass der Kapitalismus (dem er positiv gegenüberstand) immer wieder Krisen hervorbringen würde und daher insbesondere zum Erreichen einer Vollbeschäftigung staatliches Eingreifen erforderlich sei. Durch antizyklisches Verhalten (z.B. kreditfinanzierte Ausgabenerhöhung bei schwacher privatwirtschaftlicher Nachfrage und Ausgabensenkung bei Übernachfrage) sollte der Staat als Stabilisator des wirtschaftlichen Geschehens agieren, das nicht der Selbstregulierung der Marktkräfte überlassen werden durfte. Der Keynesianismus diente nach dem Zweiten Weltkrieg als wirtschaftstheoretische Grundlage vieler entwickelter Wohlfahrtsstaaten und wurde in Österreich insbesondere in der Ära Bruno Kreiskys als wirtschaftspolitische Leitlinie aufgegriffen. Die österreichische Variante des Keynesianismus konnte insbesondere bei der Bewältigung der Rezession infolge des Erdölpreisschocks von 1973 klare Erfolge verzeichnen (niedrige Arbeitslosenrate, niedrige Inflationsraten, hohe Wachstumsraten, friedliche Arbeitsbeziehungen).

Jassir Arafat und Willy Brandt zusammen. Im Jahr darauf anerkannte Österreich als erster westlicher Staat die Palästinensische Befreiungsfront (PLO). Das Verhältnis zu Israel war hingegen ausgesprochen angespannt und noch in seinen Memoiren verdeutlichte Kreisky seine Vorbehalte gegenüber der Politik des jüdischen Staates. Auch der Abschluss des SALT II Abkommens in Wien im Jahr 1979 zwischen den USA (Präsident Jimmy Carter) und der UdSSR (Staats- und Parteichef Leonid Breschnew) ist in diesem Zusammenhang zu nennen. 1982 erfolgte schließlich der Bau des UN-Konferenzentrums. Trotz eines Volksbegehrens gegen diesen Bau, das vor allem von der ÖVP betrieben wurde, hielt Kreisky an diesem Vorhaben fest.



Bruno Kreisky und Heinrich Böll

Die Kreisky-Jahre waren auch für die interne Entwicklung der Partei eine erfolgreiche Zeit. Am Höhepunkt ihres Erfolges im Jahr 1979 hatte die SPÖ 721.262 Mitglieder und damit den höchsten Stand in ihrer Geschichte. Auch im internationalen Vergleich (also Parteimitgliedschaften in Relation zur Bevölkerungszahl) war eine solche Organisationsstärke für ein demokratisches Land geradezu beispiellos.



Friedensdemonstration in Wien 1982

In den frühen 1980er Jahren zeichneten sich massive Veränderungen ab: Hannes Androsch trat im Jänner 1981 als Finanzminister zurück. Ab 1980 begann auch der Skandal um den Bau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses immer deutlichere Konturen anzunehmen und dem Image der SPÖ Schaden zuzufügen. Die beginnende Krise der Verstaatlichten Industrie, das unpopuläre Mallorca Paket (1982), das durch Steuererhöhungen und neue Steuern (z.B. Zinsertragssteuer) der Staatskasse notwendige Mittel zuführen sollte, ein verändertes internationales Umfeld (beginnende neokonservative Wende) und das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen: dies alles erschwerte die Ausgangsposition für die Wahlen 1983. Als die SPÖ dann mit 47,6 % der Stimmen nur mehr die relative Mehrheit erreichte, beschloss Bruno Kreisky als Bundeskanzler und Parteivorsitzender zurückzutreten. Die Nachfolge hatte er bereits geregelt. Er empfahl Fred Sinowatz, der in seiner Regierung als Unterrichtsminister gearbeitet hatte, als seinen Nachfolger. Gegen seinen persönlichen Wunsch, aber im Sinne der Parteiloyalität sagte Sinowatz zu.

Demokratisierung, sozialer Ausgleich, wirtschaftliche Stabilität, niedrige Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Liberalisierung und Modernisierung, Intellektuelle und Künstler, die „ein Stück des Weges“ gemeinsam mit der Sozialdemokratie gingen: das alles war die Bilanz der Ära Kreisky. „Das Österreich des Jahres 1983 war moderner, weltoffener, sozialer, wohlhabender und pluralistischer als das Österreich des Jahres 1970, sodass man sagen kann: Die Kreisky-Jahre haben diesem Land gut getan“, resümierte Heinz Fischer diese Zeit.

Internationalismus und Europäische Integration

In der Geschichte der Arbeiterbewegung nimmt der Internationalismus einen besonderen Stellenwert ein. Die Vorstellung, dass sich die Angehörigen der Arbeiterklasse über nationale Grenzen hinweg vereinigen und gemeinsam für eine gerechtere Welt kämpfen, zählte zu den wichtigsten Antriebsmomenten der sozialistischen Bewegung. Allerdings entsprach dieses etwas utopische Bild nicht immer der historischen Realität. Nach der marxistischen Lehre, aber auch in den Vorstellungen vieler utopischer Sozialisten sollten die nationalen Unterschiede nach der Überwindung des Kapitalismus bedeutungslos werden oder in einer gemeinsamen sozialistischen Kultur der Völker aufgehoben werden. Eine solche Sichtweise hatte die österreichische Sozialdemokratie allerdings nie vertreten. Geprägt durch die Konflikte der unterschiedlichen Nationalitäten in der Habsburgermonarchie, die sich auch innerhalb der Partei selbst zeigten, vertraten Sozialdemokraten wie Karl Renner und Otto Bauer eine andere Position: Eine fortschrittliche Nationalitätenpolitik sollte den unterschiedlichen Völkern vor allem kulturelle Autonomie gewähren, um eine Assimilation an die dominante Kultur unter Druck zu vermeiden. Dadurch konnte ihrer Ansicht nach ein friedliches Zusammenleben der

unterschiedlichen Nationalitäten am besten gesichert werden. Mit dem Ende der Habsburgermonarchie verloren derartige Überlegungen allerdings an Bedeutung.

Die Parteien der Linken standen traditionellerweise immer in starkem wechselseitigem Kontakt. Besonders eng waren etwa – trotz mancher programmatischer Unterschiede – die Verbindungen zwischen der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie. Einen Zusammenschluss in größerem Rahmen stellte die Sozialistische Internationale („Zweite Internationale“) dar, in der Linksparteien aus zahlreichen Ländern organisiert waren. Allerdings zerbrach dieses Bündnis mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, als viele sozialdemokratische und sozialistische Parteien die Kriegspolitik ihrer jeweiligen Regierungen unterstützten und damit eines der wichtigsten Anliegen der Internationale – die Überwindung des Nationalismus – missachteten. Nach Kriegsende war die Geschichte der SI durch die Spaltung in eine Zweite (sozialdemokratische) und eine Dritte (kommunistische) Internationale geprägt. Die österreichische Sozialdemokratie versuchte vergeblich, zwischen diesen beiden Positionen zu vermitteln.

Die Sozialistische Internationale in ihrer heutigen Form wurde nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahr 1951 wieder gegründet. Die SPÖ hat in ihr eine durchaus wichtige Rolle gespielt. So war etwa ihr langjähriger Vorsitzender Bruno Pittermann zwischen 1964 und 1976 Präsident der SI. Zu dessen Nachfolger Willy Brandt (1976-1992) unterhielt wiederum Bruno Kreisky enge und freundschaftliche Kontakte. Die SI erfüllte historisch betrachtet eine wichtige Rolle bei der Unterstützung sozialistischer Parteien beim Übergang von der Diktatur in die Demokratie (Spanien, Portugal) und war auch immer wieder in internationale Friedens- und Vermittlungsaktivitäten involviert.

Das internationale Selbstverständnis der SPÖ nach dem Zweiten Weltkrieg basierte auf dem Status Österreichs als neutraler Staat. Insbesondere in den Jahren nach 1955 war man aber darum bemüht, zwischen Neutralität und Neutralismus zu unterscheiden und eine prowestliche, antikommunistische Grundhaltung deutlich zu machen. Dieses Selbstverständnis als neutraler Staat wurde insbesondere in den Jahren unter Bundeskanzler Kreisky als eine aktive Neutralität begriffen, die nicht so sehr das Heraushalten aus internationalen Konflikten, sondern vielmehr das schlichtende, vermittelnde Eingreifen in den Mittelpunkt rückte. Insbesondere im Nahostkonflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten, aber auch im Ost-West-Konflikt setzte diese aktive Neutralitätspolitik deutliche Akzente, die auch das internationale Renommee Österreichs stärkten.

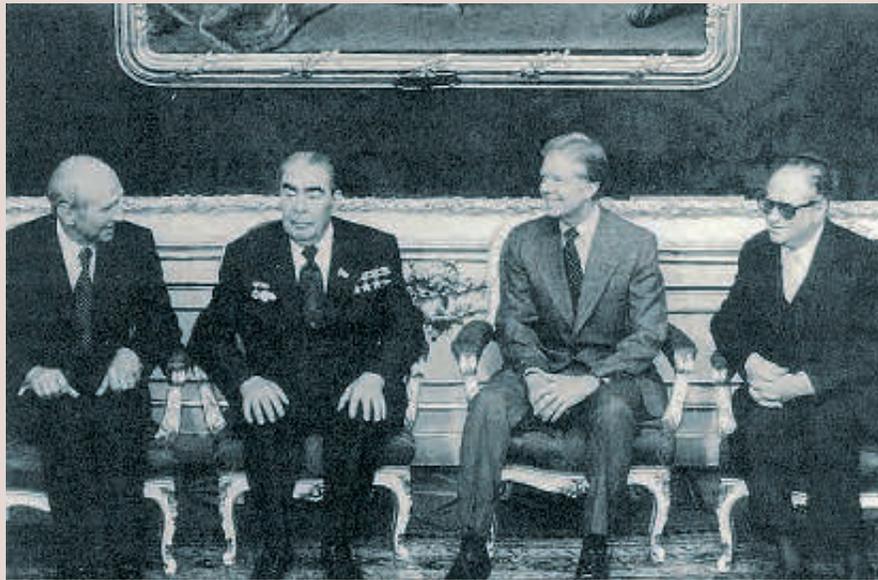
Internationaler Sozialistenkongress, Amsterdam 1904



Die Neutralität prägte auch die Haltung der Partei zur Europäischen Integration. So trat Österreich 1956 dem Europarat bei, zu dessen grundlegenden Werten (Menschenrechte, parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit) es sich uneingeschränkt bekannte. Eine weiterreichende Europäische Integrationspolitik schien jedoch an bestimmte Grenzen zu stoßen. Der europäische Integrationsprozess insgesamt verlief nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei unterschiedlichen Richtungen. Zum einen bildete sich mit der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) ein Bündnis, das zunächst vor allem auf der Zusammenarbeit der ehemaligen Kriegsgegner Deutschland und Frankreich basierte. Daraus sollten sich 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und schließlich die Europäische Union (EU) entwickeln. Zum anderen gründete sich die Europäische Freihandelszone (EFTA). Österreich war 1960 neben Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden und der Schweiz eines ihrer Gründungsmitglieder. Die EFTA sah sich in gewisser Weise auch als Gegenentwurf zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Innerhalb der SPÖ war das Verhältnis zu einer verstärkten Europäischen Integration wie sie die EWG praktizierte ambivalent. Es reichte von einer entschiedenen Ablehnung des in diesem Rahmen praktizierten Wirtschaftsliberalismus bis hin zu Wünschen nach einer verstärkten Annäherung und Kooperation. Während aber die EFTA ausschließlich auf wirtschaftliche Zusammenarbeit setzte, betrachtete die EWG die wirtschaftliche Integration nur als eine Vorstufe zur politischen Integration. Dies wurde in Österreich nicht nur von der Mehrheit der politischen Akteure, sondern auch von der herrschenden völkerrechtlichen Lehrmeinung als nicht vereinbar mit der Neutralität angesehen.

Die Neutralität änderte im Zusammenhang mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ihre Bedeutung. Gleichzeitig erwies sich die Zusammenarbeit der Mitglieder der Europäischen Union und EFTA-Staaten im EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) für Staaten wie Österreich als ungenügende Alternative zum EU-Beitritt, weil die EFTA-Staaten de facto zwar Teil des gemeinsamen Wirtschaftsraums geworden waren, aber ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten blieben. Nicht zuletzt deswegen stellten einige der EFTA-Mitglieder einen Antrag auf Beitritt zur EU. Österreich setzte im Jahr 1989 diesen Schritt. Nach den Beitrittsverhandlungen erfolgte im Juni 1994 eine Volksabstimmung, die eine klare Zustimmung zum Beitritt von rund zwei Drittel der abgegebenen Stimmen mit sich brachte. Es war dies einer der größten Erfolge der Großen Koalition unter Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) und Vizekanzler Erhard Busek (ÖVP).



SALT 2-Abkommen
in Wien 1979:
Rudolf Kirschschräger,
Leonid Breschnew,
Jimmy Carter und
Bruno Kreisky



Franz Vranitzky mit
Jacques Delors,
1990

7. Neue Herausforderungen

1983–2018



7. Neue Herausforderungen

Fred Sinowatz bildete mit der FPÖ unter der Führung Norbert Stegers, der fortan das Amt des Vizekanzlers bekleidete, eine Koalitionsregierung. Da der frühere Parteichef der Freiheitlichen, Friedrich Peter, nach Kritik wegen seiner SS-Vergangenheit auf das Amt des Dritten Nationalratspräsidenten verzichtete, stand der kleinen Koalition nichts mehr im Wege.

Die erste ernsthafte Belastungsprobe der Koalition bildete der Konflikt um den 8. Dezember 1984. Die ÖVP in den westlichen Bundesländern und insbesondere der Salzburger ÖVP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer wollten an diesem kirchlichen und gesetzlichen Feiertag ein

Offenhalten der Geschäfte ermöglichen, um den Abfluss von Kaufkraft ins benachbarte Deutschland zu verhindern. Haslauer erließ in diesem Sinne eine Verordnung. Vizekanzler und Handelsminister Steger stand in dieser Frage eher auf der Seite Haslauer, SPÖ-Sozialminister Alfred Dallinger attackierte diesen aber massiv und forderte ein Respektieren der Feiertagsruhe für die Handelsangestellten. Schließlich beschloss die Regierung einstimmig, eine Verfassungsklage gegen Landeshauptmann Haslauer einzuleiten, was allgemein als Niederlage der FPÖ in der Regierung interpretiert wurde.

Ende 1984 sollte mit den Bauarbeiten für das Donaukraftwerk bei Hainburg begonnen werden. Gegen dieses Vorhaben gab es eine breite Mobilisierung abseits der Parteien, wobei die damals einzige Oppositionspartei ÖVP allerdings keine eindeutige Position zum Wasserkraftwerk einnahm. Bereits in den Dezembertagen kam es zu ersten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und umweltschutzbewegten Aubesetzern, die durch ihre Anwesenheit („Aubesetzung“) den Baubeginn verhindern wollten. Dagegen mobilisierten wiederum gewerkschaftliche Aktivisten und insbesondere die Bau- und Holzarbeitergewerkschaft, wodurch eine weitere Eskalation zu befürchten war. In dieser überaus angespannten Situation rief Bundeskanzler Sinowatz zuerst eine Art „Weihnachtsfrieden“ im Sinne einer Nachdenkpause aus. 1985 erfolgte dann nicht zuletzt auf seine Initiative hin der Baustopp. Der Konflikt um das Kraftwerk in den Donauauen war nach der Kontroverse um das AKW Zwentendorf das zweite zentrale Ereignis in der frühen Geschichte der Ökologiebewegung in Österreich. Die SPÖ verhielt sich ihr gegenüber ambivalent. Dachten Teile der Partei schon bald über rot-grüne Gemeinsamkeiten, Kooperationen und auch Bündnisse nach, sahen andere durch Naturschutz und Umweltpolitik das Programm einer Kopplung von Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt gefährdet.

Im Jänner 1985 wurde der in italienischer Haft sitzende und wegen des Befehls zur Erschießung von Geiseln zu lebenslanger Haft verurteilte SS-Offizier Walter Reder freigelassen und nach Österreich überstellt. Dem war ein langes Ringen um das Schicksal des verurteilten Verbrechers vorangegangen, für den immer wieder von verschiedenen

Fred Sinowatz in einer Lehrwerkstätte



österreichischen Seiten interveniert worden war. Der FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager empfing Reder persönlich am Flughafen und begrüßte ihn mit Handschlag. Dieser offizielle Empfang für einen Kriegsverbrecher löste einen Skandal aus und brachte die Koalition an den Rand des Scheiterns. Viele Stimmen in der SPÖ beklagten erneut die fehlende Distanz der FPÖ zum Nationalsozialismus. Ein Entschuldigungsbrief Frischenschlagers konnte allerdings verhindern, dass der daraufhin eingebrachte Misstrauensantrag der ÖVP im Parlament eine Mehrheit fand. Für diesen Brief wurde Frischenschlager allerdings innerparteilich kritisiert, allen voran von Jörg Haider, der die Begrüßung eines verurteilten NS-Verbrechers durch den Verteidigungsminister der Republik Österreich für angemessen hielt.

Das Jahr 1985 sollte generell als ein Jahr der Skandale in die österreichische Geschichte eingehen. Mitte des Jahres erreichte der so genannte „Weinskandal“ seinen Höhepunkt. Österreichische Weinproduzenten waren wegen der Beimischung von Glykol zu dem populären Traditionsgetränk in Verruf gekommen und das Weinland Österreich war nun für viele Jahre diskreditiert. Doch auch auf politischer Ebene gab es Skandale: Die verstaatlichten Noricum-Betriebe hatten im Golfkrieg beide Kriegsparteien, den Iran und den Irak, mit Kanonen versorgt, was im klaren Widerspruch zum Neutralitäts- und zum Waffenexportgesetz stand. Gegen Ende des Jahres kam es dann beinahe zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der VOEST, was für die SPÖ in mehrfacher Hinsicht bitter war. Erstens war der Betrieb eine Art Flaggschiff der Verstaatlichten Industrie und diese war zumindest indirekt stark mit der Sozialkompetenz der SPÖ verbunden. Zweitens waren die eingefahrenen Verluste nicht nur auf die internationale Stahlkrise zurückzuführen, die natürlich als Verteidigung für die schlechten wirtschaftlichen Ergebnisse ins Treffen geführt wurde: Die VOEST-Tochter Intertrading hatte darüber hinaus Milliardenverluste in reinen Spekulationsgeschäften verursacht, was von vielen als absolut unvereinbar mit sozialdemokratischen Grundhaltungen angesehen wurde.

Einen weiteren Rückschlag für die SPÖ brachte schließlich die Bundespräsidentenwahl des Jahres 1986. Denn es gewann der ÖVP-Kandidat Kurt Waldheim gegen Kurt Steyrer, der für die SPÖ angetreten war. Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik siegte damit ein Kandidat der ÖVP bei der Wahl zum Staatsoberhaupt. Dieser Wahl war eine heftige Kontroverse um Österreichs Rolle im Nationalsozialismus vorangegangen. Durch Berichte des Nachrichtenmagazins Profil war bekannt geworden, dass der ehemalige UNO-Generalsekretär Waldheim Teile seiner Biographie, insbesondere seine Rolle in der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, verschwiegen hatte. Eine aus internationalen Historikern zusammenge-



Demonstration in der Au: Gegen die Errichtung des Kraftwerks Hainburg, 1984

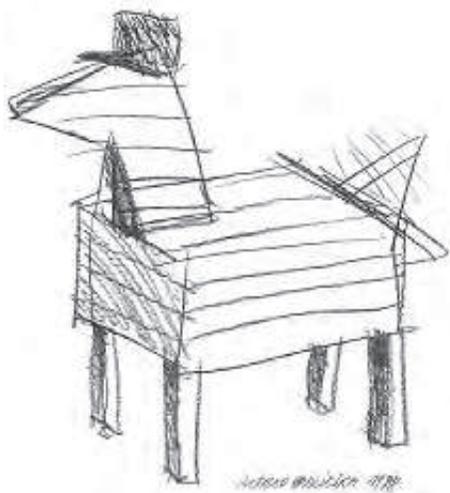


Karl-Renner-Institut 1985: Willy Brandt und Fred Sinowatz



„Profil“-Cover, 1986

Trojanisches Pferd,
Entwurf Alfred
Hrdlicka



setzte Kommission wies bald auf zahlreiche Widersprüche zwischen Waldheims Aussagen und den von ihr erhobenen Fakten hin.

Dazu zählten etwa seine geleugnete Mitgliedschaft in der SA und das ebenso abgestrittene Wissen um Judendeportationen in Griechenland, wo Waldheim in Saloniki als Ordonanzoffizier tätig gewesen war. Waldheim verteidigte sich stets damit, dass er „nur wie hunderttausende andere Österreicher auch“ seine „Pflicht erfüllt“ habe. Im Wahlkampf kam es zu heftigen und mitunter deutlich antisemitischen Tönen seitens der ÖVP, die Waldheim vehement gegen die Angriffe von verschiedenen Seiten verteidigte. Insbesondere gegen Kritik aus dem Ausland wurde die Parole „Wir Österreicher wählen wen wir wollen“ ausgegeben. Besonders in den internationalen Medien wurde dieser Umgang Österreichs mit der NS-Vergangenheit deutlich kritisiert. 1987 verhängten die USA sogar ein Einreiseverbot über den österreichischen Bundespräsidenten, der seine Amtszeit weitgehend in internationaler Isolation verbrachte. Kurz nach der Wahl Waldheims – er gewann den zweiten Wahlgang deutlich mit 53,9% – trat Fred Sinowatz als Bundeskanzler zurück. Sein (ironischer) Ausspruch: „Wir nehmen zur Kenntnis, dass nicht Kurt Waldheim, sondern nur sein Pferd bei der SA war“ sorgte besonders bei den Anhängern des Bundespräsidenten für Empörung. Das vom Bildhauer Alfred Hrdlicka gebaute Holzpferd wurde daraufhin zu einem Symbol der Waldheim-Gegner, das bei keiner der zahlreichen Demonstrationen gegen den Bundespräsidenten fehlen durfte.

Franz Vranitzky folgte Fred Sinowatz als Bundeskanzler nach. Nur für kurze Zeit hielt dieser an der Koalition mit den Freiheitlichen fest. Denn im September 1986 kam es

am Innsbrucker Parteitag der FPÖ zum Sturz des Parteivorsitzenden Norbert Stegers und zur Wahl Jörg Haiders zu seinem Nachfolger. Nicht nur die genauen Umstände dieses von manchen Medien als „Putsch“ bezeichneten Führungswechsels, sondern vor allem auch die bereits bekannten, überwiegend rechtsextremen Ansichten des neuen Parteichefs ließen Vranitzky nicht lange zögern. Er kündigte die kleine Koalition auf und sprach sich für vorzeitige Neuwahlen aus.

Wie alle anderen politischen Parteien war auch die SPÖ Mitte der 1980er Jahre mit grundlegenden Veränderungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft konfrontiert, durch die auch der Aktionsradius und der Stil der Politik neu bestimmt wurde. So hatte etwa bereits im Laufe der Ära Kreisky das Fernsehen eine immer wichtigere Funktion in der politischen Kommunikation eingenommen. Diese Medialisierung ging scheinbar notwendig mit einer verstärkten Personalisierung der Politik einher. Nicht die Programme, sondern die Persönlichkeiten, die eine politische Partei repräsentierten, wurden zunehmend zu wichtigen Entscheidungsfaktoren bei Wahlen. Gleichzeitig verlor die parteiinterne Kommunikation immer mehr an Relevanz. Die traditionellen Organisationsstrukturen, die sich in einer anderen Zeit entwickelt hatten, gerieten unter Druck. Betroffen war davon auch die Parteipresse: So musste die traditionsreiche *Arbeiter-Zeitung* (AZ) 1989 nach einer Phase der krisenhaften Entwicklung ihr Erscheinen einstellen.

Die Mitgliederzahlen bei den politischen Parteien gingen zurück, wovon eine Massenpartei wie die SPÖ besonders betroffen war. Stark im Zunehmen begriffen war hingegen die Zahl der WechselwählerInnen. Immer mehr Menschen entschieden sich bei jeder Wahl neu und oft auch immer kurzfristiger, wem sie ihr Vertrauen schenken wollten. Mit der zunehmend aggressiv und populistisch agierenden FPÖ, aber auch mit den seit 1986 im Parlament vertretenen Grünen war den Großparteien zudem neue Konkurrenz erwachsen. An diese Parteien keine Stimmen zu verlieren oder schon verlorene Stimmen wieder zurück zu gewinnen, erforderte eine andere Strategie als die Mobilisierung der jeweiligen StammwählerInnen, auf die selbstverständlich auch weiterhin nicht verzichtet werden konnte. Aus all diesen Gründen begannen sich Politik und politische Auseinandersetzungen immer mehr zu verändern.

Bei den Nationalratswahlen 1986 ging die SPÖ (43,1%) wieder als stärkste Partei hervor und siegte knapp vor der ÖVP (41,3%). Doch Haiders FPÖ konnte mit deutlichen Stimmgewinnen aufwarten, blieb aber noch knapp unter 10%, die Grünen unter 5%. Unter Bundeskanzler Franz Vranitzky, der 1988 dann auch den Parteivorsitz von Sinowatz übernahm, kam es zur Bildung einer Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP.

Der aus dem Arbeitermilieu stammende Franz Vranitzky war bereits in der Kreisky-Ära als wirtschaftspolitischer Berater von Finanzminister Hannes Androsch tätig gewesen, bevor er in leitender Funktion für verschiedene Banken arbeitete. Nach Bruno Kreisky sollte er der am längsten amtierende Parteivorsitzende und Bundeskanzler der SPÖ werden. Ihm gelang es, bei insgesamt vier Wahlen (1986, 1990, 1994 und 1995) den ersten Platz für die SPÖ zu verteidigen, während auf der Seite der ÖVP die Obmänner laufend wechselten: Auf Alois Mock folgten Josef Riegler und Erhard Busek, ehe der spätere Bundeskanzler Wolfgang Schüssel 1995 die Führung übernahm. Gleichzeitig verlor die SPÖ aber WählerInnen und Mitglieder, während parallel dazu der Aufstieg der FPÖ unaufhaltsam schien.

Einige wichtige Stationen der Ära Vranitzky sollen resümiert werden: Schon bald nach den Wahlen 1986 kam es zu einem umfangreichen Sanierungspaket für die Verstaatlichte Industrie und zu ersten Schritten in Richtung einer Privatisierung von Bundesbeteiligungen an der E-Wirtschaft, der AUA, sowie an Banken und Unternehmungen aus dem ÖIAG- und VOEST-Bereich. Der Bundeskanzler musste damit eine Reihe von Maßnahmen verantworten, die mit der Tradition sozialistischer Politik, zu der die Verstaatlichte Industrie zweifellos zählte, in einem ausgesprochenen Spannungsverhältnis standen.

Auch die drastischen Veränderungen in der Weltpolitik um das Jahr 1989 (Fall der Berliner Mauer) hatten Folgen für das Selbstverständnis der SPÖ. Im Jahr 1991 erfolgte ihre Umbenennung in „Sozialdemokratische Partei Österreichs“, womit sie wieder zu ihrem traditionellen Namen zurückkehrte und zumindest indirekt auf die Diskreditierung des Begriffs Sozialismus nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ und dem Fall des Eisernen Vorhangs reagierte.

In der österreichischen Geschichte wird Franz Vranitzky sicherlich immer auch als der Bundeskanzler erscheinen, der deutlich für einen offenen und kritischen Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus eintrat. Er reagierte damit auf eine weit verbreitete, vor allem auch internationale Kritik am Verhältnis Österreichs zu seiner Geschichte. Mit seinen Reden 1991 vor dem Nationalrat und 1993 in Israel, in denen er die Mitverantwortung Österreichs für die nationalsozialistischen Verbrechen klar benannte, setzte er wichtige und letztlich unverzichtbare Schritte.

Gegenüber der ideologisch rechtsextremen FPÖ grenzte er sich deutlich ab, was von dieser immer wieder als eine Politik der „Ausgrenzung“ bezeichnet wurde. Vor allem das Thema „Ausländer“ wurde nun zunehmend zu einem Politikfeld, das polarisierte und die Freiheitlichen ließen nichts unversucht, diese Polarisierung immer weiter anzuhetzen. Nach einem Anti-Ausländer-Volksbegehren der FPÖ („Österreich zuerst“) kam es 1993 mit 250.000 Teil-



Franz Vranitzky und Eduard Schwardnadse, 1986



Franz Vranitzky bei seinem offiziellen Besuch in Israel 1993 (im Bild mit dem ehem. Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek)



SPÖ-Plakat

Mit 250.000 TeilnehmerInnen größte Demonstration der Zweiten Republik: Das Lichtermeer 1993



„Profil“-Cover, 1994

nehmerInnen zur größten Demonstration der Zweiten Republik („Lichtermeer“), mit der gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit demonstriert wurde. Das Volksbegehren selbst blieb mit 450.000 Unterschriften hinter den großen Erwartungen zurück und führte schließlich zur Abspaltung des Liberalen Forums unter Heide Schmidt von der FPÖ. Gleichzeitig musste die SPÖ jedoch das Eindringen der FPÖ in ihre Kernwählerschaft der ArbeiterInnen mit wachsender Beunruhigung registrieren und setzte auch selbst auf eine restriktivere „Ausländerpolitik“.

Bei den Wahlen 1990 profitierte die FPÖ (16,6 %) zunächst vor allem von den Verlusten der ÖVP, die über neun Prozentpunkte verlor und auf einen Stimmenanteil von 32,1 % absank. Die SPÖ erreichte noch 42,8 % der Stimmen und lag damit klar voran. Die Grünen blieben bei knapp unter fünf Prozent, schafften damit aber den Wiedereinzug ins Parlament.

Nachdem der umstrittene Bundespräsident Waldheim auf eine Wiederkandidatur verzichtete, rechnete sich die

Sozialdemokratische Partei große Chancen auf einen Sieg ihres Kandidaten bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten aus. Doch bei der Stichwahl im Mai 1992 siegte dann der ÖVP-Kandidat Thomas Klestil klar über Rudolf Streicher. Dass sich der zuvor der Öffentlichkeit kaum bekannte Diplomat Klestil gegen den vergleichsweise prominenten ehemaligen SPÖ-Minister durchsetzen konnte, stellte eine bittere Überraschung für die Partei dar. Klestil wurde 1998 als Bundespräsident bestätigt (die SPÖ verzichtete bei dieser Wahl auf einen eigenen Kandidaten) und starb 2004 kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt. Sein Nachfolger Heinz Fischer war zu diesem Zeitpunkt bereits gewählt worden.

Der größte Erfolg der zehneinhalbjährigen Ära Vranitzky war sicherlich die erfolgreiche Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union, für den sich im Juni 1994 rund zwei Drittel der Wählerschaft entschieden. Im Vorfeld der Abstimmung hatte sich die sozialdemokratische Linie durchgesetzt, dass in den „Brief nach Brüssel“ im Sommer 1989 ausdrücklich ein Neutralitätsvorbehalt aufgenommen werden sollte. Mit Sicherheit hat diese Verankerung der in Österreich überaus populären Neutralität das Abstimmungsergebnis erheblich begünstigt. Der Beitritt Österreichs zur EU erfolgte dann mit Jahresbeginn 1995.

Bei der Nationalratswahl 1994 musste die Sozialdemokratische Partei herbe Verluste einstecken (34,9%), blieb aber nach wie vor stärkste Kraft vor der ÖVP (27,7 %). Die Freiheitlichen steigerten sich auf 22,5 %, die Grünen auf 7,3 %. Mit 6 % kam auch das Liberale Forum ins Parlament. Die politische Landschaft hatte sich somit grundlegend verändert. Immer häufiger waren bereits Diagnosen von einem „Ende der Großparteien“ zu hören. Schon kurz nach den Wahlen kam es zu heftigen Kontroversen um ein von der Regierung ausgearbeitetes Sparpaket. Da die Sozialpartner aus ihrer Sicht nicht oder zu wenig in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse einbezogen wurden, gab es seitens der Interessenvertretungen Widerstand gegen die geplanten Maßnahmen. Die Auseinandersetzungen führten auch zu einer Belastungsprobe zwischen dem Bundeskanzler und dem ÖGB, der als einer der entschiedenen Gegner des neuen Pakets auftrat. Im Frühjahr 1995 musste zudem der Konsum den Ausgleich anmelden, womit ein langes Kapitel in der Geschichte des sozialdemokratischen Genossenschaftswesens ein abruptes Ende fand. Es handelte sich hierbei um die bisher größte Wirtschaftspleite der Zweiten Republik.

Die nach nur kurzer Koalitionsdauer von der ÖVP und ihrem neuen Bundesobmann Wolfgang Schüssel vom Zaun gebrochenen Neuwahlen 1995 brachten der ÖVP nicht den erwünschten Erfolg. Die SPÖ gewann über drei Prozent dazu, die ÖVP konnte nur minimal zulegen, während die kleineren Parteien alle – wenn auch in unter-

schiedlichem Ausmaß – verloren. Das genaue Ergebnis lautete: SPÖ: 38,1 %, ÖVP 28,3 %, FPÖ 21,9 %, Liberales Forum 5,5 %, Grüne 4,8%.

Im Jahr 1997 wurde nach einer sich über mehrere Jahre erstreckenden Welle von Briefbombenattentaten mit offensichtlich rechtsradikalem Hintergrund der vermutliche Einzeltäter Franz Fuchs gefasst und vor Gericht gestellt. Die Anschlagsserie forderte vier Todesopfer und 15 zum Teil schwer Verletzte. Im Dezember 1993 wurde auch der Wiener Bürgermeister Helmut Zilk durch eine Briefbombe schwer an der linken Hand verletzt. Im Februar 1995 explodierte eine Sprengfalle im burgenländischen Oberwart und tötete vier Bewohner einer Roma Siedlung. Das Gericht verurteilte schließlich den Attentäter zu lebenslanger Haft. Franz Fuchs beging im Februar 2000 Selbstmord.

1997 kam es zur Durchführung mehrerer Volksbegehren, die unterschiedlich erfolgreich waren: Das Anti-Gentechnik Volksbegehren unterschrieben immerhin 1,2 Millionen Menschen, das Frauenvolksbegehren fand 650.000 UnterstützerInnen und 254.000 Unterschriften verzeichnete ein Anti-Euro-Volksbegehren der FPÖ.

Im gleichen Jahr entschloss sich Franz Vranitzky die Kanzlerschaft und den Parteivorsitz an Viktor Klima zu übergeben, was daraufhin durch den Bundesparteitag der SPÖ bestätigt wurde. Klima war vor seiner politischen Karriere bei der Österreichischen Mineralölverwaltung (OMV) tätig gewesen. 1992 wechselte er als Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr in das Kabinett Vranitzky. 1996 wurde er zum Finanzminister ernannt.

Im Jahr 1998 beschloss die SPÖ ein neues Parteiprogramm, das jenes von 1978 ablösen sollte. In einem langen und intensiven Diskussionsprozess versuchte die Sozialdemokratie, neue Inhalte mit den programmatischen Traditionen der Partei rund um die Werte Gleichheit, Freiheit und Solidarität zu verbinden.

Im zweiten Halbjahr 1998 hatte Österreich die EU-Präsidentschaft inne, was sowohl Bundeskanzler Viktor Klima als auch Außenminister und Vizekanzler Wolfgang Schüssel nutzen konnten, um ihr Profil zu schärfen. Doch innerhalb der Koalition kam es immer wieder zu Konflikten. Am Beginn des Wahljahres 1999 standen Kontroversen wie etwa jene um die Rolle der österreichischen Neutralität im Vordergrund. Die SPÖ verteidigte diese vehement, während seitens der ÖVP deutliche Relativierungsversuche unternommen wurden. Als Bundeskanzler sollte Wolfgang Schüssel zwei Jahre später in einer Rede am Nationalfeiertag die Neutralität in eine Reihe mit den Lipizzanern und der Mozartkugel stellen.

Doch es gab auch wesentlich ernstere Auseinandersetzungen. Der tragische Tod des Nigerianers Marcus Omofuma Anfang Mai 1999, dem im Zuge seiner Abschiebung mit



Wahlplakat 1999



Die Donnerstagsdemos am Ballhausplatz „begleiteten“ die schwarz-blaue Regierung.



Wahlplakat 2001

dem Flugzeug der Mund verklebt worden war, woraufhin er erstickte, führte zu einem heftigen politischen Streit. SPÖ-Innenminister Karl Schlögl musste den Vorfall politisch verantworten. Menschenrechtsorganisationen und Grüne kritisierten ihn dafür als Repräsentanten einer unmenschlichen Asylpolitik, während FPÖ-Chef Haider meinte, man müsse das Risiko eines solchen Todesfalles gegen das Leben der österreichischen Drogentoten abwägen. Omofuma war allerdings nachweislich kein Drogendealer gewesen.

Nachdem die SPÖ bei den Wahlen zum europäischen Parlament im Juni 1999 mit ihrem umstrittenen Spitzenkandidaten Hans Peter Martin mit rund 31% noch knapp vor der ÖVP den ersten Platz erobert hatte, startete bald darauf der Wahlkampf für die Nationalratswahl im Oktober 1999. Der Versuch, an die Erfolge der deutschen und britischen Sozialdemokraten anzuschließen („Dritter Weg“ „Schröder-Blair-Kurs“ etc.), gelang jedoch nicht. Bei den Wahlen blieb die SPÖ mit rund 33% der Stimmen zwar stärkste Partei. Sie erzielte damit allerdings das bisher schwächste Ergebnis in der Zweiten Republik und verlor den Status als führende Partei der ArbeiterInnen, die diesmal nur zu 35% für die SPÖ, aber zu 47% für die FPÖ votiert hatten. ÖVP und FPÖ lagen mit 26,9% gleich auf, wobei die FPÖ ein paar hundert Stimmen mehr auf sich vereinigen konnte. Die Grünen erreichten 7,4%.

Obwohl Wolfgang Schüssel vor den Wahlen unmissverständlich angekündigt hatte, dass die ÖVP in Opposition gehen werde, sofern sie auf den dritten Platz abrutschen würde, stellte sie nach den Wahlen 1999 als drittstärkste Partei den Bundeskanzler: Die von Viktor Klima geführten Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP („Sondierungsgespräche“) führten zu keinem Ergebnis und trotz der offensichtlichen Präferenzen von Bundespräsident Thomas Klestil für eine neuerliche große Koalition schlossen ÖVP und FPÖ schließlich einen Koalitionsvertrag. Die SPÖ erhob daraufhin den Vorwurf, dass die ÖVP bereits während der Gespräche mit den Sozialdemokraten Parallelverhandlungen mit der FPÖ geführt und an einer Fortsetzung der rot-schwarzen Koalition von Anfang an kein Interesse gehabt hätte. Die SPÖ war damit erstmals seit 1970 wieder zur Oppositionspartei geworden. Anfang Februar 2000 wurde die schwarz-blaue Regierung von Bundespräsident Klestil angelobt. Wegen der öffentlichen Proteste musste erstmals eine Regierung einen unterirdischen Gang für den Weg zur Angelobung beim Präsidenten nehmen. Seitens der EU wurden gegen die schwarz-blaue Regierung und insbesondere gegen die Beteiligung der Rechtspopulisten diplomatische Sanktionen erlassen. Im so genannten „Weissen-Bericht“ wurde an der FPÖ scharf Kritik geübt, dennoch wurden die Sanktionen im September 2000 wieder aufgehoben.



2004: Heinz Fischer wird Bundespräsident



2006: Barbara Prammer wird Präsidentin des Nationalrats



2008: Werner Faymann wird Vorsitzender der SPÖ und österreichischer Bundeskanzler

Alfred Gusenbauer wurde zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. In seine Zeit als Vorsitzender der SPÖ fielen wichtige Weichenstellungen wie etwa der Abbau der zu diesem Zeitpunkt bereits beträchtlichen Parteischulden oder die historische Aufarbeitung der so genannten „braunen Flecken“: Somit hatte die SPÖ zu diesem Zeitpunkt als einzige österreichische Partei ihren Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten nach 1945 und in der Frage der Vermögensrückstellung wissenschaftlich aufarbeiten und die Ergebnisse auch publizieren lassen.

Bei der Nationalratswahl 2002 gewann die SPÖ zwar dazu und erreichte rund 36% der Stimmen, der eigentliche Wahlsieger war aber die ÖVP, die sich auf 42% der Stimmen steigern konnte. Erneut schmiedete Schüssel einen Pakt mit der FPÖ.

Die SPÖ verzeichnete weitere Erfolge auf Länderebene, insbesondere bei den Landtagswahlen in Salzburg (2004) und der Steiermark (2005). 2004 gewann der Kandidat der SPÖ Heinz Fischer die Bundespräsidentenwahl deutlich. In Wien konnte die SPÖ 2005 unter Bürgermeister Michael Häupl mit fast 50% der Stimmen die absolute Mandatsmehrheit zurück erobern.

Vorsitzende der SPÖ-Frauen

Gabriele Proft	1945–1959
Rosa Jochmann	1959–1967
Hertha Firnberg	1967–1981
Jolanda Offenbeck	1981–1987
Johanna Dohnal	1987–1995
Helga Konrad	1995–1997
Barbara Prammer	1997–2009
Gabriele Heinisch-Hosek	seit 2009

Bei den Nationalratswahlen 2006 erreichte die SPÖ entgegen allen Erwartungen den ersten Platz mit 35,3% der Stimmen. Alfred Gusenbauer wurde mit der Regierungsbildung beauftragt. In der ÖVP gab es von Beginn an massive Widerstände gegen eine Beteiligung als Juniorpartner der Sozialdemokratie. Nach langen „Sondierungen“ und schließlich Verhandlungen kam die Große Koalition unter Bundeskanzler Gusenbauer zwar zustande, die SPÖ musste der ÖVP aber weitreichende Zugeständnisse machen. Anfang Juli 2008 beendete der ÖVP-Vorsitzende Wilhelm Molterer die Koalition und sprach sich für sofortige Neuwahlen aus.

Werner Faymann war neuer Spitzenkandidat der SPÖ, nachdem er im August am Bundesparteitag in Linz zum Bundesparteivorsitzenden gewählt worden war. Bei der Nationalratswahl im September konnte die SPÖ ihren ersten Platz verteidigen. Verhandlungen zur Weiterführung der Koalition zwischen SPÖ und ÖVP wurden im November abgeschlossen und Werner Faymann wurde zum Bundeskanzler ernannt. Er führte die SPÖ in die Nationalratswahl am 29. September 2013, bei der die österreichische Sozialdemokratie wieder stimmenstärkste Partei wurde. Es wurde erneut eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP gebildet. Die Regierungszeit Werner Faymanns war seit 2009 geprägt durch die massive Weltwirtschaftskrise. Mittels engagierter Budget- und Sozialpolitik konnten die wirtschaftlichen und sozialen Folgen in Österreich erfolgreich gedämpft werden.

Die Herausforderungen der 2015 einsetzenden Fluchtbewegungen in Folge des Syrienkriegs führten europaweit zur Fokussierung der politischen Debatten auf die Themen Flucht, Migration und Integration und schlussendlich zu einem Umschwung der öffentlichen Meinung im Umgang mit Flüchtenden. In der ÖVP nahm der Wille zur Kooperation und zu lösungsorientierter Politik in der Regierung rapide ab. Als Werner Faymann im Mai 2016 seinen Rücktritt als Bundeskanzler und auch als Vorsitzender der SPÖ bekannt gab, folgte ihm Christian Kern in beiden Ämtern nach. Dieser strebte nach grundlegenden Reformen des Landes und der Parteiorganisation. Als ÖVP-Vizekanzler und Parteivorsitzender Reinhold Mitterlehner nach parteiinternen Intrigen entnervt zurücktrat, wurden von der ÖVP unter Sebastian Kurz Neuwahlen vom Zaun gebrochen. In einer aufgeheizten politischen Situation erreichte die ÖVP Platz eins mit 31,47%. Die SPÖ konnte trotz eines schwierigen Wahlkampfes ihr Ergebnis des Jahres 2013 sogar leicht ausbauen. Sebastian Kurz bildete mit Heinz-Christian Strache eine schwarz-blaue Koalition und wurde Bundeskanzler der Republik Österreich.

Nach Christian Kerns Rücktritt im Herbst 2018 übernahm Pamela Rendi-Wagner im November 2018 den Vorsitz der SPÖ. Auf dem Bundesparteitag in Wels wurde sie als erste Frau mit 97,8% Zustimmung zur Vorsitzenden der österreichischen Sozialdemokratie gewählt.

Sozialdemokratische Parteivorsitzende

Victor Adler	1888–1918
Karl Seitz	1918–1934
Adolf Schärff	1945–1957
Bruno Pittermann	1957–1967
Bruno Kreisky	1967–1983
Fred Sinowatz	1983–1988
Franz Vranitzky	1988–1997
Viktor Klima	1997–2000
Alfred Gusenbauer	2000–2008
Werner Faymann	2008–2016
Christian Kern	2016–2018
Pamela Rendi-Wagner	ab 2018



2016: Christian Kern wird Vorsitzender der SPÖ und österreichischer Bundeskanzler



2018: Pamela Rendi-Wagner wird als erste Frau Vorsitzende der SPÖ und sozialdemokratische Oppositionsführerin

Auf diesem Parteitag wurden mit dem Beschluss eines neuen Parteiprogramms und einer weitreichenden Organisationsreform das Fundament für eine starke sozialdemokratische Opposition gegen die schwarz-blaue Regierung und deren rechtskonservative bzw. rechtspopulistische Politik gelegt.

Literaturhinweise

- Ardelt, Rudolf G.: Vom Kampf um Bürgerrechte zum Bürgerfrieden. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888-1917. Wien 1994.
- Ardelt, Rudolf G./ Hans Hautmann (Hg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Wien, Zürich 1990.
- Dachs, Herbert (Hg.): Der Bund und die Länder. Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im österreichischen Bundesstaat. Wien, Köln, Weimar 2003.
- Dachs, Herbert (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006.
- Fischer, Heinz: Die Kreisky-Jahre 1967-1983. Wien 1993.
- Gruber, Helmut: Red Vienna. Experiment in Working-Class Culture 1919-1934. New York, Oxford 1991.
- Hanisch, Ernst: Der große Illusionist. Otto Bauer (1881 – 1938). Wien, Köln, Weimar 2011.
- Klenner, Fritz/ Brigitte Pellar: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. 2. bearbeitete und aktualisierte Auflage. Wien 1999.
- Kriechbaumer, Robert: Die Ära Kreisky. Österreich 1970-1983. Wien, Köln, Weimar 2004.
- Maderthaner, Wolfgang (Hg.): Sozialdemokratie und Habsburgerstaat. Wien 1988.
- Marschalek, Manfred: Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945. Wien 1990.
- Mesner, Maria (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel SPÖ. München 2005.
- Mesner, Maria/Margit Reiter/Theodor Venus: Enteignung und Rückgabe. Das sozialdemokratische Parteivermögen in Österreich 1934 und nach 1945. Innsbruck, Wien, Bozen 2007.
- Müller, Wolfgang C. /Wolfgang Maderthaner (Hg.): Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995. Wien 1996.
- Neugebauer, Wolfgang/Peter Schwarz: Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten. Wien 2005.
- Neugebauer, Wolfgang: Der österreichische Widerstand 1938-1945. Wien 2008.
- Rabinbach, Anson: Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg. Wien 1989.
- Rosecker, Michael: Zwischen Provinz und Internationale. Die frühe Arbeitervereinswelt am Beispiel Wiener Neustadt. Vom Vormärz bis 1879. Wiener Neustadt 2002.
- Pelinka, Anton: Die Kleine Koalition. SPÖ-ÖVP 1983-1986. Wien, Köln, Graz 1993.
- Pelinka, Peter: Eine kurze Geschichte der SPÖ. Ereignisse – Persönlichkeiten – Jahreszahlen. Wien 2005.
- Petritsch, Wolfgang: Bruno Kreisky. Die Biografie. St. Pölten, Salzburg 2010.
- Tálos, Emmerich (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 – 1933. Wien 1995.
- Weber, Fritz: Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945-1950. Wien 1986.



